UNTER DRUCK

HSV-Chef Carl-Edgar Jarchow Seite HH 19

UNTERHALTUNG

Legenden im Hansa Theater Seite HH3

ROLAND MAGUNIA

Olaf Scholz – allein auf weiter Flur. Der Hamburger Bürgermeister zieht fast alle wichtigen Entscheidungen an sich. Derzeit allerdings fehlt ihm beim Regieren hier und da das Glück

Vom Glück verlassen

Elbvertiefung vertagt, Volksentscheid verloren, Gartenschau ein Flop, Streit über Flüchtlinge und Flora: Für den Bürgermeister Olaf Scholz häufen sich plötzlich die Probleme

Zuletzt hat er ja mehr in die Berliner Kameras gelächelt als in die Hamburger. Ein bisschen verkniffen, wie es seine Art ist, meistens gehend im Genossen-Tross auf dem Weg zum Sondieren mit der Kanzlerin. Oft eine Hand am Sakko, die schnell noch den Knopf überprüft. Alles soll sitzen, Olaf Scholz braucht die Kontrolle. Auch über die Bilder, die es von ihm gibt. Image ist das halbe Politikerleben. Die andere Hälfte ist Handwerk. Er nennt es: Gutes Regieren.

VON JENS MEYER-WELLMANN

Das mit dem Image hat Olaf Scholz fast perfekt hinbekommen. Seinen erfolgreichen Aufstieg vom zuerst belächelten, dann verhassten SPD-Generalsekretär der Agendazeit zum anerkannten Arbeitsminister und schließlich zum Hamburger Bürgermeister hat er nicht nur seinem Ehrgeiz und seinem Fleiß zu verdanken. Er ist auch Folge eines gelungenen Imagewechsels.

In Wahrheit hat sich Olaf Scholz kaum verändert in all den Jahren, er hat seinem Ich nur ein paar positive Attribute beigemengt. Früher galt er als hölzerne Sprechmaschine, als Scholzomat. Heute redet er kaum anders. Aber wenn er jetzt Tagesthemen oder Heute Journal

ANZEIGE

StöbenWittlinger
IMMOBILIENMAKLER & HAUSVERWALTUNG

Interviews gibt, ohne eine Miene zu verziehen und selbst nach dem Gewinn der absoluten Mehrheit kein Lächeln auf die Lippen bekommt – dann gilt das nicht mehr als langweilig und verstockt, sondern als ernsthaft und seriös. Scholz hat es geschafft, seine frühere Schwäche, seine bis an die emotionale Sterilität heranreichende Selbstkontrolle, in eine neue Stärke umzudeuten. Hier setzt einer auf Arbeit statt auf Glamour, das ist die Botschaft seiner Schmallippigkeit. Handwerk statt Gesabbel. Verantwortung statt Wolkenkuckucksheim. Mit diesem Image hat er in Hamburg die absolute Mehrheit geholt. Und so will er eines Tages Kanzler werden.

Aber vorher muss er erst einmal die zweite Hälfte dessen erledigen, was das Politikerdasein eben auch ausmacht: Er muss gut regieren, und zwar zunächst einmal in Hamburg. In den ersten beiden Jahren seiner Regierung schien das ganz gut zu klappen. Er tat, was er versprochen hatte, schaffte die Studiengebühren ab und kurbelte den Wohnungsbau an. Er befriedete den Konflikt um die Elbphilharmonie – mit vielen Hunderten Millionen Euro extra zwar, aber doch auch mit Zustimmung des Steuerzahlerbundes, der seine Lösung lobte. Und es gelang Scholz mit Blick auf die Schuldenbremse, den Haushalt zu stabilisieren und zu sparen – und zwar ohne viel Tamtam. Anders als seine Vorgänger, die regelmäßig pompöse Sparklausuren inszenierten und bei den Bürgern mit ihren Heulen-und-Zähneklapper-Reden stets massive Widerstände auslösten.

Nun aber scheint sich das Blatt für Olaf Scholz ins Schlechte zu wenden. An vielen Ecken läuft es plötzlich gleichzeitig schief. Begonnen hat die jüngste Pechsträhne des Bürgermeisters mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, die Elbvertiefung vorerst zu stoppen. Nun droht eine zeitaufwändige Beteiligung des Europäischen Gerichtshofes. Diese Entwicklung kratzt an Scholz' Glaubwürdigkeit. Zusammen mit seinem parteilosen Wirtschaftssenator Frank Horch hatte er stets davon gesprochen, dass die Baggerarbeiten schon 2012 beginnen sollten. Nun ist nicht mal klar, ob es 2014 oder überhaupt etwas wird mit dem Anpassen der Fahrrinne. Je länger es dauert, umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass die großen Reedereien etwa aus China mit ihren Riesenpötten auf besser erreichbare Seehäfen ausweichen.

Dabei stellt sich mittlerweile auch die Frage, ob die von der Hamburger SPD stets gepflegte wirtschaftspolitische Fixierung auf den Hafen langfristig noch sinnvoll ist. Denn, man kann es drehen und wenden, wie man will: Hamburg ist keine Stadt am Meer. Irgendwann werden die Containerfrachter, wenn sie immer größer werden, nicht mehr nach Hamburg kommen können. Die Grünen haben deshalb schon lange gefordert, Hamburg müsse sein Wachstum auch in andere Bereiche umlenken. Kürzlich hat auch Ex-Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU), Vater des Leitbilds der wachsenden Stadt, vor einer Fixierung auf den Hafen gewarnt. Weil Scholz aber stärker als alle anderen auf die Hafenkarte setzt, treffen ihn die Probleme bei der Elbvertiefung umso härter. Es zeige sich auch hier, dass „Scholz den Mund zu voll genommen hat", sagt CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich, der als Herausforderer des Bürgermeisters bei der Wahl 2015 ins Rennen gehen könnte. „Der Putz blättert an vielen Stellen."

Den Mund zu voll genommen haben die Verantwortlichen auch bei der Planung der Internationalen Gartenschau (igs) in Wilhelmsburg. Statt der veranschlagten 2,5 Millionen kamen nur etwas mehr als eine Million Besucher nach Wilhelmsburg. Deswegen fuhr die igs statt einer schwarzen Null ein sattes Minus von 37 Millionen Euro ein.

Eines der Lieblingswörter von Olaf Scholz ist „sorgfältig". Man hört es dieser Tage von ihm oft im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen. Er hat aber auch wiederholt betont, dass das Projekt Elbphilharmonie vor dem Start „sorgfältiger" hätte geprüft werden müssen. Nun muss er sich vorwerfen lassen, dass sein Senat bei der vom Vorgänger übernommenen, aber für gut befundenen Planung der igs, bei Prüfung von Gutachten, Preisgestaltung und Werbung selbst nicht genügend Sorgfalt an den Tag gelegt hat.

Scholz ist nicht so instinktlos wie seine Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau, die das planerische Debakel der igs noch immer als Erfolg zu verkaufen sucht. Und die so tut, als sei sie die Mutter der schönen Blumen, die Vorgängersenate aber die Väter der Fehlkalkulation. Das ist schon deshalb Unsinn, weil Blankau Aufsichtsratschefin der igs war – also selbst für eine intensivere Bewerbung der Gartenschau und eine klügere Preisgestaltung hätte sorgen können.

Weitaus größere Auswirkungen als die schlechte Bilanz der Gartenschau allerdings dürfte eine andere Niederlage des Bürgermeisters haben: die beim Volksentscheid über den Rückkauf der Energienetze. Natürlich, das haben auch Grüne und CDU 2010 nach dem Entscheid über die Schulreform gesagt: Es ging um eine Sachentscheidung, nicht um eine Abstimmung über das politische Personal. Und doch: Für Scholz ist es auch eine persönliche Niederlage, dass er nun gezwungen ist, für geschätzte zwei Milliarden Euro die Netze für Strom, Gas und Fernwärme zu verstaatlichen. Die Hamburger sind ihm erstmals nicht gefolgt – und zwar bei einer der weitreichendsten Entscheidungen dieser Wahlperiode. Und das, obwohl Scholz auf die Brisanz der Entscheidung schon vor der Wahl 2011 hingewiesen und dann bis zum Tag des Volksentscheids unermüdlich selbst für seine eigene Kompromisslösung gekämpft hatte: eine Beteiligung der Stadt mit 25,1 Prozent an den Netzen. Weder bei den in der Bürgerschaft gehörten Experten noch bei den Bürgern aber kam diese Variante an. Die Niederlage wiegt umso schwerer, als Scholz fast die gesamte Wirtschaft, Gewerkschafter, Steuerzahlerbund, die FDP, die CDU sowie Vattenfall und E.on hinter sich hatte – und von einer millionenschweren Kampagne unterstützt wurde, gegen die das 190.000 Euro-Budget der Volksinitiative bestenfalls Erdnussformat besaß.

Was aber womöglich noch schwerer wiegt, ist die Tatsache, das ganz offensichtlich ein großer Teil der SPD-Mitglieder und Wähler dem Partei- und Senatschef nicht gefolgt ist. Anders lässt sich das Ergebnis nämlich nicht erklären. Den Beinamen „König Olaf" bekam Scholz bekanntlich nicht nur wegen seines zentralistischen Regierungsstils verpasst, sondern auch weil seine Macht mit der Doppelrolle als Bürgermeister *und* SPD-Landeschef größer ist als die seiner Vorgänger. Weil er die Partei nach Jahren der Skandale und Grabenkämpfe befriedet hatte, galt es zuletzt als unfein, dem aus Berlin herbeigeeilten Retter Scholz zu widersprechen. Langfristig kann eine solche Haltung allerdings gefährlich sein – sowohl für einen Regierungschef, wie auch für sein Partei. Das Votum vieler Genossen beim Volksentscheid gegen die Politik ihres Oberhauptes könnte den Beginn einer Emanzipation der Parteimitglieder anzeigen.

Wenn die SPD sich fortan wieder stärker als Korrektiv des Regierungshandelns wahrnimmt, könnte die Basis sich bald auch in einen aktuellen Konflikt einschalten, der dieser Tage zu eskalieren droht: den um die Flüchtlingspolitik. Dass SPD-Innensenator Michael Neumann den Kurs gegen die Hamburger Lampedusa-Flüchtlinge ausgerechnet in der Woche verschärfte, in der im Fernsehen täglich Bilder der vor Lampedusa ertrunkenen Menschen zu sehen waren – das stieß nicht nur bei Parteilinken in der SPD auf Stirnrunzeln. Unabhängig von der Sache selbst, die man so oder so bewerten kann: Einen schlechteren Moment hätte der Scholz-Senat kaum wählen können, um sich als Garant einer kalten Rechtsstaatlichkeit zu gerieren. Hinzu kommt: Mit seiner Flüchtlingspolitik hat die Regierung der zuletzt lendenlahmen radikalen Linken eine perfekte Vorlage geliefert. Der Streit um die vom Eigentümer geplante Umnutzung der Roten Flora ist auch nicht ausgefochten. Die Besetzer haben angekündigt, dass sie eine Eskalation nicht scheuen würden. So droht dem einstigen Stamokap-Marxisten Scholz nun auch massiver Ärger von links – als hätte er nicht sowieso genug zu tun.

Bei der SPD leugnet man nicht, dass es gerade ungemütlicher wird. Das seien „durchziehende Wolken", sagt Fraktionschef Andreas Dressel. Und Senatssprecher Christoph Holstein fügt hinzu, die Bürger fänden es „gut, wenn Politiker Kondition und gute Nerven haben und sich nicht einmal in etwas aufgeregteren Zeiten nervös machen lassen".

Olaf Scholz sagt von sich, er kenne weder Nervosität noch Angst. Angst vor der eigenen Courage schon gar nicht. Warum auch? Er hat schließlich alles unter Kontrolle. Und er hat noch Großes vor. Schon 2001, als Scholz von Ortwin Runde auf eigenes Drängen zum Innensenator ernannt wurde, ließ er die Journalisten wissen: Mit diesem Job habe auch Helmut Schmidt mal angefangen.

ANZEIGE

SAHLING
düfte
WWW.SAHLING-DUEFTE.DE

NORDLICHT

Ganz und gar nicht erbaulich

Abseits von nebensächlichen Problemen wie den Flüchtlingen, die seit Monaten in einer Kirche Asyl suchen, muss das Augenmerk auch einmal auf Stadtviertel gelenkt werden, die sozial völlig vom Rest der Stadt abgekoppelt sind. Die eine Minderheit darstellen, welche häufig von Spott und Verachtung betroffen ist – und das geht nicht! Niemand darf wegen seiner Herkunft oder seiner Schichtzugehörigkeit diskriminiert werden, und das gilt selbstverständlich auch für Leute, die sich im Neubauprojekt der Harvestehuder Sophienterrassen Wohnungen für bis zu 18.000 Euro den Quadratmeter leisten können. Allerdings haben die alteingesessenen Nachbarn ein Problem. Und zwar mit dem Baulärm, den die neu hinzuziehenden Millionäre verursachen. Tatsächlich legt sich des öfteren Staub auf die Scheiben, berichtete eine gequälte Anwohnerin, und Baufahrzeuge versperrten den Weg. Zwischenzeitlich hat das Bezirksamt sogar erwogen, im alten Kreiswehrersatzamt gegenüber Flüchtlinge unterzubringen, aber von der Idee hat man seit dem Sommer nichts mehr gehört. Wäre auch nicht gut, allein wegen des Staubes. Für viele Anwohner wäre es ein „Albtraum", berichtete damals ein Nachbar, weil ja „zwei völlig verschiedene Welten" aufeinanderprallen würden. Und das Gute ist doch, wenn jeder seine eigene Welt hat. Andere wiederum meinten, dass die ruhig kommen sollten, diese Menschen würden ja auch nur leben wollen.

Aber zurück zum Baulärm in Deutschlands zweitgrößter Stadt, der selbstverständlich nicht hinzunehmen ist. Die Anwohner hatten sich bereits vor Beginn des Projekts in der Bürgerinitiative Sophienterrassen zusammengeschlossen. Dessen Mitglied Gottfried von Bismarck lässt sich mit dem Satz zitieren: „Für die Anwohner der Sophienterrasse sind die Sperrungen im Zuge des Umbaus der Standortkommandantur eine weitere Belastung." Weil nämlich die Parkplätze wegfallen. So sieht es aus! Eine weitere Belastung. Was da noch alles kommt: Spitzensteuersatzerhöhung, Nachbarn, die mehr Geld haben als man selbst, und dann immer die ganzen Spaziergänger auf dem Weg zur Alster, die einem in den Vorgarten glotzen. Aber Bismarck hat auch eine Lösung in petto: Die Autos der Nachbarn könnten ja in den noch ungenutzten Tiefgaragen der Neubauten untergebracht werden. Geht aber nicht, weil die schon verkauft wurden. Die bessere Variante: Lasst die Flüchtlinge bis zur Fertigstellung in die Wohnungen. So lernen die mal die andere Welt kennen – und eine soziale Minderheit hilft der anderen.
Per Hinrichs

ANZEIGE

SPRECKELSEN
FINE JEWELRY
MÜHLENKAMP 29 SPRECKELSEN-HAMBURG.DE T +49.40 279 10 66

Der heimliche Oppositionsführer

Manfred Braasch ist der mächtigste Gegenspieler des Bürgermeisters. Der BUND-Chef hat die Elbvertiefung verzögert, und jetzt will er Olaf Scholz zwingen, die Energienetze zurückzukaufen – für geschätzte zwei Milliarden Euro

VON JENS MEYER-WELLMANN

Stellt man sich so einen Volkstribun vor? Einen, der die Massen mobilisiert, die Mächtigen herausfordert, gar einen König bezwingt? Manfred Braasch ist ein mittelgroßer Mann mit nicht so vielen Haaren, der hinter einer Brille mit nicht so dünnen Gläsern ernst in die Welt blickt. Ernst und gerade. Aber auch ein wenig schalkhaft. Bei passender Gelegenheit stets zu einem Spöttterspruch bereit.

Kein Volkstribun im klassischen Sinne also, auch kein Populist im modernen. Keiner, der volle Hallen zum Tosen bringt. Und doch ist Manfred Braasch, Vater zweier Töchter, Vegetarier, passionierter Nudelesser und Landesgeschäftsführer des Bundes Umwelt und Naturschutz Deutschland der dieser Tage wohl mächtigste Gegenspieler des Hamburger SPD-Bürgermeisters Olaf Scholz. Der wird wegen seiner großen Machtfülle „König Olaf“ genannt. Gegen den BUND-Chef macht er aber bisher keinen Stich.

Braasch und sein Verband haben mit ihrer Klage die Elbvertiefung einstweilen gestoppt, die der Bürgermeister und mit ihm die große Mehrheit der Hamburger für so wichtig halten. Er droht gerade damit, die Stadt wegen der laut EU-Prüfung deutlich zu hohen Luftbelastung per Gerichtsverfahren zu radikalen Maßnahmen gegen den Autoverkehr zu zwingen. Und nun schickt er sich auch noch an, den Bürgermeister zu etwas zu nötigen, gegen das dieser sich mit Händen und Füßen und allem, das man im öffentlichen Meinungskampf so einsetzen kann, zur Wehr setzt. Braasch ist nämlich auch Sprecher der Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“, die einen vollständigen Rückkauf der Hamburger Energienetze durchsetzen will. Mehr als 35.000 Kilometer Kabel, Rohre und Fernwärmeleitungen, die in der Hamburger Erde liegen, soll die Stadt von Vattenfall und E.on erstehen, fordert die Initiative. Das sei unerlässlich für das Gelingen der Energiewende und außerdem ein gutes Geschäft glauben Braasch und seine Mitstreiter in Verbraucherzentrale, Nordkirche und bei den Grünen. Die Chancen, dass seine Initiative sich auch hier durchsetzt, stehen gut. 64 Prozent der Hamburger haben sich kürzlich bei einer Umfrage für den vollständigen Rückkauf der Leitungen ausgesprochen. Dass Bürgermeister Olaf Scholz nicht jedes Mal die Hände vors Gesicht schlägt, wenn der Name Braasch fällt, liegt vermutlich nur daran, dass diese Geste nicht zu seinen Reaktionsmustern zählt, wie er kürzlich sagte.

Ihren großen Einfluss beziehen Braasch und der BUND vor allem aus drei Quellen: dem Verbandsklagerecht der Umweltverbände gegen Großvorhaben wie die Elbvertiefung. Aus der Hamburger Volksgesetzgebung, mit deren Hilfe die Initiative den Netzerückkauf per Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl durchsetzen will. Und aus der großen Unterstützung, die Umweltschützer mittlerweile in Deutschland genießen.

Fragt man den gerade noch 48-Jährigen, dessen Name mittlerweile fast so häufig in den Zeitungen zu lesen ist wie der des Bürgermeisters, wie sich diese Macht anfühlt, dann wiegelt er ab. Macht – das sei doch in diesem Zusammenhang ein merkwürdiger Begriff, sagt er. Es gehe beim Engagement des BUND allein um die Sache. Darum, dass „die Löffelente und der Schierlings-Wasserfenchel sonst niemanden haben, der sich für ihr Überleben einsetzt“. Nur deswegen sei das Verbandsklagerecht eingeführt worden, wohlgemerkt auch auf Betreiben von FDP-Politikern wie Gerhart Baum. Es sei doch auch seltsam, dass man hierzulande so gerne den Schutz der brasilianischen Regenwälder fordere, wenn es aber darum gehe, eines der letzten europäischen Süßwasserwattgebiete wie das Mühlenberger Loch zu schützen, dann zucke man mit den Schultern.

Überhaupt: das Mühlenberger Loch. Braaschs erste große Niederlage. Airbus hat sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Als Braasch 1996 Geschäftsführer des BUND in Hamburg wurde, war der Kampf gegen die Airbus-Erweiterung und für den Erhalt des Mühlenberger Lochs seine erste große Herausforderung. Damals war er noch nicht so erfahren wie heute, vielleicht muss man sagen: nicht so abgebrüht. „Wenn es Spitz auf Knopf steht, dann sieht man, wie es läuft. Dann wird getrickst und geschoben.“ Das habe er damals gelernt. „Ich habe die Erkenntnis mitgenommen, dass man sich die Dinge wirklich erstreiten muss.“ Und das ist es, was er heute tut. So eine Niederlage will er nicht noch einmal kassieren.

Dabei sei der BUND kein reiner Klub der Verhinderer, betont Braasch. Keine Neinsager-Truppe. Immer habe man auch Alternativen vorgeschlagen. Beim Streit um die Airbus-Erweiterung habe der BUND auf den Standort Rostock gesetzt. Auch bei der Elbvertiefung appelliere man doch bloß an die Vernunft der Politik. Eine Kooperation der norddeutschen Häfen sei sinnvoller als ein Gegeneinander, bei dem am Ende der Fluss Schaden nehme wie auch die Arbeiter in Wilhelmshaven, die plötzlich in Kurzarbeit gehen müssten, weil Hamburg alles an sich reiße. Soll das vernünftig sein?

Vernunft. Das ist es, was zählt. Braasch ist keiner, der mit vollem Herzen Barrikaden anzündet, der jederzeit losrennen könnte, um irgendeine Bastille zu erstürmen. Er schäumt nicht über, er lodert nicht, er wedelt nicht wild mit den Armen. Er argumentiert und argumentiert, zählt Urteile auf, zitiert Gutachten und isst dabei in aller Gemütsruhe seine Spinat-Cannelloni beim Italiener an der Langen Reihe gegenüber dem BUND-Büro. Langsam kauen, schlucken, dann das nächste Argument. Alles ganz klar. Wie das Wasser in seinem Glas.

Dieser Mann ist einfach sicher, dass er Recht hat. Warum also sollte er die Stimme heben? Warum mit den Armen rudern oder die Fäuste recken?

Kann man Selbstgewissheit lernen, fragt man sich, wenn man Manfred Braasch eine Weile gegenübersitzt. Vermutlich bekommt man sie geschenkt. Vielleicht von den Eltern. Braasch ist in Itzehoe aufgewachsen, als Sohn eines Lokführers. Beamter bei der Bundesbahn. Mutter Hausfrau. „Einfache Verhältnisse“, sagt er. Seine beiden Schwestern waren schon 18 und älter als er auf die Welt kam, also war er zu Hause ein Einzelkind, Nesthäkchen. Vielleicht kommt daher diese Sicherheit, wie man sie Kindern nachsagt, die nie einen Bruder oder eine Schwester zu fürchten hatten. Keinen, der ihnen die Kekse klaut oder die Zuwendung der Eltern.

Mit neun oder zehn hat sein Vater ihn mit auf die Lok genommen. Traumberuf eines jeden Jungen. Später hat er Drucker gelernt, in der Gruner + Jahr-Druckerei in Itzehoe, die zuletzt Prinovis hieß und jetzt schließen soll. Ein bodenständiger Beruf. Jedenfalls damals, vor der digitalen Zeit. Ein paar Mal sei er auf Anti-AKW-Demos gewesen, erzählt Braasch. Brokdorf. Aber so richtig politisiert oder gar radikalisiert habe er sich nicht. Nach der Ausbildung dann das Studium der Ökotrophologie, Ernährungswissenschaft, in Kiel und Bonn. Ein faszinierendes Studium, findet er heute noch, weil es so breit gefächert ist. Naturwissenschaften, Betriebswirtschaften und Psychologie. 1992 dann eine Stelle als Abteilungsleiter der Verbraucherzentrale in Stuttgart. Vier Jahre schwäbische Diaspora, die Zeit der ersten großen Lebensmittelskandale. Heirat 1996, der Wechsel zum BUND nach Hamburg und der Kauf eines Siedlungshauses in Lüneburg. Eine ziemlich gerade Vita. Vor ein paar Jahren ist Braasch in Niedersachsen bei den Grünen Mitglied geworden. Passives Mitglied, wie er betont. Er sei ja kein Politiker.

Noch heute lebt die Familie in Lüneburg. Frau und Mann und zwei Töchter, 18 und acht. Und der Vater fährt jeden Tag mit dem Metronom zur Arbeit nach Hamburg-Sankt-Georg, um für das zu kämpfen, was er für gut hält, für richtig und vernünftig. 45 Minuten von Haustür zu Haustür. Wer braucht da ein Auto? Die Familie hat nie eins gehabt. Und wie holt man Getränkekisten? Ist doch klar: mit dem Fahrradanhänger. Oder man leiht sich mal ein Auto beim Carsharing. „Das ist ökologisch und ökonomisch vernünftig.“ Noch Fragen?

„Familie“, sagt Manfred Braasch irgendwann nachdenklich, „das ist die moderne Herausforderung.“ Seine Frau ist Ergotherapeutin. Hyperaktive Kinder, Asperger-Fälle. Keine kaputten Familien. Bürgerliche ohne große Not, aber mit viel zu wenig Zeit für die Kinder. Das ist die Herausforderung. Beruf und Kinder. Ehe. Dass man immer noch weiß, was bei den anderen gerade passiert, was wichtig ist. Dass man den anderen noch gerecht wird. Die Familie Braasch erholt sich abwechselnd auf Hiddensee und in Venedig. „Faszinierende Stadt, da könnte man immer wieder hinfahren.“ Verreist wird mit dem Zug. Lange Autofahrten kennen seine Kinder nicht.

Wenn der BUND-Chef zu Hause abspannen will, geht er abends in den Lüneburger Keller und beginnt zu drucken. Er hat den gelernten Beruf in seiner eigenen kleinen Druckerei zu einer Kunstform weiterentwickelt. Er hat alles Mögliche bedruckt, einmal 15 Unwörter des Jahres auf unterschiedliche Materialien. „Peanuts“ natürlich auf Erdnussschalen. Schon dreimal hat er im Museum der Arbeit ausgestellt. Zuletzt hat er vor allem geschrieben. Mittlerweile hat er einen fertigen Krimi in der Schublade. Er handelt von Diabetes, einem Verbrechen, einer Journalistin, und es wird auch ein wenig über die Handelskammer gelästert.

Na prima. Da werden sich die Herren auf der Rückseite des Rathauses bestätigt fühlen. Die halten Manfred Braasch nämlich für einen furchtbar anstrengenden Hardliner, einen Öko-Fundi.

„Och, nee“, sagt der und nippt am Espresso, „ein Fundi bin ich wirklich nicht.“ Und auch ganz bestimmt nicht der Härteste beim BUND. „Außerdem“, sagt Manfred Braasch, und da flackert der wache Schalk wieder durch die Brillengläser, „wäre mir neu, dass die Herren in der Kammer weich sind.“

BERTOLD FABRICIUS

Mann im Schilf: Manfred Braasch am Ufer der Außenalster

ANZEIGE

Kampf um die Hamburger E

Am 22. September geht es um alles – jedenfalls in Sachen Energienetze. Bekommt die Volksin
Strom-, Gas- und Fernwärmenetz von Vattenfall und E.on zurückkaufen. Was dafür un

SERIE ENERGIE HAMBURGS NETZE

JENS MEYER-WELLMANN

Bei keiner bisher direkt vom Volk gefällten Entscheidung in der Hansestadt ging es um so viel Geld wie beim Volksentscheid am 22. September. Zwischen 1,5 und zwei Milliarden Euro würde es wohl kosten, wenn die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ mit ihrem Vorhaben erfolgreich wäre, den Senat zum kompletten Rückkauf der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze zu verpflichten. Zum Abschluss der sechsteiligen Serie zum Volksentscheid stellt das Abendblatt heute noch einmal alle wesentlichen Punkte zusammen, um die es bei der Abstimmung geht – und unterzieht die unterschiedlichen Thesen der Kontrahenten mithilfe von Aussagen beider Seiten und neutraler Experten einem Faktencheck.

1. Was die Initiative will

Die Volksinitiative will, dass der Senat alle „notwendigen und zulässigen Schritte“ unternimmt, um die Energienetze wieder in kommunale Hand zu bringen, die Ende der 1990er-Jahre zusammen mit der Privatisierung der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW) und Hein Gas verkauft wurden. Dazu soll die Stadt eine neue Netzgesellschaft gründen. Das Energienetz erreicht mit mehr als 35.000 Kilometern fast die Länge des Äquators. Am längsten ist das Stromnetz mit 27.500 Kilometern, gefolgt vom 7300 Kilometer umfassenden Gasnetz. Am kürzesten ist mit 800 Kilometern das Fernwärmenetz. Der Wert des Gesamtnetzes wird auf zwei Milliarden Euro taxiert.

2. Was der SPD-Senat will

Der SPD-Senat von Bürgermeister Olaf Scholz hat mit E.on und Vattenfall eine Netzbesitzgesellschaft gegründet und daran einen Anteil von 25,1 Prozent erworben – zum Preis von 543,5 Millionen Euro. In dem Vertrag wird eine auf fünf Jahre befristete Garantiedividende von 4,2 bis 4,5 Prozent festgelegt. Auf diese Weise will sich der Senat strategischen Einfluss sichern, ohne selbst ein unternehmerisches Risiko einzugehen. „Alles, was ich mit den Netzen erreichen will – hohe Investitionen, damit es stabil ist und damit es für die Erfordernisse der Energiewende modernisiert wird – all das erreiche ich mit den 25,1 Prozent und den Verträgen, die wir geschlossen haben“, sagt Olaf Scholz.

Sein Partner, Vattenfall-Norddeutschland-Chef Pieter Wasmuth, stellt die Lage ähnlich dar: „Der Vertrag ist ein gutes Geschäft für die Stadt – und für uns. Die Stadt erhält eine Garantiedividende und ein Mitspracherecht, das weit über die normalen Rechte bei einem Anteil von 25,1 Prozent hinausgeht. Für uns ist es gut und wichtig, die Stadt als Partner zu haben, weil das zu verlässlichen Rahmenbedingungen führt – auch nach Regierungswechseln.“

Auffällig an der 25,1-Prozent-Lösung: sehr verbreitet ist diese Variante bisher nicht. Bei der Expertenanhörung in der Bürgerschaft unterstützte keiner der Sachverständigen direkt das Scholz-Modell. Entweder die Fachleute sprachen sich gegen jegliche Beteiligung an den Netzen aus, oder sie plädierten dafür, eine Mehrheit von mindestens 50,1 Prozent zu erwerben. Begründung: Einen Anteil von 25,1 Prozent zu erwerben sei teuer, bringe aber im Verhältnis zum Preis zu wenig Einfluss.

Die Berliner SPD von Bürgermeister Klaus Wowereit will deswegen nun die Mehrheit am Netz der Hauptstadt erwerben. Die SPD im Bund tendiert ausweislich etwa von Anträgen der Bundestagsfraktion eher stärker zu einer weitgehenden Rekommunalisierung als es Hamburgs Bürgermeister Scholz tut. In Bremen und bei Kommunen in Schleswig-Holstein allerdings werden ähnliche Lösungen wie die des Hamburger SPD-Senats verfolgt.

Grüne und Linke in Hamburg unterstützen die Initiative mit der 100-Prozent-Forderung. CDU und FDP sind gegen jegliche Beteiligung am Energienetz und unterstützen die Scholz-Lösung derzeit nur deshalb, weil sie ihnen immer noch besser erscheint als der von der Initiative geforderte vollständige Rückkauf.

3. Wer sind die Kontrahenten?

Die Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ wurde unter anderem vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Hamburg, der Verbraucherzentrale und der Diakonie des Kirchenkreises Hamburg-Ost ins Leben gerufen und wird von mehr als 40 anderen Organisationen unterstützt.

Auf der anderen Seite stehen der SPD-Senat zusammen mit CDU und FDP. Vor etwa einem Monat gründete sich zudem die Initiative „NEIN zum Netzkauf“. Darin sind zahlreiche Wirtschaftsverbände organisiert, auch die Handels- und Handwerkskammer, außerdem der Steuerzahlerbund und die Industriegewerkschaft IGBCE. Am gestrigen Freitag gab die Initiative eine „Hamburger Erklärung“ gegen den Rückkauf der Netze heraus. Insgesamt lässt sich sagen, dass die Wirtschaft in der Frage der Energienetze recht geschlossen hinter dem Senat steht.

4. Woher soll das Geld kommen? Lohnt sich das Geschäft?

Bereits der Kauf der 25,1 Prozent an den Netzen für immerhin fast 544 Millionen Euro wurde über die Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement (HGV) abgewickelt. Diese nahm dafür Kredite auf. Diese Gesellschaft managt und verwaltete alle Hamburger Beteiligungen, etwa auch die an Hapag Lloyd oder an der HSH Nordbank. Sollte Hamburg das gesamte Netz zurückkaufen, würde dies wohl auch über Kredite laufen, die die HGV aufnimmt. Der Haushalt würde also nicht unmittelbar belastet. Das häufiger vorgebrachte Argument, der Stadt würde beim Kauf der Netze das Geld für andere Investitionen, etwa für Kitas oder Schulen, fehlen, ist deswegen nicht wirklich stichhaltig. Auf den Haushalt durchschlagen kann jede Beteiligung der Stadt jedoch über den Verlustausgleich, den die HGV jährlich bekommt.

Verluste beim Netzbetrieb sind derzeit aber die Ausnahme. Meist werden mehr oder weniger hohe Gewinne erzielt. Nach einem von der Initiative vorgelegten Gutachten könnte der Kaufpreis durch die im Netzbetrieb erzielbaren Gewinne binnen 24 Jahren wieder eingespielt werden. Unabhängige Experten sehen diese Möglichkeit auch, formulieren aber vorsichtiger.

Eine verlässliche Prognose, wann sich der Kauf amortisiere, sei ohne Kenntnis aller Details nicht möglich, sagt etwa Roland Broemel, Juniorprofessor für Öffentliches Recht und Wirtschaftsrecht an der Uni Hamburg. „Es besteht aber eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass sich der Kauf irgendwann amortisiert – wenn der Netzbetrieb effektiv organisiert wird“, denn, so Broemel, „für effizient arbeitende private Netzbetreiber leistet der Netzbetrieb einen hohen Deckungsbeitrag“. Soll heißen: Wer das Netz professionell bewirtschaftet, kann mit ordentlichen Gewinnen rechnen.

Hamburg könnte bei einem Rückkauf überdies die vier großen Netze aus Strom, Gas, Fernwärme und Wasser gemeinsam organisieren und durch Synergien die Kosten im Bereich der Verwaltung senken.

5. Nötige Investitionen

In den kommenden Jahren sind durch die Energiewende hohe Investitionen nötig. Die Netze müssen „intelligent“ gemacht und für eine dezentralere Energieerzeugung modernisiert werden. Der Senat hat sich von Vattenfall und E.on Projekte etwa den Neubau des Kraftwerks in Wedel und eine Investitionssumme von insgesamt 1,6 Milliarden Euro zusichern lassen. So sollen die Energiekonzerne zu Partnern bei der Energiewende werden.

Die Kritiker betonen, dass ein großer Teil der Investitionen sowieso schon angekündigt gewesen sei und die Gesamtsumme die Durchschnittsinvestitionen von E.on und Vattenfall in die Netze der vergangenen Jahre gar nicht überschreite. Ein größerer Teil der Investitionen bezieht sich auf den Neubau eines Gas- und Dampf-Kombikraftwerks (GuD) in Wedel für die Fernwärmeerzeugung. Skeptiker behaupten, dieses Kraftwerk werde niemals gebaut, da es sich nicht mehr rechne. Vattenfall und der Hamburger Senat bestreiten das und betonen: Das neue Kraftwerk in Wedel komme auf jeden Fall.

Die Gegner des Rückkaufs geben zu bedenken, dass gerade die Energiewende sehr hohe Investitionen in die Energienetze erfordert – und dass diese von der städtischen Netzgesellschaft allein getragen werden müssten. Es sei daher besser, mit den Energieversorgern zusammenzuarbeiten.

6. Der umstrittene Abstimmungstext: „Sozial gerechte“ Energie?

Der Text, über den die Hamburger beim Volksentscheid abstimmen müssen, lautet: „Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“

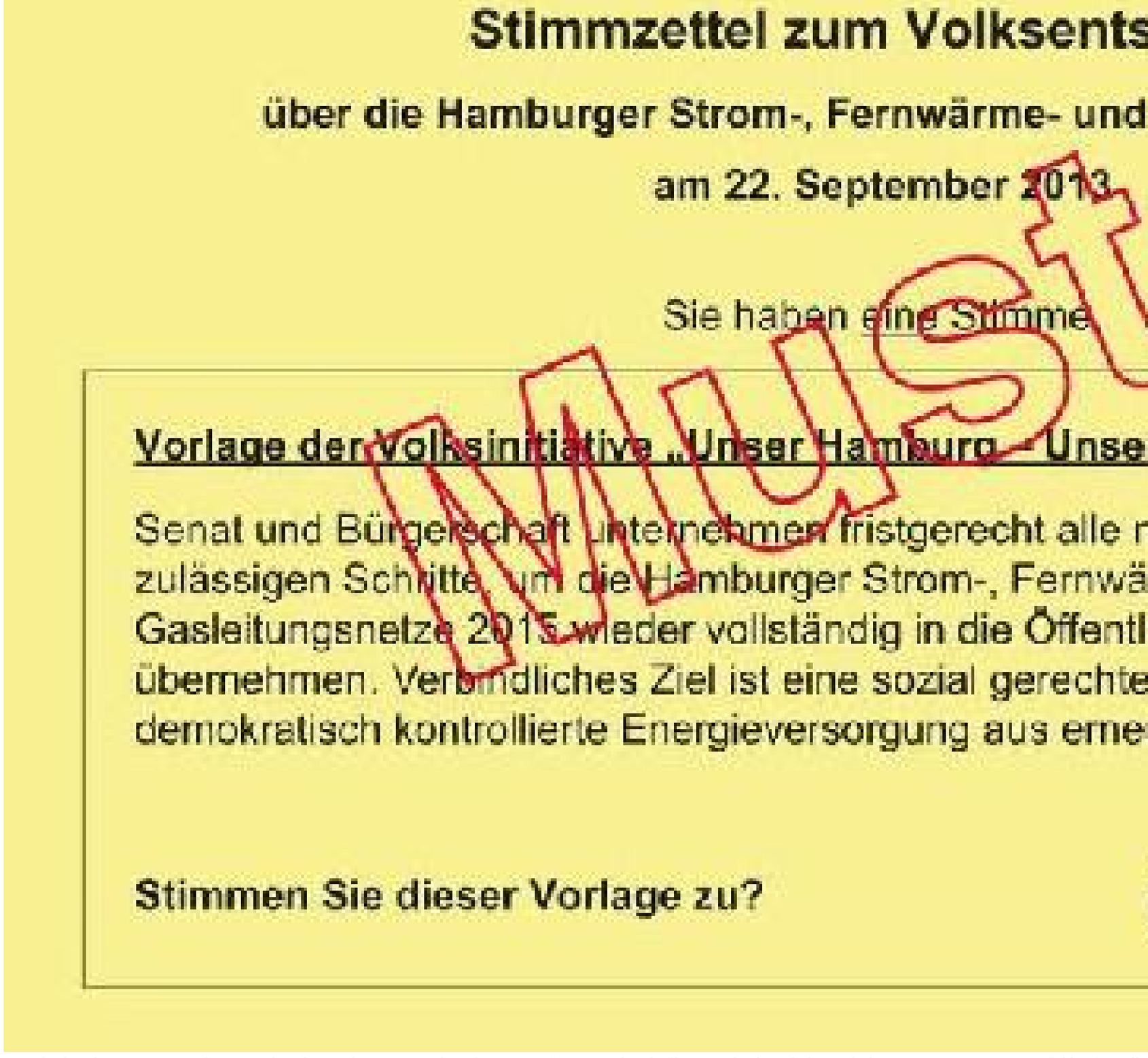
Bürgermeister Olaf Scholz und die SPD beklagen an diesem Text zweierlei. Erstens sei er zu unkonkret, die Initiative sage nicht, was der Senat denn tun solle. Das ist eine merkwürdige, kaum nachvollziehbare Kritik. Denn zum einen hat es laut Verband kommunaler Unternehmen (VKU) seit 2007 mehr als 170 Rekommunalisierungen von Energienetzen gegeben, sodass das Prozedere klar und erprobt ist. Mithin: Energienetze zurück in die Hand der Stadt zu bringen, ist kein Hexenwerk. Zum anderen ist Olaf Scholz ein erfahrener Politiker und die Hamburger Verwaltung hoch kompetent. Gemeinsam wären sie sicher in der Lage, die „notwendigen und zulässigen Schritte“ umzusetzen. Wenn sie es denn wollen.

Zuletzt haben Initiative und Grüne dem Bürgermeister unterstellt, er werde auch bei einem Sieg der Initiative den Rückkauf der Netze nicht wirklich entschieden vorantreiben. Diese Behauptung hat Olaf Scholz inzwischen deutlich zurückgewiesen. Auf die Frage, ob er bei einem Sieg der Initiative mit aller Kraft für den Rückkauf der Netze arbeiten werde, sagte Scholz kürzlich in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“: „Eindeutig ja. An uns wird es nicht scheitern.“

Viel stärker verfängt der zweite Kritikpunkt, den die Gegner des Rückkaufs am Abstimmungstext monieren. Der Text tue so, als könne man mit den Netzen für eine „sozial gerechte Energieversorgung“ sorgen und dafür, dass mehr erneuerbare Energie erzeugt wird, moniert die SPD. Zu Recht.

„Der Netzbetrieb selbst bietet nur eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten“, sagte Jurist Broemel. „Er ist im Wesentlichen zum Geldverdienen da. Einfluss auf die Art der Erzeugung der Energie hat man nicht, weil alles nach den energiewirtschaftsrechtlichen Priorisierungen und im Übrigen diskriminierungsfrei durchgeleitet werden muss.“ Man könne allerdings „im Rahmen der Entgeltregulierungsmaßstäbe die Netzentgelte ändern oder innerhalb des Netzbetriebs bestimmte Umweltstandards einführen und gewisse Investitionsschwerpunkte setzen“.

Die Initiative dagegen betont, man könne die Preise etwa bei der Fernwärme sozial staffeln, wenn man wolle. Das biete sich an, da ein städtischer Betrieb ja nicht mehr unbedingt eine maximale Rendite aus dem Geschäft herausholen



So sieht der Abstimmungszettel aus, mit dem die Hamburger Stimmberechtigten am 22. September darüber entscheiden, ob die Stadt das gesamte Energienetz zurückkaufen soll –

Die Initiatoren des Volksbegehrens „Unser Hamburg – Unser Netz“ und ihre Unterstützer im Juni 2011 vor der Abgabe der von ihnen gesammelten mehr als 114.000 Stimmen im Landeswahlamt Foto: dpa

nergienetze: der Faktencheck

tive „Unser Hamburg – Unser Netz“ eine ausreichende Mehrheit, muss der Senat das gesamte
was dagegen spricht, beleuchtet das Abendblatt in Teil 6 seiner Serie zum Volksentscheid

r nicht. Wer für den Rückkauf ist, stimmt mit Ja. Wer dagegen ist, mit Nein

müsse, es reiche eine angemessene Rendite. So werde es zum Beispiel möglich, etwa sozial schwachen Kunden ermäßigte Preise anzubieten – zumal ja viele Großsiedlungen an die Fernwärme angeschlossen seien.

Das allerdings würde vermutlich die Gewinne schmälern, die ja nach der Rechnung der Initiatoren des Volksentscheids zur Finanzierung des Kaufpreises herangezogen werden sollen.

Bei Strom und Gas allerdings ist der Spielraum für solche Vorhaben sehr gering, das räumt auch die Initiative ein. Denn die Preise der vielen unterschiedlichen Anbieter kann der Netzbetreiber nicht beeinflussen. Und die Netzentgelte machen lediglich 25 bis 30 Prozent des Gesamtpreises aus.

Grundsätzliche Preissenkungen beim Rückkauf der Netze versprechen deshalb auch die Anhänger des Netzerückkaufs nicht.

7. Sonderfall Fernwärme: Die Stadt verzichtet für immer

Die Fernwärme ist in mehrerer Hinsicht ein Sonderfall bei der Diskussion um den Rückkauf der Energienetze. Das Leitungsnetz ist zwar nur kurz, nämlich 800 Kilometer lang. Allerdings gehören zu dem Netz auch die Kraftwerke Tiefstack und Wedel. Es gibt in Hamburg elf Versorger, Vattenfall jedoch hat einen Anteil von mehr als 70 Prozent bei der Fernwärmeversorgung. In vielen Großsiedlungen haben die Kunden keine Wahlmöglichkeit. Wer den Versorger wechseln will, muss umziehen. Von einer freien Wahl des Anbieters kann also keine Rede sein. Auch werden die Preise nicht von einer Bundesagentur kontrolliert. Der Anbieter, also meistens Vattenfall, kann sie frei festsetzen. Da es weder einen wirklich freien Markt noch eine Regulierung bei der Fernwärme gibt, sind die Gewinnmargen sehr hoch. Das zeigt sich auch daran, dass der SPD-Senat für seinen Anteil an der Vattenfall-Fernwärme allein 325 Millionen der 543,5 Millionen Euro bezahlen musste, die er für den 25,1-Prozent-Anteil an allen Netzen auf den Tisch legte.

Eine weitere Besonderheit, auf die die Initiative immer wieder hinweist: Der Senat hat mit dem Vertrag zum Kauf der 25,1 Prozent an den Netzen faktisch für alle Zukunft darauf verzichtet, die Fernwärme zurück in städtische Hand zu bringen. Hintergrund: Ein Konzessionsvertrag zwischen der Stadt Hamburg und der HEW von 1994 sah vor, dass die Fernwärme von der Stadt wieder zurückgekauft werden kann. Vattenfall als Rechtsnachfolger der HEW bestreitet jedoch die Gültigkeit dieser sogenannten „Endschaftsklausel“. Letztlich hätten die Gerichte über den Streit entscheiden müssen.

Der Scholz-Senat jedoch verzichtete in seinem Vertrag mit Vattenfall faktisch darauf, diesen Streit auszufechten – und damit auf die Möglichkeit, das extrem lukrative Fernwärmenetz zurückzukaufen.

„Beim Netze-Deal des Senats ist die endgültige Fernwärme-Privatisierung der Skandal im Skandal“, sagt Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan. „Echter Wettbewerb bleibt ausgesperrt, die Fernwärmekunden bleiben dem Preisdiktat von Vattenfall ausgeliefert und entscheidende Chancen für den Klimaschutz werden vertan.“ Man frage sich, wer außer Vattenfall einen Vorteil davon hat, so Kerstan – „die Stadt Hamburg und die Fernwärmekunden sind es jedenfalls nicht“.

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel hält der Kritik entgegen, dass der Ausgang des Streits über die „Endschaftsklausel“ vollkommen offen gewesen wäre. Es sei daher besser, gemeinsam mit Vattenfall das Fernwärmenetz zu modernisieren. Zudem baue Vattenfall in Wedel das neue Gas- und Dampf-Kombikraftwerk (GuD) als Ersatz für das alte Kohlekraftwerk, das für hohe Emissionen verantwortlich sei. Die Initiative allerdings bestreitet, dass das von Vattenfall geplante GuD-Kraftwerk wirtschaftlich ist. Sie plädiert für den Bau eines anderen, kleineren Kraftwerks – ohne jedoch bisher konkrete Pläne dafür präsentieren zu können. Die Stadt müsse das prüfen, so Initiativen-Sprecher Manfred Braasch.

8. Wie wird der Preis der Netze ermittelt?

Die Stadt hat für 25,1 Prozent der Netze 543,5 Millionen Euro bezahlt. Daraus wird stets hochgerechnet, dass der Rückkauf des gesamten Netzes zusätzlich mindestens 1,5 Milliarden, insgesamt also mehr als 2 Milliarden kosten würde. Die Initiative aber bestreitet das. Sie hält die Zahl zwei Milliarden für Teil einer „Angstkampagne“ und wirft dem Senat vor, den Wert des Netzes vor der Übernahme der Anteile gar nicht genau genug geprüft zu haben. Der Senat weist die Kritik zurück.

Streit gibt es derzeit um die Veröffentlichung der Bewertungsgutachten, nach denen der vom Senat bezahlte Preis festgelegt wurde. Die Initiative hat die Vorlage der Gutachten nach dem neuen Hamburger Transparenzgesetz beantragt. Der Senat lehnte es jedoch ab, die Dokumente zu veröffentlichen – mit Hinweis auf die Betriebsgeheimnisse von Vattenfall und E.on. Die Initiative beantragt daraufhin in dieser Woche eine Einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht. Über den Antrag soll in der kommenden Woche entschieden werden.

Sollte der Volksentscheid erfolgreich sein, würde der Kaufpreis für das gesamte Netz laut Finanzbehörde voraussichtlich mit einem neuen Bewertungsverfahren vollständig neu ermittelt. Bisher gebe es dafür aber im Senat keine Planung.

9. Bekommt Hamburg die Netze in jedem Fall zurück, wenn der Volksentscheid erfolgreich ist?

Nein. Zunächst müsste der Vertrag, den der SPD-Senat mit Vattenfall und E.on geschlossen hat, komplett rückabgewickelt werden. Zeitgleich müsste Hamburg eine eigene Netzgesellschaft gründen. Dazu würde die Stadt versuchen, die Mitarbeiter zu übernehmen, die die Netze bisher für Vattenfall und E.on betreiben.

2014 läuft die Konzession für das Stromnetz aus. Hamburg muss es neu ausschreiben und müsste sich dann mit der neuen, eigenen Gesellschaft um das Stromnetz bewerben. Dabei würde die Stadt wohl auch gegen Vattenfall antreten, das sich in jedem Fall auch wieder bewerben will, wie Norddeutschland-Chef Wasmuth betont.

Sollte Hamburg seiner eigenen Netzgesellschaft die Konzession erteilen, könnte jeder unterlegene Mitbewerber die Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen. Es ist stark davon auszugehen, dass auch die bisherigen Netzbetreiber Vattenfall und E.on vor Gericht ziehen würden.

„Bei einer Bewerbung um die Konzession könnte ein Eigenbetrieb, der bei null anfängt, zu Nachteilen führen“, so Wirtschaftsrechtler Broemel. „Andererseits besteht die Möglichkeit, mit den Arbeitnehmern auch Know-how des bisherigen Betreibers zu übernehmen.“

10. Ist die Scholz-Variante risikofrei? Was, wenn Vattenfall sich aus Deutschland zurückzieht?

Nein, auch die gemeinsame Gesellschaft von Stadt, E.on und Vattenfall muss sich, wie alle anderen, um die Konzession bewerben. Auch in diesem Fall können Mitbewerber die Konzessionierung gerichtlich überprüfen lassen. Das Hamburger Netz dürfte auch für internationale Investoren interessant sein, die der derzeitigen Gesellschaft Konkurrenz machen könnten. Auch sie könnten vor Gericht ziehen, wenn sie bei der Konzessionsvergabe unterliegen. Hinzu kommen Gerüchte über einen Rückzug Vattenfalls aus Deutschland – die mittlerweile von dem Unternehmen selbst befeuert werden.

„You never know“, antwortete Tuomo Hatakka, Vorstandschef von Vattenfall Europe, laut „Tagesspiegel“ kürzlich auf die Frage, ob ein Rückzug Vattenfalls aus Deutschland denkbar sei. Tatsächlich steht das Unternehmen derzeit unter großem ökonomischen Druck. Man stecke in einer „existenziellen Krise“, so Hatakka. Wenn Vattenfall sich zurückzieht, könnte das Unternehmen seine Anteile an der zusammen mit Hamburg gegründeten Netzgesellschaft verkaufen. Der Senat hat sich dabei jedoch ein Mitspracherecht gesichert. „Wir könnten als Stadt auch selbst die Anteile von Vattenfall übernehmen“, sagt Bürgermeister Olaf Scholz. Geht Vattenfall nach der Erteilung der Stromkonzession an die gemeinsame Gesellschaft, müsste diese dennoch nicht neu ausgeschrieben werden. „Um die Hamburger Stromkonzession, die für die Zeit ab 2015 neu vergeben wird, bewirbt sich ja unsere gemeinsame Netz-Gesellschaft, an der die Stadt derzeit 25,1 Prozent hält“, so Scholz.

11. Wie sieht es in anderen Metropolen und Kommunen aus?

Großstädte wie München oder Frankfurt haben ihre Energieversorgung nie privatisiert und stehen mit ihren kommunalen Betrieben heute glänzend da. Die Gegner des Netzrückkaufs betonen dabei immer wieder, dass die Stadtwerke München vor allem deswegen gut dastünden, weil sie mit 25 Prozent am Atomkraftwerk Isar 2 beteiligt sind. Auch das von der CDU regierte Dresden hat die Energienetze rekommunalisiert.

Seit 2007 ist die Zahl der Kommunen gestiegen, die einst privatisierte Energienetze zurückgekauft haben. „Der Trend zur Übernahme von Strom- und Gasnetzen durch Kommunen hält unverändert an“, sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Hans-Joachim Reck. „Derzeit schwingt das Pendel in Richtung Rekommunalisierung.“

12. Was ist mit den Beschäftigten?

Laut Senat sind 956 Mitarbeiter bei den Netzgesellschaften für Gas, Strom und Fernwärme beschäftigt. Im Rahmen eines Betriebsübergangs könnten diese in eine städtische Gesellschaft zurückkehren. Das wollen aber viele nicht, weil sie um ihre Arbeitsplätze fürchten. Die Gewerkschaft Ver.di und der DGB haben sich im Streit um die Netze nicht festgelegt – da es bei den Mitgliedern keine einheitliche Meinung gibt.

13. Was empfehlen die Experten?

In der Anhörung der Bürgerschaft gab es für die Scholz-Variante kaum Zuspruch. Staats- und Verwaltungsrechtler Claudio Franzius, der ein Seminar an der Uni Hamburg zum Thema Energienetze gab, bezeichnet die 25,1-Prozent-Variante im Gespräch als „Kuddelmuddel-Lösung“ und plädierte für den Rückkauf. Wirtschaftsrechtler Broemel dagegen sagt: „Eine Empfehlung aus wissenschaftlicher Sicht ist nicht möglich. Es handelt sich um eine politische Entscheidung. Beide Varianten haben ihre Vor- und Nachteile. Keine ist in sich unvernünftig.“

14. Und nun? Ein Fazit

Beide zur Abstimmung stehenden Varianten folgen einer inneren Logik. Beide sind mit Risiken behaftet. Es geht also nicht um eine Entscheidung zwischen gut und schlecht. Es geht um eine politische Entscheidung, die viel mit der Grundhaltung des Abstimmenden zu tun hat. Wer glaubt, Gas-, Strom- und Fernwärmenetz seien wie das Wassernetz als Teil der „Daseinsvorsorge“ bei der Stadt besser aufgehoben – der hat gute Gründe, beim Volksentscheid mit Ja zu stimmen. Wer eher der Ansicht ist, dass der Staat nicht unbedingt als Unternehmer auftreten sollte und nicht möchte, dass die Stadt das wirtschaftliche Risiko des Netzerwerbs eingeht und dafür 1,5 Milliarden Euro neue Schulden macht – der sollte aus diesen eben so guten Gründen mit Nein stimmen.

Im August 2013 formierte sich das Bündnis „NEIN zum Netzkauf!“, in dem Handels- und Handwerkskammer, Steuerzahlerbund, die Gewerkschaft IGBCE und andere gegen den Rückkauf der Energienetze kämpfen Foto: Michael Rauhe

Der Volksentscheid: In drei Schritten zu mehr Demokratie

HAMBURG :: Nicht nur Bürgerschaft und Senat machen Politik in Hamburg, auch die Bürger selbst können aktiv mitgestalten. Der Weg dahin ist jedoch steinig. Nach Artikel 50 der Hamburger Verfassung kann das Volk direkt an der Gesetzgebung der Bürgerschaft mitwirken oder eine Befassung der Bürgerschaft mit bestimmten Gegenständen der politischen Willensbildung beantragen. Dafür sind drei Schritte notwendig: Die **Volksinitiative** ist erfolgreich, wenn sie von 10.000 Wahlberechtigten unterstützt wird. Im zweiten Schritt kommt ein **Volksbegehren** zustande, wenn es von einem Zwanzigstel der Wahlberechtigten unterstützt wird. Grundlage ist die Zahl der zur letzten Bürgerschaftswahl Wahlberechtigten, bei 1.254.638 Millionen sind das 62.732 Hamburger. Stimmen diese fünf Prozent der Wahlberechtigten zu, kommt es zu einem **Volksentscheid**.

Sind Volksinitiative und Volksbegehren erfolgreich, kommt es zu einem Volksentscheid als drittem und letztem Schritt eines Volksabstimmungsverfahrens. Wahlberechtigt sind alle Hamburger mit deutscher Staatsbürgerschaft, die am 22. September seit mindestens drei Monaten im Gebiet der Stadt Hamburg mit Hauptwohnsitz gemeldet sind oder sich hier sonst gewöhnlich aufhalten. Anders als bei der Bundestagswahl sind auch Jugendliche ab 16 Jahren wahlberechtigt. Sie bekommen einen gesonderten gelben Wahlbescheid. Weil der Volksentscheid am Tag einer Bundestagswahl durchgeführt wird, müssen für einen erfolgreichen Volksentscheid nach dem Abstimmungsergebnis zwei Bedingungen erfüllt sein. Zuerst müssen mehr Ja- als Neinstimmen abgegeben werden.

Bei der zweiten Bedingung wird es kompliziert: Die Anzahl der Ja-Stimmen muss größer sein, als die Hälfte der Zweitstimmen, die bei der Bundestagswahl in Hamburg auf die Parteien abgegeben wurden, die mindestens ein Bundestagsmandat erhalten haben. Ein Beispiel: Würden in Hamburg bei der Bundestagswahl 920.000 Zweitstimmen abgegeben und entfielen davon 20.000 Stimmen auf Parteien, die an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterten, müssten für einen erfolgreichen Volksentscheid mindestens 450.001 Ja-Stimmen vorliegen (900.000 : 2 = 450.000; Mehrheit: 450.001). Ein erfolgreicher Volksentscheid bindet Bürgerschaft und Senat. Der Senat muss binnen eines Monats feststellen, ob der Volksentscheid angenommen worden ist. (vldoe)

Neue Erklärungen und Gutachten der Gegner und Befürworter

HAMBURG :: Während der Bundestagswahlkampf eher geräuschlos vor sich hin dümpelt, werden die Auseinandersetzungen um den Rückkauf der Energienetze drei Wochen vor der Abstimmung immer hitziger. Am Freitag präsentierten beide Seiten neue Erklärungen bzw. Gutachten. Die Gegner des Rückkaufs, die sich Mitte August in der Initiative „NEIN zum Netzkauf!“ organisiert hatten, wandten sich jetzt mit einer „Hamburger Erklärung“ gegen den Rückkauf der Netze.

„Wir sind dagegen, mehr als zwei Milliarden Euro Schulden zu machen für den Kauf von Strom-, Gas- und Fernwärmenetzen“, schreiben die Initiatoren aus Wirtschaft, Steuerzahlerbund und der Gewerkschaft IGBCE an die „lieben Hamburgerinnen und Hamburger“. Hamburg habe „Wichtigeres zu tun: die Modernisierung unserer Straßen, Brücken und Wasserwege sowie Aufwendungen für Hochschulen, Schulen und Kitaplätze“. Energie werde durch den Rückkauf der Netze nicht billiger, auch fördere dieser nicht die Energiewende. „Vielmehr fehlt durch den Netzkauf das Geld für Investitionen in die Energiewende.“

Die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ legte fast zeitgleich ein Gutachten der LBD-Beratungsgesellschaft vor. Danach ist eine „Umstrukturierung der Vattenfall-Fernwärmeversorgung und eine ausreichende gesellschaftliche Beteiligung der Stadt an der Fernwärmegesellschaft“ unter klimapolitischen Gesichtspunkten „unumgänglich“. Eine Minderheitsbeteiligung erlaube „keinen entscheidenden Einfluss im Sinne der notwendigen Umstrukturierung der Fernwärme“, so die Initiative. Zudem stelle sich die Frage, ob der verhandelte Kaufpreis für den Anteilserwerb an der Fernwärmeversorgung in Höhe von 325 Millionen Euro zu hoch ausgefallen sei. (jmw)

Störfaktor Volk

Die Schlacht um die Energienetze ist geschlagen. Dabei wurden einige neue Fragen zur Volksgesetzgebung aufgeworfen

PICTURE-ALLIANCE

Eines kann man der SPD wirklich nicht vorwerfen: Beim Volksentscheid über den Netzrückkauf den schlechten Verlierer zu geben. Schon am Abend der denkbar knappen Niederlage, es war kurz nach 22.30 Uhr am vergangenen Sonntag, zog Fraktionschef Andreas Dressel im schmucklosen Presseraum 151 des Rathauses einen Antrag aus der Tasche und legte ihn den Journalisten auf den Tisch. „Wir haben einen Plan B“, sagte Dressel. „Hier ist er.“ Bis ins Detail hatte er in dem Papier aufgeschrieben, was der Senat nun tun muss, um die Energienetze auch wirklich zu bekommen, die er eigentlich gar nicht haben wollte.

VON JENS MEYER-WELLMANN

Dass die SPD das Ruder beim Netzrückkauf so schnell herumgerissen hat, und Dressels Antrag am Mittwoch bereits von der Bürgerschaft beschlossen wurde, hat sicher mit einem tadellosen Demokratieverständnis zu tun – aber nicht ausschließlich. Denn eines ist auch klar: Der knappe Sieg der Volksinitiative „Unser Hamburg – Unser Netz“, die am Ende 50,9 Prozent der Stimmen errang, war nur möglich, weil sehr viele SPD-Wähler und auch Parteimitglieder in dieser Frage Bürgermeister und Parteichef Olaf Scholz nicht gefolgt waren.

Gäbe es jetzt auch nur kleinste Anzeichen dafür, dass die Spitzenfunktionäre den Volksentscheid nicht professionell umzusetzen suchten, könnte aus der Spaltung der Stadt in der Netzfrage schnell eine Spaltung der SPD werden. So stellte am Mittwoch auch Scholz selbst in der Bürgerschaft unmissverständlich klar: „Ich bin ein großer Anhänger der Volksgesetzgebung. Wenn entschieden ist, müssen sich alle daran halten.“ Und Fraktionschef Dressel erwähnte zwar, wie knapp die Abstimmung ausgegangen sei, betonte aber auch: „Mehrheit ist Mehrheit.“

Bei alldem allerdings hat der Volksentscheid bereits im Verlauf der Kampagnen vor der Abstimmung einige Fragen aufgeworfen, über die diskutiert werden muss, sobald sich der sprichwörtliche Pulverdampf wieder gelegt hat.

Die Fragestellung

An die Frage, die den Abstimmenden auf dem Stimmzettel vorgelegt wurde, war der Satz angehängt: „Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“ Das würde fast jeder unterschreiben. Denn wer sollte schon etwas gegen soziale Gerechtigkeit und demokratische Kontrolle haben? Das Problem: Mit den Rohren und Kabeln der Energienetze kann man weder Sozialpolitik machen, noch Gerechtigkeit herstellen. Und eine demokratische Kontrolle gebe es über die Bundesnetzagentur schon heute, sagt Handelskammer-Chefvolkswirt Dirck Süß – und fordert für die Zukunft: „Wir sollten überlegen, wie man dafür sorgen kann, dass die Fragen bei Volksentscheiden keine suggestiven Formulierungen mehr enthalten.“

Das sieht auch FDP-Fraktionschefin Katja Suding so. Man müsse diskutieren, ob zur Abstimmung gestellte Fragen „etwas suggerieren dürfen, was dann gar nicht gesichert eintreten kann, wie im Fall des Rückkaufs der Netze“. CDU-Fraktionschef Dietrich Wersich pflichtet bei.

Hintergrund: Das Landeswahlamt prüft den Text der Vorlage gar nicht, den die Volksinitiative allein formuliert, sondern bietet lediglich eine Beratung an. Die Rechtmäßigkeit einer Fragestellung kann allein das Hamburgische Verfassungsgericht unter die Lupe nehmen. Das hat es beim Netze-Entscheid allerdings nicht getan, weil die Klage der CDU gegen den Entscheid nicht fristgerecht eingereicht worden war. Nach der Reform des Volksabstimmungsgesetzes im vergangenen Jahr, wird sich dies allerdings künftig ändern. Denn nun muss der Senat dem Verfassungsgericht die Vorlage einer Volksinitiative von sich aus vorlegen, wenn Zweifel an deren Rechtmäßigkeit bestehen. CDU und FDP haben jetzt angeregt, dass es auf dem Stimmzettel bei Volksentscheiden künftig auch die Möglichkeit zu Enthaltungen geben sollte.

Haushaltsrelevanz

Laut Artikel 50 der Hamburgischen Verfassung können zwar „Haushaltspläne“ nicht Gegenstand von Volksinitiativen sein. Über Behördenetats aber wird vermutlich sowieso niemand abstimmen wollen. Alle anderen Entscheidungen haben in der Regel aber auch Auswirkungen auf Ausgaben oder Kredite der Stadt – beim Netze-Entscheid immerhin in einer Größenordnung von rund 1,5 Milliarden Euro. FDP und CDU finden das problematisch, denn das Haushaltsrecht liege beim Parlament. Manfred Braasch von der Netze-Initiative dagegen sagt: „Volksentscheide haben in der Regel eine Haushaltsrelevanz. Dies galt für den LBK-Verkauf, für die Schulreform und für die Energienetze. Es wäre eine Demontage des Instruments, wenn mit diesem Argument Volksentscheide nicht mehr möglich wären.“ Dirck Süß schlägt vor: „Volksinitiativen sollten selbst aufzeigen, wie die Kosten für ihre Vorhaben gedeckt werden sollen.“

Finanzierung der Kampagnen

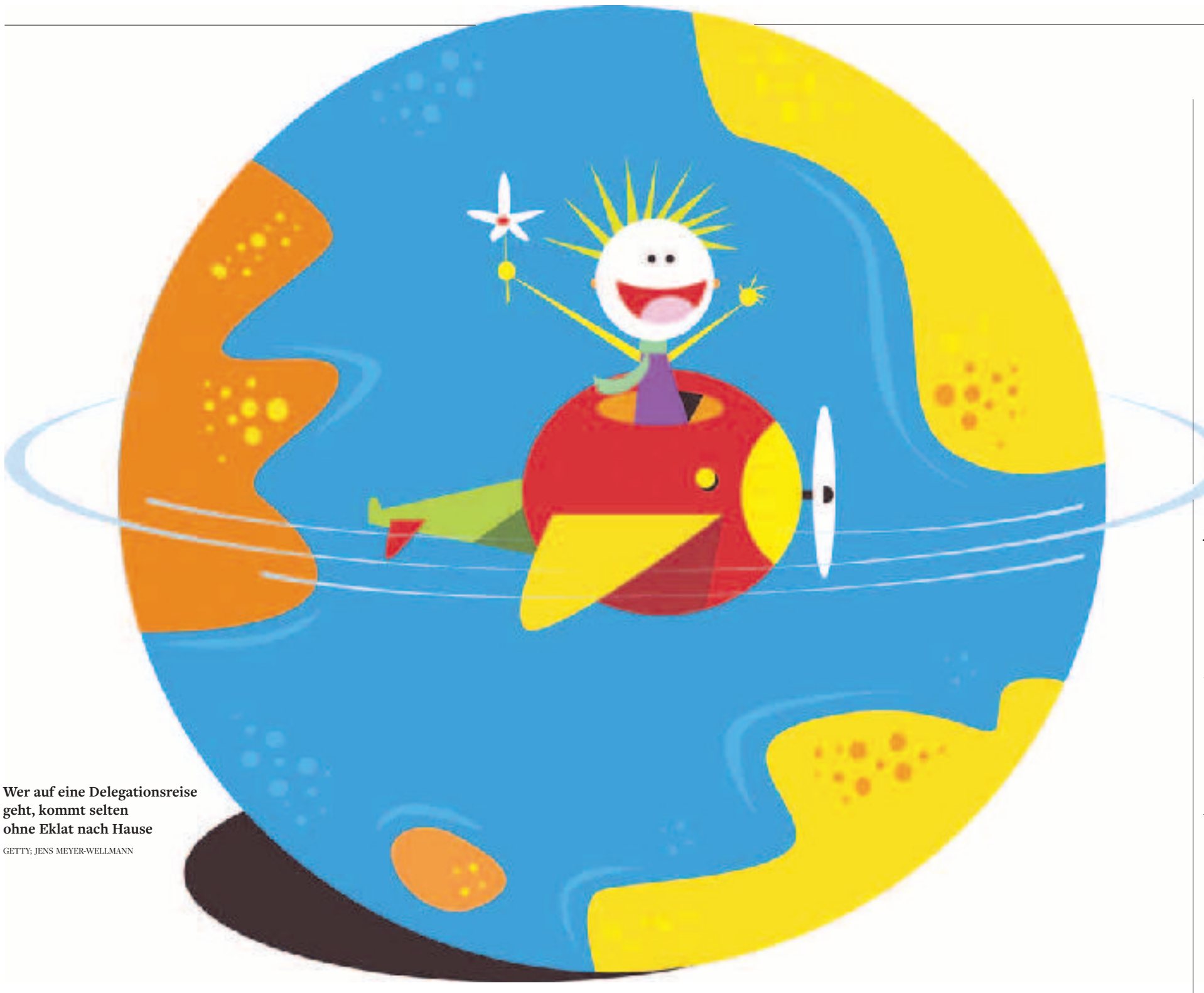
Während der Kampagnen gab es viel Streit über deren Finanzierung. Der BUND durfte keine steuerlich absetzbaren Spenden für die Volksinitiative einwerben, so dass Spenden an die Netzrückkäufer nicht beim Finanzamt geltend gemacht werden konnten. Es wurde auch viel darüber gestritten, ob die Kirche eine Bürgschaft über 25.000 Euro für die Initiative übernehmen durfte, zumal nicht alle Mitglieder der Nordkirche verstehen, was der Kampf um Kabel und Rohre mit Bibel und Bergpredigt zu tun haben soll.

Allerdings muss man konstatieren, dass die Initiative mit ihren insgesamt 190.000 Euro arm wie eine Kirchenmaus wirkte – jedenfalls wenn man ihr Budget mit dem vergleicht, was SPD, die vor allem von der Wirtschaft finanzierte NEIN-Initiative und Vattenfall gemeinsam an Werbemitteln einsetzten. Manfred Braasch schätzt deren Werbeetat auf zehn bis 20 Millionen Euro. Vattenfall macht dazu keine Angaben, aber die vielen Anzeigen, Spots und Beilagen, mit denen der Energiekonzern die Stadt überzog, sprechen für eine deutliche Waffenungleichheit. Ein weiterer Unterschied: Weil sie zehn Cent pro Ja-Stimmen an Steuermitteln bekommen, müssen Volksinitiativen ihre Finanzen offenlegen. Ihre Gegner müssen das nicht. „Wir halten es für dringend geboten, dass auch die Akteure der Gegenkampagne Herkunft und Verwendung aller eingesetzten Mittel offenlegen müssen“, sagt Linken-Politikerin Christine Schneider. Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan plädiert ebenfalls dafür, dass Gegen-Initiativen, wie die von der Wirtschaft ins Leben gerufene Aktion „NEIN zum Netzkauf!“ ihre Bücher offenlegen. Der Verein „Mehr Demokratie“ prüft, ob und wie eine Transparenzpflicht auch für Gegner von Volksinitiativen eingeführt werden könnte. Der Hamburger Politikwissenschaftler Oliver Strijbis findet ebenfalls: „Es sollte Transparenz auf beiden Seiten geben.“

SPD-Fraktionschef Andreas Dressel dagegen sieht dafür weder eine Notwendigkeit noch eine rechtliche Möglichkeit. Dabei hat er Handelskammer-Volkswirt Süß auf seiner Seite, der zu bedenken gibt, dass man nicht jeden, der eine Meinung vertritt oder eine Anzeige schaltet, zur Offenlegung seiner Finanzen zwingen könne: „Das kollidiert mit den Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.“

Alles so lassen?

Die SPD will zunächst nichts mehr am Volksabstimmungsrecht ändern. „Ich halte es nicht für klug, an den Spielregeln von Volksentscheiden schon wieder herumzuschrauben – kurz nachdem man bei einem Volksentscheid knapp unterlegen war“, sagt er. „Das wäre kein guter demokratischer Stil.“ Zudem habe man das Gesetz erst im vergangenen Jahr geändert, allerdings zu spät für den Netze-Entscheid. Beim nächsten Mal aber gelten die neuen Regeln. „Wichtigster Punkt der Reform war, dass jede verfassungsrechtlich zweifelhafte Volksinitiative zur Prüfung beim Verfassungsgericht vorgelegt werden muss“, sagt der SPD-Fraktionschef. „Das bringt in Zukunft allen Seiten mehr Rechtssicherheit.“



Wer auf eine Delegationsreise geht, kommt selten ohne Eklat nach Hause

GETTY; JENS MEYER-WELLMANN

Skandälchen gibt's immer

Kaum eine Bürgermeisterreise ohne echten oder künstlichen Eklat. Den gab es auch bei der Südamerikatour von Olaf Scholz. Dabei fällt deren Bilanz insgesamt positiv aus

VON JENS MEYER-WELLMANN

Natürlich gab es auch diesmal einen Skandal, oder sagen wir: ein Skandälchen. Es hat ja im Grunde kaum eine Bürgermeisterreise ohne irgendeinen Eklat gegeben. Was nicht unbedingt etwas über die Integrität oder Professionalität der Hamburger Senatschefs oder ihrer Stäbe aussagt – aber sehr viel über die Gruppendynamik dieser Reisen, auf denen standesbewusste Unternehmensführer, bisweilen sehr spezielle Wissenschaftler, PR-süchtige Politiker und dauererregte Journalisten miteinander ins Geschäft kommen müssen und einander dabei tagelang nicht entfliehen können. Egal ob in China, Indien, Arabien oder Südamerika: Man sitzt in diesen Delegationen vom Frühstück bis zum nächtlichen Caipi zusammen, in Konferenzsälen, Flugzeugen, Schiffen und Bussen. Immer etwas gestresst, bisweilen zugleich müde und aufgekratzt. Man hetzt gemeinsam durch die voll gepackten Tage und irgendwann ist es so, als reise man mit Freunden. Das ist natürlich ein Irrtum, denn jeder verfolgt ja seine eigenen Interessen. Der politische Stab will den Bürgermeister im besten Lichte sehen. Die mitgereisten Parlamentarier der Opposition fühlen sich notorisch benachteiligt und müssen, das ist ihr Job, öfter mal herumkritteln. Die Unternehmer wollen Geschäfte machen. Und die Journalisten suchen inmitten all der langweiligen Termine in Regierungsgebäuden und Konzernzentralen ständig nach Geschichten, die mehr Sex haben als das Händeschütteln und die blechernen Statements älterer Herren (Damen kommen auf solchen Reisen weniger vor). Schließlich stehen Medienleute (wie Politiker) unter Rechtfertigungsdruck: Warum überhaupt macht man solche Reisen? Was das wieder kostet!

So entsteht ein Biotop, in dem nichts besser gedeiht als der Skandal. Übermüdete Politiker lassen unvorsichtige Bemerkungen fallen, unzufriedene Delegationsmitglieder machen nach dem dritten Rotwein ihrem Unmut Luft, und die untereinander in hartem Konkurrenzkampf stehenden Journalisten senden und schreiben alles eilig nach Hause in ihre Redaktionen. Neuerdings wird die Erregung noch durch Facebook- und Twittereinträge gesteigert. Wenn dann am nächsten Tag der Pressespiegel kommt, ist die Aufregung kaum noch zu ertragen, und manches Vertrauen auf ewig gestört. Wobei die Ewigkeit meist nur einen halben Tag dauert.

Bürgermeister Ortwin Runde hat frühere Senatschefs bei einem Gespräch in Warschau 1998 einmal als „Dussel" bezeichnet, weil die es über Jahrzehnte versäumt hätten, eine S-Bahn zum Flughafen zu bauen. Dummerweise standen Journalisten daneben, und am nächsten Tag war im „Abendblatt" wahrheitsgemäß zu lesen: „Bürgermeister nennt Vorgänger Dussel". Das fand Runde nicht witzig, und seine Leute schimpften über die Journalisten, die einen künstlichen Skandal erzeugt hätten. Die konterten, dass ein Hamburger Bürgermeister seine Worte auf diplomatischem Parkett eben besser wägen müsse.

Dabei geht es immer auch um die Frage, wie Journalisten ihre eigene Rolle definieren. Sind sie Teil einer diplomatischen Mission, die draußen in der Welt das Beste für die Heimat erreichen will? Oder sollen sie, wie es sonst auch ihr Job ist, Augen und Ohren einer kritischen Öffentlichkeit sein, die fernab von amtlichen Verlautbarungen wissen will, wie es wirklich zugeht? Diese Frage stellte sich zum Beispiel bei einer wenig geglückten Chinareise von Bürgermeister Ole von Beust im Jahr 2004. Damals ging am ersten Tag in Peking fast alles schief. Gleich mehrere hochrangige Politiker sagten die Termine mit dem Senatschef ab, die Delegation stand stundenlang im Stau, für einige Mitreisende war das Hotel nicht gebucht worden, und als Ole von Beust in sein Zimmer kam, traf er auf ein paar halbnackte Chinesen, die dort längst eingemietet waren. Später hielt der Senatschef auf Englisch einen Vortrag über Hamburg. Im Publikum saßen allerdings nur Mitglieder der deutschen Delegation und ein junges chinesisches Pärchen, das sich offenbar verirrt hatte und in der letzten Reihe Cheeseburger aß. Natürlich will ein Senatschef nicht, dass über so etwas berichtet wird. „Welt" und „Abendblatt" schrieben die Geschichte damals trotzdem wahrheitsgemäß auf: Es war fast alles schief gelaufen am ersten Tag in China. Das Echo in Hamburg war enorm, der Skandal perfekt, die SPD-Opposition feixte, die Leute des Bürgermeisters kochten, und in der Delegation befand der eine oder andere Unternehmensvertreter: So etwas tue man nicht, das könne man doch nicht einfach aufschreiben! Und: Ein schwerer diplomatischer Schaden sei entstanden!

Der Präsident von Uruguay, Jose Mujica (r.), begrüßt Bürgermeister Olaf Scholz

Auch auf der aktuellen Tour von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) nach Brasilien, Uruguay und Argentinien gab es einen von diesen Reiseskandalen, bei denen man oft nicht weiß, ob es sich vielleicht doch eher um Wasserglasorkane handelt. Diesmal hieß der Skandal Jens Meier. Der Chef der Hamburg Port Authority (HPA) musste bereits nach dem Brasilienbesuch wieder zurück nach Hamburg fliegen, wo Wirtschaftssenator Frank Horch ein Treffen mit potenziellen Investoren für einen dritten Kreuzfahrtterminal angesetzt hat. „Senator Horch pfeift Hafenchef zurück" schlagzeilte die „Bild"-Zeitung und lag damit nur knapp neben der Wahrheit. Horch hatte Meier nämlich bereits vor dessen Abreise gesagt, dass er früher zurückkommen müsse.

Die mitgereisten Oppositionsabgeordneten fanden es nun trotzdem nachgerade ungeheuerlich, dass der Hamburger Hafenchef nicht mehr mit nach Montevideo und Buenos Aires fahren sollte, wo er doch so dringend gebraucht würde. Im Umfeld des Bürgermeisters dagegen wuchs die Wut auf Meier. Man glaubte nämlich sicher zu wissen, dass der HPA-Chef den skandalisierenden Bericht selbst inspiriert hätte – weil er lieber noch weiter mitgereist wäre. Schon war die Rede davon, bald würde Meiers „Kopf rollen". Irgendwann fuhren sich dann alle wieder herunter, schließlich ist das ewige Skandalgeheule auf die Dauer doch auch ziemlich anstrengend. Olaf Scholz befand, es sei auch ohne Meier genug Hafenkompetenz in der Delegation vertreten. „Und der Bürgermeister kennt sich in den Sachen auch ganz gut aus."

Den Erfolg der Reise konnte all das nicht schmälern. Die Treffen mit Präsidenten, Ministern, Wirtschaftsführern und Forschern und das Auftreten des Bürgermeisters wurden von den Mitreisenden durchweg positiv bewertet. Irgendwie wächst man ja doch zusammen.

Am heutigen Sonntagnachmittag werden Olaf Scholz und seine Begleiter in Hamburg zurück erwartet. Wohin die große Bürgermeisterreise im nächsten Jahr geht, ist noch offen. Eines aber ist jetzt schon sicher: Egal, welches Ziel der Senatschef wählt – einen Skandal gibt es auf jeden Fall.

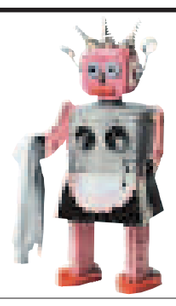
ANZEIGE

WentzelDr.®
IMMOBILIEN SEIT 1820
Bauausführungen
040 - 56 191-177
www.wentzel-dr.de

ANZEIGE

BAUWERK HAMBURG

Unser Spezialist für Zinshäuser und Grundstücke
René Müller freut sich auf Ihren Anruf:
040/41 33 05 43 · www.bauwerkhamburg.de



AGENTUR

Perfekt ausgesuchtes Personal Seite HH 15

ST. PAULI

Erstes Spiel unter Frontzeck Seite HH 25

ELBVERTIEFUNG HSH NORDBANK ELBPHILHARMONIE HAPAG-LLOYD

GETTY

Angst vor der zweiten Halbzeit

Bisher lief es fast perfekt für Bürgermeister Olaf Scholz. Dann aber kam der schwarze Mittwoch: Elbvertiefung gestoppt, Bankenchef entlassen, dazu alte Großbaustellen. Wendet sich das Glück?

VON MARTIN KOPP UND JENS MEYER-WELLMANN

Jogi Löw und Olaf Scholz haben auf den ersten Blick nicht viel gemeinsam – und doch mussten Bundestrainer und Bürgermeister in dieser Woche eine fast identische Erfahrung machen. Löw erlebte mit dem 4:4 gegen Schweden einen schwarzen Dienstag, Scholz mit dem Gerichtsentscheid zur Elbvertiefung und dem Rauswurf des HSH-Nordbank-Chefs einen schwarzen Mittwoch. In beiden Fällen sah es lange Zeit nach einem souveränen Sieg aus – und es folgte die Ernüchterung. Löw immerhin saß auf der Bank, er konnte reagieren (und reagierte falsch). Scholz dagegen war noch in Indien, als das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig der Elbvertiefung erst einmal einen Riegel vorschob, und der Aufsichtsratschef der HSH Nordbank, Hilmar Kopper, im Alleingang den Rauswurf von Vorstandschef Paul Lerbinger verkündete.

Dass der 77-jährige Kopper dabei offenbar auf eigenen Faust und ohne Konsultationen mit den Anteilseignern Hamburg und Schleswig-Holstein agierte, ließ Scholz und seinen Finanzsenator Peter Tschentscher wie kleine Jungs in kurzen Hosen erscheinen, die abzunicken haben, was ihnen der gestrenge Deutschbanker vorlegt. Dabei müssten die wahren Machtverhältnisse anders sein: Nur mit Hilfe der sieben Milliarden Euro an Garantien, die die norddeutschen Steuerzahler gegeben haben, kann das Institut überhaupt noch existieren.

Zwar muss es für Scholz nicht so kommen, wie es für Löw im Berliner Olympiastadion kam. Und doch taucht im Rathaus plötzlich die dunkle Vision einer furchtbaren zweiten Halbzeit auf. Seit der Wahl im Februar 2011 lief es für Olaf Scholz fast perfekt. Die Wirtschaft brummte, Steuereinnahmen sprudelten, die einst rebellische SPD gab sich handzahm, und die Umfragen attestierten Scholz, dass die Bürger seinem „Guten Regieren“ nach wie vor vertrauen.

In dieser Woche aber wurde offenbar, wie hoch der Einsatz ist, mit dem der SPD-Senat derzeit an vielen Tischen gleichzeitig pokert. Und wie schnell es mit dem Nimbus des guten Regenten vorbei sein könnte, wenn Scholz einige dieser Partien verliert. Nordbank, Elbvertiefung, Hapag-Lloyd, HHLA, Elbphilharmonie – überall geht es um dreistellige Millionenbeträge oder um Milliarden.

Dabei musste der als Kontrollfreak und Alleinentscheider bekannte Senatschef jetzt vor allem lernen, dass viele seiner schönen Pläne für Hamburg von Faktoren abhängen, die gar nicht in seiner Hand liegen. Der einstweilige Stopp der Elbvertiefung, den die wenig mit Hamburg vertrauten Richter im fernen Leipzig erließen, schickte den Aktienkurs des immer noch weitgehend städtischen Hafenbetreibers HHLA in die Tiefe. Denn die Entscheidung wird unweigerlich dazu führen, dass weniger Ladung nach Hamburg kommt. Schon zwei Gewinnwarnungen hat der Hafenbetrieb in diesem Jahr bekannt geben müssen – und sie unter anderem mit Verzögerungen bei der Elbvertiefung begründet.

Jetzt, da das Gericht das Projekt vorerst auf Eis gelegt hat, werden die Gewinne noch weiter abschmelzen und damit auch die Ausschüttungen an die Stadt. Im Haushalt des SPD-Senats sind in diesem Jahr mehr als 31 Millionen Euro Dividende eingeplant, im kommenden Jahr 30 Millionen und 2014 sogar 35 Millionen Euro. Experten gehen aber längst davon aus, dass nach der Entscheidung des Gerichts und der fortgesetzten Abkühlung der Schifffahrtswirtschaft die Dividendenerwartung um ein Drittel zurückgeschraubt werden müsste. In der Finanzbehörde will man davon noch nichts hören: „Wir halten unsere Dividendenerwartung an die HHLA im Moment aufrecht“, sagte ein Sprecher. Besonders sicher klingt das nicht.

Die Hafenwirtschaft, deren Vertrauen in Scholz zu dessen Wahlsieg beigetragen hat, begreift allmählich, dass auch Scholz nur mit Wasser kocht – und bisweilen zu hoch pokert. Sein stets verbreiteter Optimismus, die Gerichte würden die klagenden Naturschützer schon abwatschen, erwies sich als unbegründet. Dabei hatte Wirtschaftssenator Frank Horch längst in aller Welt verkündet, dass die Baggerarbeiten noch 2012 beginnen könnten – und sich dabei stets auch auf den Bürgermeister berufen. Gerade bei den chinesischen Reedereien, die einen Löwenanteil an den Hamburger Gesamtumschlägen liefern, war man zuletzt immer ungeduldiger geworden. Nun müssen die Hafenbetriebe ihren Kunden erklären, dass große Schiffe auch künftig nicht mit voller Ladung Hamburg anfahren können – obwohl der Senat das doch zugesagt hatte.

Der Präsident des Unternehmensverbands Hafen Hamburg, Ex-Staatsrat und Eurogate-Bevollmächtigter Gunther Bonz, geht davon aus, dass Hafenbetriebe, aufgrund der Unsicherheit Investitionsentscheidungen und den Aufbau von Arbeitsplätzen verschieben werden. „Unsicherheit ist das größte Gift für unternehmerische Planungen“, sagt er.

So stellt sich mittlerweile die Frage, ob Scholz und Horch nicht besser gefahren wären, wenn sie von Beginn an einen Kompromiss mit den Naturschützern gesucht hätten, statt volles Risiko zu gehen und auf das Wohlwollen der sächsischen Richter zu setzen. Denn es ist ja auch längst nicht ausgemacht, dass das Gericht in der Hauptsache für die Elbvertiefung entscheidet. Käme am Ende ein endgültiges Nein, könnte sich auch die wirtschaftspolitische Gesamtstrategie des Scholz-Senates als falsch erweisen. CDU und Grüne hatten zuletzt auf eine Wirtschaftspolitik gebaut, die aufgrund der hohen Unwägbarkeiten nicht mehr fast ausschließlich auf den Hafen, sondern stärker auf Dienstleistung, Wissenschaft und Kreativwirtschaft setzte. Scholz hatte für diese Versuche nur Spott übrig und ließ verbreiten, eine Stadt komme nicht zu Wohlstand, indem sich ihre Bürger gegenseitig die Haare schnitten. Sollte das Unternehmen Elbvertiefung aber scheitern, müssten Scholz und die Seinen wohl oder übel umdisponieren – und unter Schmerzen zur Kenntnis nehmen, dass Hamburg eben keine echte Küstenstadt ist.

Auch die Reederei Hapag-Lloyd, deren mittlerweile größter Einzelaktionär die Stadt mit 39,6 Prozent die Stadt ist, befindet sich in akuter Seenot. Angesichts der dramatischen Entwicklung der jüngsten Zeit werden längst Wetten darauf abgeschlossen, ob der Schifffahrtsbetrieb das Jahresende überhaupt noch mit einer roten Null abschließt. Auch hier hat Scholz bisher sehr großzügig gerechnet: Jeweils 35 Millionen soll Hapag-Lloyd in den Jahren 2013 und 2014 in den Haushalt spülen. Nun muss die Finanzbehörde auch in diesem Fall den Rückzug vorbereiten: „Es ist richtig, dass wir diese Dividendenerwartungen formuliert haben. Wir haben aber nie von einer Garantiedividende gesprochen“, sagt der Sprecher. Ein Trost ist das nicht, wenn am Ende 60 Millionen Euro in den Einnahmen fehlen. War es also ein teurer Fehler, dass der SPD-Senat im Frühjahr noch einmal 420 Millionen Euro Steuergeld in die Reederei gepumpt hat?

Der Rauswurf von Nordbank-Vorstand Lerbinger stärkte in dieser Woche zugleich die Befürchtungen, dass Hamburg bald Milliarden für das marode Institut locker machen muss, die bisher nur als ungenutzte Garantien zugesagt sind. Am Freitag hieß es nun sogar, die HSH Nordbank denke über die Beantragung weiterer Staatshilfe nach. Das Institut wolle Hamburg und Schleswig-Holstein um eine Ausweitung der Garantien für notleidende Kredite und Wertpapiere von sieben auf zehn Milliarden Euro zu bitten, meldete Reuters. Grund sei die „katastrophale Lage der Schifffahrtsbranche, die im dritten Quartal noch mal kräftig zu Buche geschlagen hat“.

Sollte die Nordbank als größter Schiffsfinanzierer der Welt ausfallen, hätte das schwer wiegende Konsequenzen für Hamburg. Als erstes würden sich die Reeder weg orientieren, danach die Makler, und schließlich geriete der maritime Standort in Gefahr. In der Hansestadt hängt noch immer etwa jeder zehnte Arbeitsplatz mittelbar von der maritimen Wirtschaft ab.

Zu alldem musste die Stadt am Freitag auch noch einen unrühmlichen Jahrestag begehen: Seit genau einem Jahr ruhen die Bauarbeiten an der Elbphilharmonie. All die angeblichen Durchbrüche beim Streit zwischen Stadt und Generalunternehmer Hochtief, die der Scholz-Senat zwischenzeitlich verkündete, erwiesen sich als schlechte PR-Gags. Die Kosten kletterten derweil weiter. Schätzungen gehen davon aus, dass jeder Tag, an dem der Bau ruht, um die 100.000 Euro kostet. Macht 36,6 Millionen Euro Kosten für das Nichtstun von Hochtief und Senat in diesem Schaltjahr. Wenn Scholz den Vertrag mit Hochtief kündigt, und die Stadt den Prachtbau selbst fertigstellen muss, wird es auch nicht unbedingt billiger. Das Konzerthaus, das einmal 77 Millionen Euro kosten sollte, dürfte am Ende mindestens eine halbe Milliarde Euro kosten – wenn es irgendwann einmal fertig wird.

„Jetzt holen den Bürgermeister all die Risiken ein, die er mit seinen Entscheidungen eingegangen ist“, konstatiert CDU-Fraktionsvize Roland Heintze. Und Grünen-Fraktionschef Jens Kerstan kritisiert vor allem den Politikstil des Senats- und Parteichefs Scholz. „Seine Entscheidungen entpuppen sich zunehmend als Fehleinschätzungen“, sagt Kerstan. „Seine Neigung, Entscheidungen einsam und ohne echte Beratung zu fällen, wird zum Risiko für zentrale Projekte der Stadt.“ Niemals habe ein Hamburger Bürgermeister eine so herbe Schlappe vor Gericht erlitten. Auch die Konfrontation mit Hochtief und der Zukauf von Hapag-Lloyd-Anteilen hätten die Risiken für Hamburg unnötig erhöht. „Der Lack ist ab“, glaubt auch FDP-Fraktionschefin Katja Suding. „Olaf Scholz offenbart eine gefährliche Spielermentalität gepaart mit schlechtem Risikomanagement.“

Am Sonnabend kehrte der so Gescholtene von seiner einwöchigen Indienreise zurück. Von den Reisestrapazen wird Olaf Scholz sich nicht lange erholen können, denn auch die kommende Woche könnte furchtbar werden. Am Mittwoch tagt der Aufsichtsrat der HSH Nordbank. Neue Horrormeldungen sind zu erwarten.

NORDLICHT

So nicht, Roland Heintze (CDU)!

Manche denken ja: Das Internet vergisst nix. Was da einmal drinsteht, finden die allmächtigen Suchmaschinen in zuverlässig kurzen 0,02 Sekunden, und plopp! sind die alten Fotos vom alkoholschwangeren Nackt-Boule-Wettbewerb aus dem Spanienurlaub auf dem Rechner des Chefs. Aber, und das ist schon die gute Nachricht, dem ist gar nicht so. Mitteilungen auf der Plattform „facebook“ etwa kann der Verfasser wieder löschen, ohne dass sie im Langzeitgedächtnis des Internets noch aufzustöbern wären. Niemand unter Hamburgs Politikern dürfte über diese Erfindung glücklicher sein als **Roland Heintze**, der Haushaltsexperte der CDU. Der 39-jährige Kommunikationsexperte (er leitet ein PR-Unternehmen) teilte einen Witz auf seiner Seite, den er mit „nicht schlecht“ betitelte: „Man darf nicht mehr Frauen sagen. Das heißt jetzt ‚Menschen mit Menstruationshintergrund‘“. Gut, das finden eher betrunkene Teilnehmer von Nackt-Boule-Wettbewerben lustig oder andere anstandslose Gesellen. Sofort brach ein Kloakensturm los, entrüstete Leser warfen Heintze alles mögliche Schlechte vor, vor allem Frauenfeindlichkeit. Da haut der nüchterne Heintze, der Herr der Zahlen, mal einen Spruch raus und dann ist es auch nicht richtig. „Peinlicher Facebook-Aussetzer“, kommentierte das Sitten-Fachblatt „Bild“. Autsch! Der Christdemokrat ist immerhin in guter Gesellschaft. US-Präsidentschaftskandidat **Mitt Romney** musste jetzt auch lernen, wie sensibel die Materie Frau/Spruch ist. Der Republikaner gab sich in der Diskussion mit Präsident Obama als Förderer des anderen Geschlechts und sagte, dass er sich bei der Besetzung eines Postens „einen Ordner voll Frauen“ habe kommen lassen. Sogleich wurde Amerikas Antwort auf Roland Heintze im Netz als „Fanatiker“ bezeichnet. Wegen eines Ordners voller Frauen! Wenn es jetzt ein ganzer Schrank voll wäre, sortiert nach ... Lassen wir das. Das Internet vergisst nicht so schnell. Wenn überhaupt, stehen hier aus Prinzip nur frauenfreundliche Witze! Zum Beispiel: Wie viele Feministinnen braucht man, um eine Glühbirne auszuwechseln? Antwort: Eine, und das ist NICHT BESONDERS WITZIG! *Per Hinrichs*

ANZEIGE

SAHLING
düfte
WWW.SAHLING-DUEFTE.DE

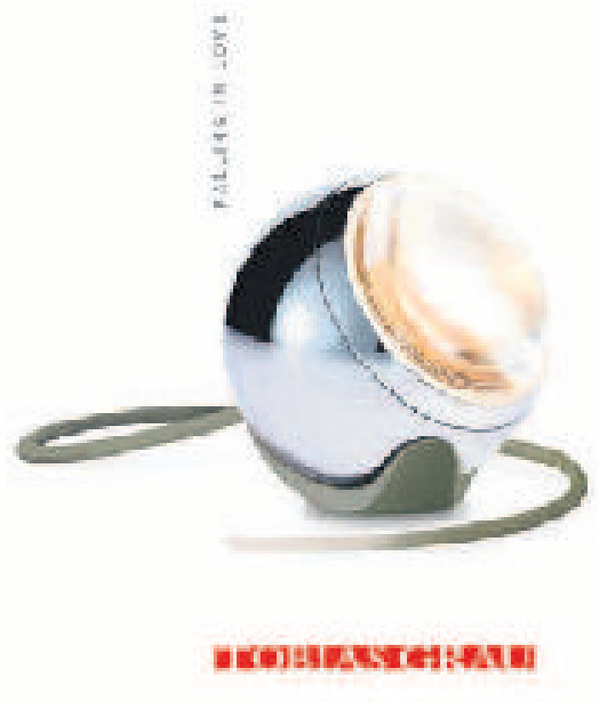
ANZEIGE

Ihre Ansprechpartnerin in allen Immobilienangelegenheiten. Kauf oder Miete – privat oder gewerblich. Wir sind für Sie da!

ULI VOGELER

Johnsallee 2
20148 Hamburg
Telefon: 040/30 03 38 00
E-Mail: info@ulivogeler.de

ANZEIGE



Gnadenlos bis in den Tod?

Er war ein brutaler Vergewaltiger, hat mehr als zwei Drittel seiner Strafe abgesessen – darf ein solcher Mann im Sterben mit Erbarmen rechnen?

Jens Meyer-Wellmann

Blick aus einer Zelle des Untersuchungsgefängnisses Holstenglacis. Hier sitzt der todkranke 32jährige ein. Nur ein Pastor darf ihn täglich besuchen.

Es ist der 8. Juli 1999. Ein angenehmer Sommertag in Hamburg. Sonne, 24 Grad. Gegen 14 Uhr fährt A., der 25 Jahre alte Sohn eines Kriminalkommissars, zum Hauptbahnhof, um sich Kokain zu kaufen. Ein halbes Gramm bekommen er und ein Freund für ihre 50 Mark. Sie spritzen es sich in die Armvenen.

☆

Früher Abend. Am Ostpreußenplatz in Hamburg-Wandsbek stehen vor einem Imbiß ein paar Männer zusammen. Sie trinken Bier und Jägermeister. Von „Pennerszene“ sprechen die Ermittler, als sie später den Hergang des Verbrechens recherchieren. Auch A. ist nach seiner Fahrt zum Hauptbahnhof zu den Männern gestoßen. Auch er trinkt. A. habe „das Arbeiten nicht erfunden“, sagt sein Vater über ihn.

Eine Frau, die mehr als 20 Jahre älter ist als A., hat sich zu den Männern gesellt. Sie trinkt Lakritzschnaps. A. flirtet mit der Frau. Ein Scherz, ein flüchtiger Kuß, eine unbeholfene Umarmung. „Ich könnte deine Mutter sein“, sagt die Frau. Irgendwann küßt sie einen anderen. Mit ihm geht sie in ihre Wohnung, wenige Meter entfernt in der Lesserstraße, und schläft mit ihm. Danach kehren sie zu der Gruppe zurück und trinken weiter.

Mittlerweile ist es Mitternacht. Die Frau ist volltrunken. Sie will nach Hause. A. begleitet sie. Sie umarmen einander, stützen sich gegenseitig und wanken in die Wohnung. Sie ziehen sich aus und gehen ins Schlafzimmer. Sie schlafen miteinander.

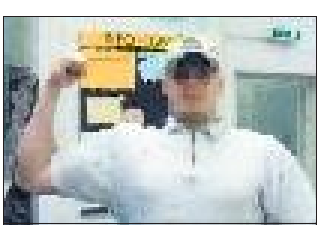
A. verlangt Oral- und Analverkehr. Die Frau lehnt ab. Und plötzlich tut sich ein Abgrund auf. Ein Abgrund in A. Er gerät in Raserei, er holt sich, was er will, vergewaltigt die Frau, oral, anal, oral, schlägt sie grün und blau und blutig, verlangt von ihr, sie solle sagen, wie sehr sie diese Folter genieße. Erst nach einer Stunde kann sich die Frau befreien. Sie schleudert A. mit einem Tritt von sich, rennt nackt und blutend durch das Treppenhaus ins Freie, versteckt sich in einem Gebüsch und wartet, zitternd und wimmernd, bis A. sich angekleidet hat und geht. Dann klingelt sie bei einem Nachbarn.

☆

Nie hätten sie ein lebendes Vergewaltigungsopfer mit so großen Wunden gesehen, sagen Gutachter später. Der Frau wird ein künstlicher Darmausgang eingesetzt.

23 Jahre früher: Das Jahr 1976, in dem der Sicherheitsgurt zur Pflicht wird und „Ein Bett im Kornfeld“ die deutschen Charts stürmt. Der Polizist K. kommt beruflich in ein Kinderheim. Die Heimleiterin zeigt ihm einen anderthalb Jahre alten Jungen, strohblond und mit strahlend blauen Augen, der sich sofort an K. festklammert. Der Junge sei vernachlässigt worden, sagt sie. Später erfährt K. mehr und sagt: „Er war in seiner eigenen Scheiße ans Bett gefesselt.“

K. ist ein stattlicher Mann. Aber er hat keine Kinder. Zehn Jahre zuvor ist sein erstes Kind bei der Geburt gestorben. Bei der zweiten Schwangerschaft seiner Frau nistete sich die Eizelle in den Eileiter ein und starb ab. Jetzt, als er den kleinen A. auf dem Arm hält, werden Vatergefühle in ihm wach. K. erzählt seiner Frau davon. Schließlich adoptieren die beiden den Jungen. Sie ziehen um, damit er ein eigenes Zimmer bekommt. Aber das Leben mit A. ist nicht einfach. Immer wieder zertrümmert der Junge mit dem



1,90 Meter und muskelbepackt: A. im Jahr 2002, kurz bevor der Lymphdrüsenkrebs diagnostiziert wurde.

Kopf sein Kinderbett. Wenn seine Adoptivmutter ans Bett kommt, schreit er wie am Spieß. Wenn K. ihn hochnimmt, beruhigt er sich. „Seine ersten Lebensmonate waren schlimm“, sagt K. „Ich habe gehofft, wir würden das wieder aus ihm herausbekommen.“

☆

Juli 1999. Zwei Tage nach der Vergewaltigung. Kommissar K. steht vor der Untersuchungshaftanstalt. Die Wärter wollen ihn durchwinken. K. ist prominent bei der Polizei und im Strafvollzug. Er war an der Festnahme des Serienmörders Fritz Honka beteiligt, der vier Frauen tötete und zerstückelte. Weil er Honka schon als Schutzmann auf dem Kiez kennengelernt hatte, war er der einzige Polizist, mit dem der Frauenmörder nach seiner Festnahme sprach. K. stand auch wegen anderer Verdienste in den Zeitungen. Er ist ein Vorzeige-Polizist, einer, der ein bißchen berühmt wurde in seinem Beruf. „Ihr müßt mich durchsuchen“, sagt er zu den Wärtern. „Ich komme als Besucher.“

☆

Im Februar 2000 bekommt A. neun Jahre für die Vergewaltigung. Das ist fast Höchststrafe. Er soll bis 2008 sitzen. A.s damaliger Verteidiger soll einen Handel abgelehnt haben, bei dem A. fünf Jahre bekommen hätte.

☆

Sechs Jahre später, im Februar 2006, entzündet ein abgemagerter Mann eine Kerze in der kleinen fensterlosen Kapelle des Allgemeinen Krankenhauses Altona. Seine Augen sind schwarz gerändert. Sein hellblaues Hemd ist ausgebeult, der Mann trägt einen Verband darunter. Vor wenigen Tagen haben ihm die Ärzte einen Tumor aus der Brust entfernt.

Es ist A., der da ein Licht am neunarmigen Leuchter entzündet. Der kleine blonde Junge aus dem Heim. Und der Vergewaltiger aus Wandsbek. Er ist jetzt 32 Jahre alt. Die Ärzte haben ihm gesagt, daß er bald sterben wird. Neben A. steht eine junge Frau. Seine Braut. Vor neun Monaten hat er sie kennengelernt, eine 26 Jahre alte Zahnarzthelferin mit dunklen Locken. Sie haben sich verliebt. „Dagegen kann man ja nichts machen“, sagt die Frau.

Krankenhausseelsorger Heinz Padell traut das junge Paar. Auch bei der Zeremonie soll A. nach dem Willen der Strafvollzugsbehörde gefesselt bleiben. Wie schon bei den Chemotherapien, die er seit 2003 über sich ergehen lassen mußte, als bei ihm Lymphdrüsenkrebs entdeckt wurde. Fast immer war er dabei ans Krankenhausbett gefesselt. Ans Bett gebunden zu sein – das kennt A. aus seinen ersten Lebensmonaten.

Heute nehmen A.s Bewacher ihm die Fesseln ab und werden zu Trauzeugen. Padell predigt bei dieser Hochzeit über Psalm 126: „Wenn der Herr die Gefangenen Zions erlöst, so werden wir sein wie die Träumenden.“

☆

Im März 2006 holen sechs Polizisten A. von der Krebsstation des AK Altona. Morbus Hodgkin, infauste Prognose. Das heißt: Die Ärzte können nichts mehr für ihn tun. Sie entlassen ihn zum Sterben. Er hat kein Recht mehr darauf, im Krankenhaus zu bleiben. Er muß wieder ins Gefängnis.

Am Beginn seines Lebens war A. Opfer, dann wurde er Täter. Die Frau aus Wandsbek leidet noch heute unter seiner Tat. Jetzt ist er wieder Opfer. So, als würde sich ein Kreis schließen.

☆

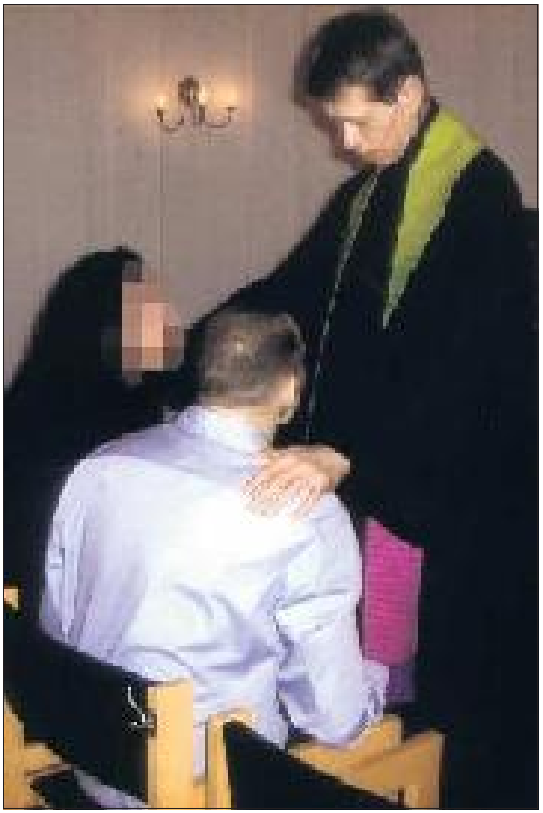
Seit 28. März sitzt A. wieder im Gefängnis. Er wird im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaft versorgt. Soweit es geht. Seine Augäpfel ragen jetzt weit aus dem gelben Gesicht. Er hat stark abgenommen.

Vier Stunden Besuch von Angehörigen pro Monat sind erlaubt. Wochentags, zu Geschäftszeiten. Das sind etwa zehn Minuten pro Werktag. Angehörige sind A.s Frau und sein Adoptivvater. A.s Adoptivmutter ist 2001 gestorben. An Krebs. Sie hat ihm bis zu ihrem Tod nicht verzeihen können. A. hat neunjährige Zwillingssöhne mit einer früheren Freundin. Aber die darf er nicht sehen. Die Mutter verbietet es. Die Staatsanwaltschaft glaubt, A. könne versuchen, seine Kinder trotzdem zu sehen – notfalls mit Gewalt. A. fragt: „Wie kommen die darauf? Mich kann jetzt ein Sechsjähriger umpusten.“

23 Stunden pro Tag ist A. „unter Verschluß“. Die einzigen Stimmen kommen aus dem Fernseher. Niemand ist da, der mit ihm spricht. Nicht über den Tod oder die Tat, nicht über die Schuld und nicht über die Angst. Niemand, der seine Hand halten würde, falls er das wollte. Seine Frau durfte zwei Wochen nach seiner Rückkehr ins Gefängnis zum ersten Mal zu ihm. Für eine halbe Stunde. Unter den Augen eines Wärters in einem niedrigen Vier-Quadratmeter-Raum, in dem eine halbhohe Plexiglasscheibe das Paar trennt. Umarmungen sind verboten.

☆

Der Fall A. ist nicht irgendein Fall. Roger Kusch hat sich, als er noch Justizsenator war, über alle Details unterrichten lassen. A. gilt in der Behörde als gefährlich. Auch Schwerstkranke könnten „offene Rechnungen“ begleichen, sagt man. Mancher Jurist wundert sich darüber. Denn A. ist kein Mehrfachtäter. Er hat mehr als zwei Drittel abgesessen, sich in der Haft nichts zuschulden kommen lassen und eine Ausbildung zum Maler gemacht.



Trauung in der Kapelle des Allgemeinen Krankenhauses Altona im Februar 2006. Obwohl A. als Vergewaltiger verurteilt und jetzt unheilbar krebskrank ist, gibt ihm eine 26 Jahre alte Zahnarzthelferin das Jawort. Sollte er zum Sterben entlassen werden, will sie ihn bis zu seinem Tode pflegen. Getraut werden die beiden vom Krankenhausseelsorger Heinz Padell (r.).

FOTOS: PRIVAT (2), RÖHRBEIN

Es gibt zwei Gründe, warum man A. für so gefährlich hält: Wegen der Brutalität seines Verbrechens. Und weil er keine Therapie durchlaufen hat. A. habe niemals die Schwere seiner Tat begriffen und niemals Mitgefühl mit seinem Opfer entwickelt, sagt man. Das letzte Gutachten sagt etwas anderes: A. könne sich jetzt in sein Opfer hineinversetzen, heißt es dort. Dazu habe auch seine Krankheit beigetragen.

Durch seine Krankheit kann A. sich jetzt in das Leid seines Opfers hineinversetzen, sagt ein Gutachter.

Kusch hat ein Essay über „Tod in Würde“ veröffentlicht. Darin ging es um Sterbehilfe. Um Menschen wie A. ging es nicht.

☆

Vier Hamburger kämpfen darum, daß A. in Freiheit sterben darf. Sein Vater, der mittlerweile pensionierte Polizist K., sagt: „Er hat seine Strafe verdient. Aber er hat sie zu mehr als zwei Dritteln abgesessen. So darf man niemanden sterben lassen.“ Selbst Serienmörder Honka habe man vor seinem Tod freigelassen. „Es ist unmenschlich und unwürdig, wenn Nahestehenden verwehrt wird, einen Todkranken zu begleiten“, sagt Heinz Padell, der als Seelsorger ein Besuchsrecht für alle Werktage hat. A.s Ehefrau will ihrem Mann seine letzten Wochen so angenehm wie möglich gestalten. Sein Anwalt Arne Timmermann hat Haftunterbrechung für A. beantragt. Haftunterbrechung zum Sterben. Das Landgericht hat abgelehnt. Jetzt liegt der Fall beim Oberlandesgericht. Timmermann will notfalls vor das Verfassungsgericht ziehen. Das Grundgesetz sagt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Der Anwalt glaubt, daß damit auch das Recht auf ein würdiges Sterben garantiert wird. Für jeden Menschen. Auch ein Gnadengesuch hat er eingereicht. In der Gnadenkommission sitzen fast nur Senatsmitglieder.

☆

Seit die CDU in Hamburg regiert, gibt es kaum noch Begnadigungen. Im Jahr 2000 wurden 1128 Gefangene begnadigt. Im Jahr 2005 waren es noch 62. Das ist ein Rückgang um 95 Prozent.

☆

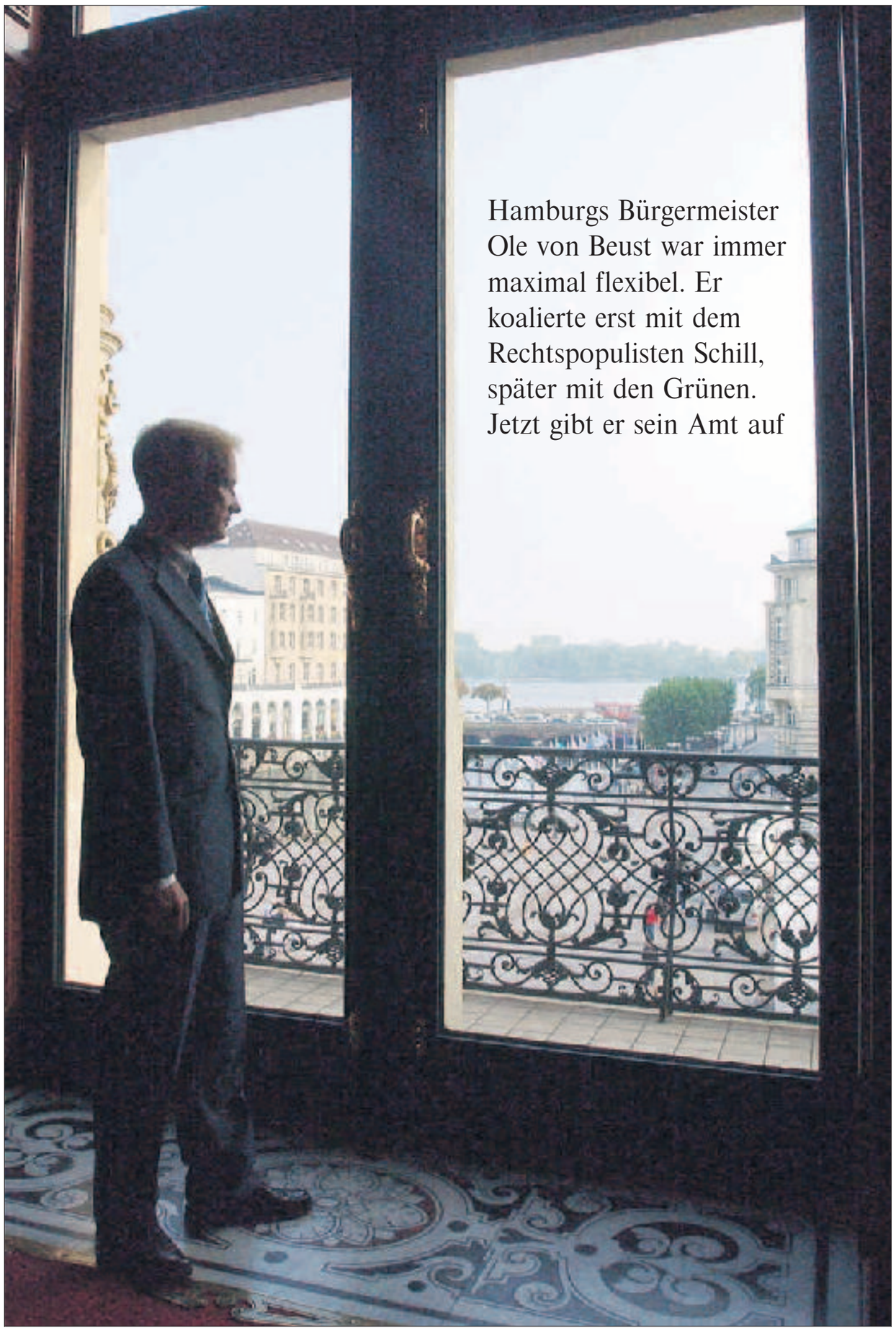
Noch ist A.s Geschichte nicht zu Ende. Ihm bleiben wenige Wochen Lebenszeit. Vielleicht Tage, vielleicht Monate.

„Keine Gnade für Sexualstraftäter“, hat Ex-Senator Roger Kusch einmal als Motto seiner Politik ausgegeben.

A. ist ein Sexualstraftäter. Am Anfang seines Lebens war er ein mißhandeltes Kind. Jetzt ist er ein sterbender Mensch.

Abgang eines Unpolitischen

Von Jens Meyer-Wellmann



Ole von Beust im Rathaus der Hansestadt PA/DPA

Persönliche Rekorde seien ihm egal, hat Ole von Beust wiederholt wissen lassen. Deswegen spiele es auch für seine Entscheidung, wann er sich vom Amt des Hamburger Bürgermeisters verabschiede, keine Rolle, dass er im Dezember 2011 zum am längsten in der Hansestadt regierenden Senatschef werden könnte. Diesen bislang vom SPD-Nachkriegsbürgermeister Max Brauer gehaltenen Rekord wird Beust, der gestern seinen Rückzug zum 25. August erklärte, nun nicht brechen können. Dennoch hat der heute 55-jährige Freiherr in seiner fast neunjährigen Amtszeit gleich mehrere politische Superlative gesetzt.

Er ist der erste CDU-Ministerpräsident, der ein Bündnis mit den Grünen eingegangen ist. Er ist in den knapp neun Jahren seiner Regierung den wohl weitestmöglichen politischen Weg gegangen: von einer Koalition mit dem Rechtspopulisten Ronald Schill und der FDP, mit der er 2001 ins Amt kam, bis zur ursprünglich von weit links kommenden Grün-Alternativen Liste. Er war der erste offen homosexuelle Bürgermeister der Stadt. Und er ist der einzige CDU-Politiker, der es im über Jahrzehnte sozialdemokratisch regierten Hamburg jemals zu einer absoluten Mehrheit brachte, mit der er von 2004 bis 2008 regierte.

Zu seinen größten Leistungen zählt es wohl, dass er es geschafft hat, die fast 20 Prozent der Hamburger Wähler wieder für eine Volkspartei einzusammeln, die im Jahr 2001 für den Rechtspopulisten Schill gestimmt hatten. Es hat von Beust seinerzeit viel Kritik eingetragen, dass er mit Schills Hilfe 2001 ins Amt kam. Aber in Wahrheit war es ja nicht von Beust, sondern die SPD gewesen (damals übrigens unter dem Vorsitz eines gewissen Olaf Scholz, der jetzt bereits Neuwahlen fordert), die einen Haudrauf wie Schill erst möglich gemacht hatte, weil sie viel zu lange eine offene Drogenszene in der Stadt geduldet und trotz einer Rekordkriminalität weiter bei der Polizei gespart hatte.

Es klingt paradox, aber dass von Beust so lange regieren konnte, liegt auch an seinem nie sehr stark ausgeprägten Ehrgeiz.

Als von Beust im Sommer 2003 Schills Innenstaatsrat Walter Wellinghausen wegen dessen unerlaubter Nebentätigkeiten entließ und Schill daraufhin drohte, die Homosexualität von Beusts öffentlich zu machen, feuerte von Beust auch Schill. Wenige Monate später ließ er die Koalition mit dem wilden Haufen der Restschillianer platzen und ging mit vollem Risiko in eine Wahl. Weder die Grünen noch die SPD hätten seinerzeit mit dem einstigen Schill-Partner koaliert, also musste die Beust-CDU angesichts einer FDP, der ihre Wähler das Bündnis mit dem Rechtspopulisten nicht verziehen, volles Risiko gehen und eine absolute Mehrheit anstreben. Das gelang ihm mittels eines von ihm selbst und dem bisherigen Innensenator und jetzigen Beust-Erben Christoph Ahlhaus perfekt inszenierten Wahlkampfs – vor allem, weil er sich durch den Schill-Rauswurf das Image des energisch durchgreifenden Senatschefs erstritten hatte.

Dass von Beust 2004 das immense Risiko der vorgezogenen Neuwahl einging, hat viel damit zu tun, dass er nicht an der Politik klebt – und dass es für ihn wohl kein persönliches Drama gewesen wäre, das Amt wieder zu verlieren.

Von Beust ist nicht besonders tief verhaftet mit den Dingen, er ist innerlich nicht angewiesen auf die Macht oder auf besonderen Wohlstand. Er ist, im besten Sinne, unabhängig und deswegen auch ausgesprochen flexibel. Nur dadurch ist es ihm möglich gewesen, erst mit einem Rechtspopulisten zu regieren und einige Jahre später mit den Grünen. Die Kehrseite dieser Unabhängigkeit und geringen Verhaftung ist eine Art politischer Untreue. Kaum ein prominenter Politiker hat so rasant nicht nur seine politischen Partner, sondern auch seine politischen Positionen gewechselt wie Ole von Beust.

So ruht der Erfolg des Modells von Beust auf zwei Säulen: Auf einem durch und durch unprätentiösen und sympathischen persönlichen Auftreten, auf einer Erhebung des gepflegten Smalltalks zu einer Kunstform, wie nur er sie in dieser Perfektion beherrscht.

Die zweite Säule, auf der sein Erfolg ruhte, war eine weitgehende Entpolitisierung von Politik. Fragte man in den vergangenen Jahren Abgeordnete, Politologen oder auch die gemeinen Wähler, so konnte kaum jemand eine Antwort auf die Frage geben, für welche konkreten politischen Inhalte dieser Spross einer CDU-Familie eigentlich steht. Zu flexibel hat er sich seit seiner Regierungsübernahme im Herbst 2001 gezeigt.

Beispiel Ökologie: Kaum an der Macht, schaffte er die Umweltbehörde ab und hob das Tempolimit auf Hamburger Straßen an. Anfang 2007 ließ er sich dann plötzlich von der Bundes-CDU zu deren Umweltbeauftragten und oberstem Klimaschützer küren. Der Al-Gore-Film zur Klimakatastrophe habe ihn bekehrt, sagte von Beust seinerzeit.

Beispiel Energiepolitik: 2007 ließ er das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigen und stellte es als alternativlos dar. 2008 versuchte der neue schwarz-grüne Senat, den Bau mit juristischen Winkelzügen zu verhindern.

Beispiel Wirtschaft: Kaum ein Bürgermeister privatisierte so schnell wie von Beust, dessen Senat binnen weniger Jahre die Kliniken des Landesbetriebs Krankenhäuser verkaufte (an Asklepios), die Reste der Hamburgischen Electricitäts-Werke (an Vattenfall), ja sogar die Gebäude, in denen die Hamburger Behörden selbst arbeiten (an französische Fonds). 2008 konstatierte er plötzlich, der Kapitalismus sei gescheitert, und seine Senatoren sangen Loblieder auf den Staat.

Beispiel Bildungspolitik: Im Wahlkampf 2008 gerierte sich seine CDU als Retterin der Gymnasien gegen linke und grüne Pläne einer Schule für alle und gegen eine bildungspolitisch unentschiedene SPD. Wenig später versuchte sein Senat in beispielloser Eile eine sechsjährige Primarschule einzuführen, ein System, das niemand gewollt hat, weder die Grünen (die eine neunjährige Gemeinschaftsschule wollten) oder die Linke, nicht die SPD und schon gar nicht die CDU. Er habe eben dazugelernt, entgegnete er Kritikern. Diesmal fand sein Erweckungserlebnis, anders als beim Klima, nicht im Kino statt. Diesmal bemerkte er plötzlich, dass eine sechsjährige Grundschule weltweiter Standard ist.

Man nahm von Beust nicht übel, dass er für nicht viel mehr stand als für sich selbst

All das zeigt: Wenn man von bestimmten Grundwerten wie der Abneigung gegen jede Form der Diskriminierung absieht, sind tief sitzende und also langlebige Grundüberzeugungen bei von Beust kaum aufzuspüren. Im Gegenteil: Ole von Beust ist womöglich der erste Politiker, der sich fast vollständig von den Fesseln politischer Inhalte befreit hat. Gerade das hat ihn so erfolgreich gemacht, und erst das hat ein Bündnis mit den Grünen ermöglicht. Man nahm es dem netten Ole nicht übel, dass er für nicht viel mehr stand als für sich selbst.

Möglich ist eine solche Entkernung von Politik dabei letztlich nur durch das systematische Verwischen von Gegensätzen. Einer von vielen Belegen dafür ist ein Interview, das er im vergangenen Jahr gab. Dafür ließ er sich mit einem Karl-Marx-Porträt fotografieren, erklärte den Kapitalismus für gescheitert, den Sozialismus aber ebenso. Als seine Lieblingslektüre nannte er den Philosophen Karl Popper – und Donald Duck. Er legte ein gutes Wort für die früheren Schill-Parteigänger ein und nannte die Abgeordneten der Linkspartei „menschlich angenehm und intelligent“. Der Mann hatte stets für jeden etwas im Portfolio.

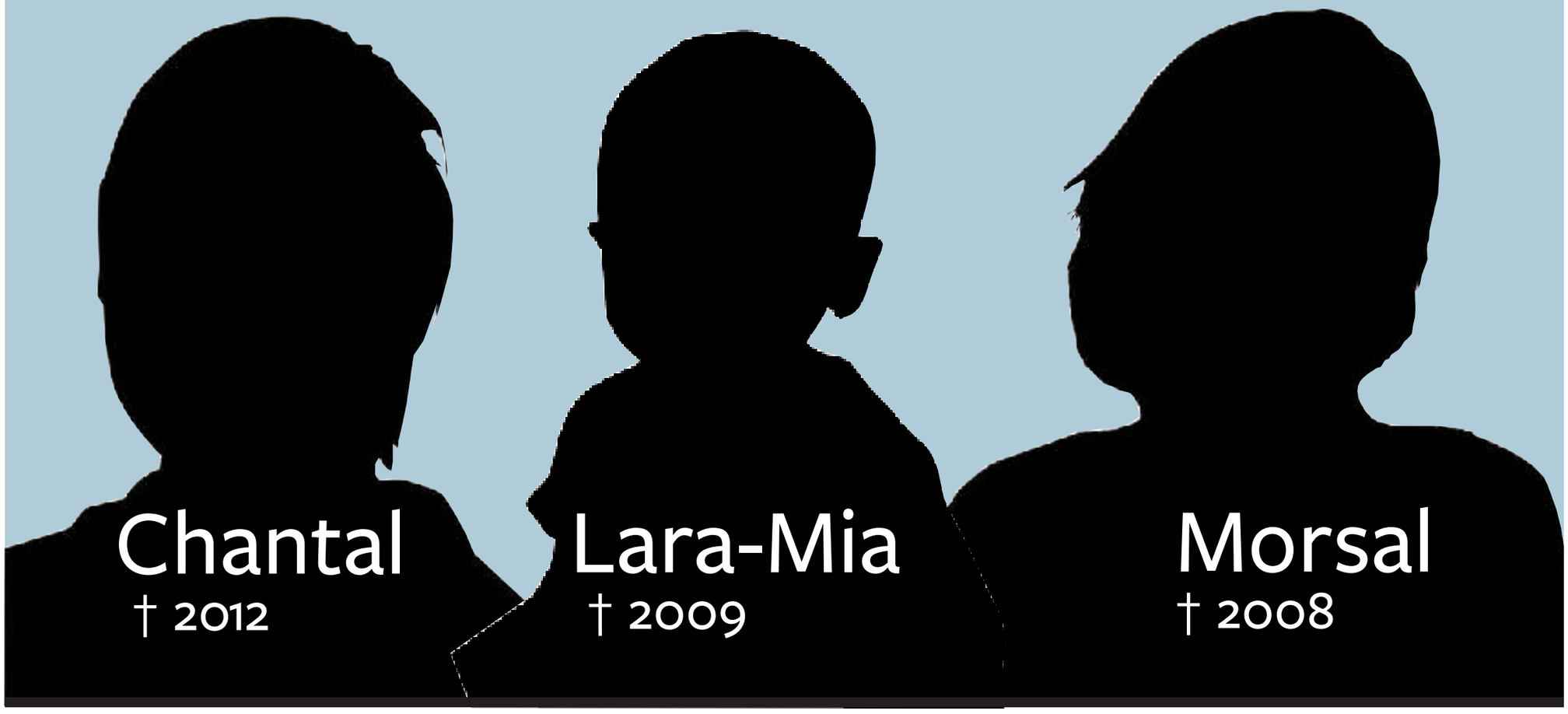
Geholfen hat ihm aber stets auch etwas anderes: Von Beust, der zu Hause am Computer gern die weltweite Wetterentwicklung per Internet verfolgt, erspürte Veränderungen des politischen Großklimas oft deutlich früher als viele andere – und konnte deswegen ebenso rechtzeitig wie flexibel darauf reagieren.

Im Bündnis mit den Grünen rückte der Christdemokrat, der seine Leichtigkeit stets auch aus dem Glauben bezog (Motto: „Ein Christenmensch muss fröhlich sein!“), immer weiter nach links. In kurzen Abständen kritisierte er die Eliten, geißelte die betuchteren Hamburger als Angeber und die Gegner der schwarz-grünen Schulreform als ausländerfeindlich – denn sie würden verhindern wollen, dass ihre Kinder zwei Jahre länger gemeinsam mit Migrantenkindern unterrichtet würden. Der riesige Zulauf der Reformgegner zeigte schließlich, dass Ole von Beust sein Gespür verlassen hatte. Die Leichtigkeit, mit der er jahrelang so erfolgreich regiert hatte, war nicht mehr gefragt. Den Bürgern war es jetzt ernst.

Bei all dem konnte man von Beust nicht unterstellen, er habe die Wähler hinters Licht geführt. Er hat sich, was die großen Linien angeht, stets offen zu seinen Absichten geäußert. 2001 machte er neun Monate vor der Wahl klar, dass er notfalls mit Schill koalieren würde, um die SPD nach 44 Jahren Regierungszeit abzulösen. Und im Wahlkampf 2008 ließ er offen durchblicken, dass die Zeit reif sei für Schwarz-Grün.

In Wahrheit hatte von Beust seit 15 Jahren auf dieses Bündnis hingearbeitet, in dem viele die Wiedervereinigung des über eine Generation lang zersplitterten Bürgertums sehen. Schon in den 90er-Jahren beschäftigte er sich mit der „Politik nach dem Ende der Ideologien“ – und liebäugelte öffentlich mit Schwarz-Grün. Spätestens seit dem Gewinn der absoluten Mehrheit 2004 bereitete er seine Partei auf ein künftiges Bündnis mit den Grünen vor. Er half, schwarz-grüne Koalitionen in den Bezirken Altona und Harburg zu installieren – als Versuchslabore für die Landesebene. Und er sorgte dafür, dass Senatoren und Abgeordnete die GAL kaum noch attackierten und sie stets als bessere Opposition im Vergleich mit den angeblich verbohrten Sozialdemokraten darstellten. Mit der Wahl 2008 war von Beust nach einer langen Reise ans Ziel gekommen. Schwarz-Grün ist gewissermaßen sein Lebenswerk.

Dass er es jetzt aus privaten Erwägungen seinem ungewissen Schicksal überlässt, erscheint zunächst überraschend und ist doch konsequent. Große politische Treue ist die Sache Ole von Beusts niemals gewesen.



Diese Woche in Hamburg

Schuldirektor
Werner Esser leitet das berühmte Internat Louisenlund. Ein Interview über Eliten
Seite HH 3

Popsängerin
Die Sängerin Noa ist in ihrem Land populär. In Hamburg tritt sie beim Israel-Festival auf
Seite HH 8

INGO RÖHRBEIN

Fischverkäufer
Für die Serie „Vojta fragt nach“ erzählt Jürgen Gosch, wie er zum Promi-Liebling wurde
Seite HH 11

Fünf tote Mädchen klagen an

JENS MEYER-WELLMANN

Sie starben auch deshalb, weil Behörden versagten. Nach dem Tod von Chantal geht es um zweierlei: die politische Verantwortung und die Frage, warum das teure System der Jugendhilfe so fehlerhaft arbeitet

Der 16. Januar 2012 war ein Tag fast ohne Sonne. Gegen Abend rutschte die Temperatur erstmals wieder unter den Gefrierpunkt, um 18.50 Uhr begann auf Super RTL „Phineas und Ferb“, eine bei Kindern beliebte Serie über zwei kluge Jungen aus gutem Hause. Und in Hamburg-Wilhelmsburg, in einer vermüllten Wohnung an der Fährstraße, starb um 18.56 Uhr die elfjährige Chantal an einer Methadon-Vergiftung.

Seither hat sich das Entsetzen über den Tod des blonden Mädchens nicht gelegt, im Gegenteil. Je mehr bekannt wurde, je klarer wurde, auf welch unglaubliche Weise die Behörden im Fall Chantal versagt haben, umso mehr steigerte sich das Entsetzen in Wut. Das gesamte System der Jugendhilfe, für das die Stadt jedes Jahr weit mehr als 200 Millionen Euro ausgibt, wird mittlerweile infrage gestellt, weil es offenbar zu fehlerhaft arbeitet. Denn wie, um Gottes willen, konnte es sonst geschehen, dass das Jugendamt das Mädchen, das auf manchen der älteren Fotos, die von ihr geblieben sind, so fröhlich lacht, in eine solche Hölle schickte? Zu drogenabhängigen Pflegeeltern, die Methadon nehmen, zu einem Pflegevater, der wegen Drogenhandels vorbestraft ist. In eine Wohnung, in der es keine Schränke gibt, in der es für sie kein eigenes Bett gab, aber Platz für drei Hunde, zwei davon Kampfhunde. Wie konnte es sein, dass der Bezirk Mitte die Familie nicht kontrollierte, bevor er Chantal dort unterbrachte? Wieso wusste angeblich niemand etwas von Drogensucht und Vorstrafen, oder davon, dass auch die erwachsene Tochter der Pflegemutter wegen Kokainhandels im Gefängnis saß? Warum hat keiner der fünf Betreuer, die die Familie regelmäßig besuchten, etwas von den Zuständen in der Wohnung im ersten Stock des Backsteinbaus über dem zuletzt leer stehenden Ladengeschäft bemerkt?

Auf all diese Fragen gibt es bisher keine Antworten. Stattdessen kommen immer neue Ungeheuerlichkeiten hinzu. Inzwischen ist bekannt, dass sich nicht nur die Nachbarn, sondern auch die Klassenlehrerin von Chantals achtjährigem Mit-Pflegekind Ashley im Frühjahr 2011 mehrfach beim Jugendamt meldete. Das Kind sei verwahrlost, die Wohnung in furchtbarem Zustand. Das Amt tat nichts. Im Sommer rief ein Sozialpädagoge, der in einem anderen Stadtteil arbeitet, aber privat auf die Familie stieß, bei der zuständigen Sachbearbeiterin im Jugendamt an. Er schilderte seinen Eindruck und bat um schnelles Eingreifen. Auch diesmal blieb alles beim Alten.

Für den Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Markus Schreiber (SPD), ist es bereits das dritte Mal, dass ein Kind stirbt, weil sein Jugendamt schwere Fehler machte, oder besser: versagte. Am 15. Mai 2008 wurde die 16-jährige Morsal von ihrem Bruder erstochen – ein sogenannter Ehrenmord. Aus Sicht ihrer Familie hatte sie sich zu sehr dem westlichen Lebensstil angepasst. Im Jugendamt wusste man, dass Morsal immer wieder von Vater und Bruder verprügelt wurde, man wusste, dass der Bruder extrem gewalttätig war, man wusste, dass er wegen einer Messerstecherei vor Gericht musste. Immer wieder wurde Morsal vom Kinder- und Jugendnotdienst auswärtig untergebracht. Am Tag, bevor ihr Bruder sie erstach, ließ das Jugendamt sie gehen. Es bestehe keine Gefahr für Leib und Leben.

Kaum ein Jahr später, am 11. März 2009, wurde die neun Monate alte Lara Mia tot in einer Wohnung in Wilhelmsburg gefunden. Sie war stark unterernährt, vermutlich ist sie verhungert. Die Betreuerin der Familie will von Lara Mias Unterernährung nichts bemerkt haben. Zuständig auch hier: das Jugendamt Hamburg-Mitte.

ANZEIGE

Immobilien HafenCity
MEISSLER & CO
22 92 91
www.meissler-co.de

Und jetzt Chantal.

Für die bisherige Chefin des Jugendamtes, Pia Wolters, die Bezirkschef Schreiber vergangene Woche beurlaubte, ist es bereits das vierte tote Kind. Bevor sie 2007 von Schreiber in Mitte eingestellt wurde, war sie Chefin des Jugendamtes Bergedorf. In ihre Zeit dort fällt der Tod der zweijährigen Michelle. Anfang Juli 2004 wurde das Mädchen tot in einer verdreckten Wohnung im Stadtteil Lohbrügge gefunden. Das Kind war unterernährt und starb an einem Hirnödem nach einer unbehandelten Atemwegserkrankung. Michelle war in einem Zimmer ohne Türklinken eingesperrt, die Wände waren kotverschmiert. Die Familie wurde vom Jugendamt betreut.

An Pia Wolters fallen vor allem die roten Locken auf. Als Person sei sie unscheinbar, heißt es von Sozialarbeitern, die mit ihr zu tun hatten. „Ich glaube nicht, dass irgendjemand sie wirklich ernst genommen hat“, sagt einer.

Das fünfte Mädchen, das in Hamburg starb, weil staatliche Stellen Fehler machten, hieß Jessica und war bei ihrem Tod im März 2005 sieben Jahre alt. Jessica verhungerte in einem abgedunkelten Zimmer in Jenfeld, in das ihre Eltern sie gesperrt hatten. Bei ihrem Tod wog sie nur 9,5 Kilo. Obwohl sie schulpflichtig war, hatte niemand nach ihrem Verbleib gefragt. Keine Schule, kein Nachbar, keine Behörde fühlte sich zuständig.

Nach Jessicas Tod machte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) den Kinderschutz zur Chefsache. „Kein Kind darf durchs Rost fallen“, sagte er. Seitdem sind drei weitere Mädchen gestorben.

Dabei kann man der Stadt keineswegs Untätigkeit vorwerfen – im Gegenteil. Seit 2005 haben sich die Hamburger Ausgaben für die sogenannten Hilfen zur Erziehung um fast drei Viertel erhöht. 2005 gab die Stadt 139,9 Millionen Euro jährlich dafür aus; 2011 waren es 240,8 Millionen Euro. Allerdings ist auch die Zahl der Fälle deutlich gestiegen, in denen die Ämter Familien betreuen und „Hilfen zur Erziehung“ bewilligen. Im Jahr 2011 waren es in Hamburg bereits fast 16 000.

Jetzt, nach dem Tod von Chantal, werden die Debatten wieder, wie immer, auf zwei Ebenen geführt: auf der politischen und auf der fachlichen. Die Opposition fordert den Rücktritt von SPD-Bezirksamtsleiter Markus Schreiber. Nicht nur, weil es bereits das dritte Kind ist, das durch Versagen seines Amtes in Mitte sterben musste. Auch weil Schreiber nach dem Tod von Chantal ein katastrophales Krisenmanagement an den Tag legte, zunächst behauptete, dem Mädchen sei es „bis zu seinem Tode“ gut gegangen in der Familie, sich zusehends in Widersprüche verstrickte und schließlich alle Verantwortung auf Jugendamtsleiterin Pia Wolters abwälzte. Dabei war es Schreiber selbst, der Wolters 2007 einstellte, als das Bezirksamt Bergedorf sie loswerden wollte, weil man sie dort angeblich für nicht geeignet hielt. Als ungeheuerlich empfindet es die Opposition, dass Schreiber nach Chantals Tod sagte, er habe Wolters schon nach dem Tod von Lara Mia 2009 für ungeeignet gehalten. Selbst SPD-Mann Thomas Böwer, ausgewiesener Jugendhilfeexperte und Vizepräsident des Familienverbandes, platzte da der Kragen. Es habe ihn „blankes Entsetzen“ erfasst, als er gelesen habe, dass Schreiber mit Wolters „sehenden Auges in die nächste Katastrophe gelaufen ist“. Auch Bürgermeister Olaf Scholz sei stinksauer, heißt es aus dem Rathaus.

Die SPD Mitte, geführt vom Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs und bekannt für ihren Korpsgeist, steht derzeit noch fest zu Schreiber. Dabei trägt auch Kahrs selbst unmittelbare Verantwortung für die Jugendhilfe: Seit 18 Jahren ist er Chef des Jugendhilfeausschusses, der die Millionen an Hilfsgeldern verteilt und die Hilfestrukturen kontrolliert. Gespannt wartet mancher, ob es zwischen dem eingespielten Duo Scholz plus Sozialsenator Detlef Scheele auf der einen und Kahrs und Schreiber auf der anderen Seite zum Machtkampf kommt.

Bisher lässt sich Schreiber auch von Appellen an sein Ehrgefühl nicht dazu bringen, die politische Verantwortung für das wiederholte Versagen seines Amtes zu übernehmen. Er sei kein „Pattex-Politiker“, sagt er zwar. Und doch wirkt er wie einer, der sich auf dem eigenen Amtssessel festgetackert hat, der auf keinen Fall wieder als Mathelehrer arbeiten will, was natürlich auch ein geringeres Einkommen mit sich brächte. Seine Sätze klingen denen des Bundespräsidenten erstaunlich ähnlich, wenn er etwa sagt: „Meine Aufgabe ist es jetzt, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.“ Dabei geht es nicht nur um zurückliegenden Fehler. Es geht auch darum, ob man dem 51-Jährigen zutraut, das System so zu verändern, dass es nicht bald wieder ein totes Kind in Mitte gibt. Nach dem Tod von Lara Mia ist ihm das nicht gelungen.

Auf der fachlichen Ebene werden derweil neben der Einrichtung einer Enquete-Kommission zum Jugendhilfesystem auch Detailvorschläge diskutiert, wie grobe Fehler künftig verhindert werden könnten. So plädiert der Geschäftsführer des Kinderschutzbundes, Uwe Hinrichs, dafür, ein System der fachlichen Steuerung für die Pflegefamilien zu entwickeln. Jugendhilfeexperte Christian Bernzen (SPD) fordert, die Kontrolle von Pflegefamilien solle vom Landesjugendamt übernommen werden. Denn die Betreuer, die die Familien regelmäßig besuchten, verlören oft die Distanz und damit die Fähigkeit, die Situation in den Familien objektiv zu beurteilen.

Dazu trägt wohl auch der Trend bei, immer mehr staatliche Aufgaben an freie Träger zu vergeben und diesen auch Kontrollaufgaben zu übertragen. „Die Jugendhilfe steht immer auf zwei Beinen: vertrauensvolle Beratung und Kontrolle“, sagt Gabi Brasch von der Diakonie. Beide müssten klar getrennt werden.

In die Kritik gerät auch das Prinzip der „milieunahen Unterbringung“, nach dem Pflegekinder in räumlicher und kultureller Nähe zur eigenen Familie untergebracht werden sollen. Dieses Prinzip hat zwar durchaus seinen Sinn, weil man die Kinder nicht aus ihrem gewohnten Umfeld reißen und etwa zum Schulwechsel zwingen muss. Im Fall Chantal aber hat man es mit der Milieunähe übertrieben. Weil ihr Vater drogenabhängig und ihre mittlerweile verstorbene Mutter Alkoholikerin war, hat man sie aus ihrer Familie genommen. Hätte das Jugendamt für Chantal statt einer kaputten Familie in Wilhelmsburg ein Pflegeelternpaar in Winterhude oder Blankenese ausgesucht – das einst so fröhliche blonde Mädchen wäre heute noch am Leben.

Mitarbeit: Olaf Dittmann, Insa Gall

ANZEIGE

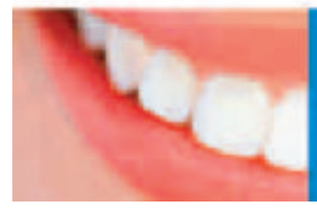
Alles Gute
für Ihre Zähne.

Die Zahnklinik ABC Bogen steht für

- umfassende Beratung
- höchste Qualitätsstandards
- nachhaltige Behandlungsmethoden
- schonende Narkosen zur schmerzfreien Behandlung
- ästhetisch anspruchsvollste Ergebnisse

ZAHNKLINIK | ABC BOGEN

Zahnklinik ABC Bogen, ABC-Straße 19, 20354 Hamburg, 040/35 00 410,
www.zahnklinik-abc-bogen.de



Implantologie
Ästhetische Zahnheilkunde
Prophylaxe
Anästhesie
Schmerztherapie

BRIEFMARKEN

Gefunden auf dem Dach Seite HH 3

HSV

Auch der Trainer ist ratlos Seite HH 19

Multitasking in allen Lebenslagen: Die Digitalisierung macht Arbeitnehmer flexibler, freier – aber auch stressanfälliger

PICTURE ALLIANCE/ BODO MARKS

Auf der Suche nach dem Ausknopf

Das moderne Büro kennt keinen Feierabend mehr. Kommuniziert wird rund um die Uhr. Das schafft neue Freiheiten und neuen Stress. Der Senat plant jetzt eine Schutzverordnung. Sie könnte den modernen Arbeitsalltag radikal verändern

VON JENS MEYER-WELLMANN

Wir müssen uns Adam als einen kränklichen Depressivling vorstellen. Kein Job, keine Herausforderung, kein Ziel. *Bore out* im Paradies: der nackte Langeweiletod im Abendrot. Dummerweise sprach Gott nach der leidigen Apfelsache aber nicht: „Du sollst künftig einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen.“ Nein, die Rede war von Dornen, Disteln, Mühsal und Schweiß. Und siehe: Der Mensch war unter Stress gesetzt. Dass wir im Paradies glücklicher gewesen wären, ist allerdings keinesfalls ausgemacht. Noch heute zeichnen unterschiedlichste Studien ein einheitliches Bild: Wer arbeitet, und sei es auch unter Mühsal, ist zufriedener mit sich und der Welt – und er ist meist auch gesünder. Menschen ohne Aufgabe werden schneller krank und depressiv.

Das ist allerdings nur die eine Hälfte der Wahrheit. Denn zugleich hat der Mensch sich selbst die Arbeit immer wieder so eingerichtet, dass sie für viele zu einem Kreuz wurde. Nach der echten Sklaverei kam die Lohnsklaverei der frühen Industrialisierung. Und in unserer Zeit ist er dabei, sich selbst zum Digitalsklaven zu machen. Die Arbeitswelt verändert sich so radikal und schnell wie nie zuvor. Und wieder scheint der Mensch dabei das Augenmaß zu verlieren. Die umfassende Digitalisierung unserer Welt führt dazu, dass wir immer erreichbar sind und uns auf nichts mehr richtig konzentrieren können, weil Informationen im Sekundentakt aus unterschiedlichen Kanälen auf uns einströmen: Aus Telefonen, Mails, sozialen Netzwerken, fast antik anmutende Faxgeräten und hoch modernen Tablets sprudeln ununterbrochen Anweisungen, Aufgaben und Anfragen.

Hinzu kommt, dass viele Firmen dazu übergangenen sind, ihre Mitarbeiter in Großraumbüros zu platzieren, in denen sie gezwungen sind, auch die Kommunikation ihrer Kollegen unentwegt mitzuverfolgen. Man erhoffte sich ein Mehr an Kreativität und Effektivität – außerdem spart die Auflösung der Einzel- oder Zweierbüros teure Büromieten. Nebenwirkung: ein höherer Krankenstand und eine höhere Fehlerquote.

„Die menschliche Verarbeitungskapazität ist an ihre Grenzen gekommen“, sagt Dirck Süß, Chef-Volkswirt der Hamburger Handelskammer. „Immer mehr Menschen brechen unter dieser Last zusammen.“ Die Unternehmen müssten dieser Tatsache noch deutlich mehr Rechnung tragen. Selbst bei einem ausschließlich vom Datenfluss lebenden Unternehmen wie Google haben Mitarbeiter bei der jüngsten internen Umfrage in Hamburg als ein Problem den „Information Overload“ angegeben, wie Personalchef Frank Kohl-Boas berichtet. Auch Nerds sind eben nur Menschen.

Nun hat auch die Politik das Problem erkannt. Der Hamburger SPD-Senat arbeitet derzeit an einer „Verordnung zum Schutz vor Gefährdungen durch psychische Belastungen bei der Arbeit“. Dieser soll über den SPD-dominierten Bundesrat in den Bundestag gehen und dort, wenn sich die CDU anschließt, zum Teil der Arbeitsschutzgesetzgebung werden – mit möglicherweise revolutionären Folgen für die deutsche Bürowelt.

„Nach 16 Jahren Arbeitsschutzgesetz haben nur wenige Unternehmen eine Strategie, wie sie ihre Mitarbeiter vor Gefährdungen durch psychische Belastung schützen“, sagte Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks der „Welt am Sonntag“. „Aus meiner Sicht müssen Betriebe mehr tun, um psychische Erkrankungen am Arbeitsplatz möglichst erst gar nicht entstehen zu lassen.“ Mittlerweile gebe es für fast alles Verordnungen: für gesundes Sitzen, die Einstellung von Computerbildschirmen, das richtige Heben, so Prüfer-Storcks. Nur für den Schutz vor psychischen Belastungen gebe es keine Vorgaben.

Setzt sich die Gesundheitssenatorin durch, könnte dies gravierende Folgen für den Alltag von Millionen Büroarbeitern haben. So heißt es in Paragraf 6 des Verordnungsentwurfs, der dieser Zeitung vorliegt, dass „Störungen und Unterbrechungen der Arbeit sowie die gleichzeitige Verrichtung mehrerer Arbeiten auf ein Mindestmaß“ zu reduzieren seien. Und: „Die Arbeitsumgebung hat der Arbeitgeber so zu gestalten, dass psychische Belastung vermieden oder so weit wie möglich verringert wird.“

Auch in der Behörde weiß man, dass dies das Aus für manches Großraumbüro bedeuten könnte, das nicht nach Maßgaben des Gesundheitsschutzes konzipiert ist – etwa durch Lärmschutzkonzepte.

Aber auch das Problem der ständigen Erreichbarkeit wird in der Verordnung thematisiert. Denn mit Hilfe von Netbooks, Smartphones, mobilem Internet und Datenwolke kann der moderne Büroarbeiter heute an jedem Ort und zu jeder Zeit ans Werk gehen. Und er tut es auch. Schon vor dem Anwerfen der heimischen Kaffeemaschine werden die Mails gecheckt, aus dem Bad die ersten Anfragen oder Anweisungen verschickt, und der letzte Blick ins digitale Postfach wird kurz vor dem Einschlafen geworfen. 88 Prozent aller Beschäftigten waren nach einer Bitkom-Studie im Jahr 2011 auch außerhalb der Arbeitszeit erreichbar. Schon vor Beginn und nach Ende des offiziellen Arbeitstages kommunizierten sie mit Chefs, Kollegen oder Geschäftspartnern. Auch wenn Firmen die ständige Rufbereitschaft nicht explizit einfordern – immer mehr Angestellte fühlen sich dazu verpflichtet. Die Folge: Der Feierabend ist faktisch abgeschafft. Die Begrenzung der Arbeitszeit, wie sie Gewerkschaften über Jahrzehnte erkämpft haben, ist aufgrund der digitalen Realität längst Makulatur. Gegen den Datenfluss lässt sich schlecht streiken.

Der Senat versucht mit seiner Verordnung nun auch in Sachen Dauerbereitschaft einen Pflock einzuschlagen. „Bei flexibler Arbeitszeit und räumlicher Mobilität sind Arbeit und arbeitsfreie Zeit abzugrenzen“, heißt es in Paragraf 7 des Entwurfs. Es sei „zu gewährleisten, dass Rufbereitschaft und Erreichbarkeit begrenzt werden und ein angemessener Freizeitausgleich erfolgt“. Die jüngsten Erhebungen zeigen, dass die Dauerkommunikation zur Gefahr wird. Nach einer neuen DAK-Studie stehen psychische Erkrankungen erstmals auf Platz eins bei den Gründen für Krankschreibungen. Nach Befragungen, die auch die Hamburger Gesundheitsbehörde heranzieht, klagen 58 Prozent der Beschäftigten über Mehrfachbelastungen durch Multitasking, und 44 Prozent sehen ihre Gesundheit durch häufige Störungen und Unterbrechungen bei der Arbeit gefährdet.

Dabei fegt der Kommunikationsorkan keinesfalls über ein junges Bürovölkchen. Im Gegenteil: Die Arbeitnehmer, die den rasantesten Innovationssturm aller Zeiten erleben, sind aufgrund der Bevölkerungsentwicklung im Schnitt älter als je zuvor in der Geschichte der Arbeit. Niemals ist den Alten soviel Flexibilität abverlangt worden wie heute.

Allerdings weiß man im Senat: Auch Arbeitnehmer wollen sich das Kommunizieren nicht verbieten lassen. Denn nicht nur böse Kapitalisten freuen sich über die schöne neue Digitalwelt. Auch Angestellte nutzen die neuen Freiheiten weidlich. Sie arbeiten heute häufiger von zu Hause als je zuvor und können auf diese Weise Beruf und Familie besser vereinbaren. Da wirkt es ziemlich vorgestrig, wenn hier und da Betriebsräte im Vorruhestandsalter jungen Müttern das Homeoffice wegen der Gefahr der Selbstausbeutung verbieten wollen.

Auch Marketing- und Medienforscher Prof. Michel Clement von der Uni Hamburg betont vor allem die Chancen, die in der modernen Technologie liegen: „Die digitale Kommunikation ermöglicht eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten und -orte. Damit entstehen substanzielle Karrierechancen für die zahlreichen topausgebildeten Mütter und Väter, die wegen der Kinder nur in Teilzeit arbeiten können“, sagt Clement. „Ohne ein vernetztes Homeoffice würden viele Arbeitnehmer ihre Karriere für die Kinder aufgeben müssen. Das wäre ein massiver Verlust für die Volkswirtschaft.“

So oder so: Letztlich lasse sich die Entwicklung sowieso nicht zurückdrehen, sagt Handelskammer-Volkswirt Süß. Also gehe es darum, sie in die richtigen Bahnen zu lenken. Auch die Kammer hält das Ziel des Senats, die psychische Gesundheit der Arbeitnehmer zu schützen, laut einer ersten offiziellen Stellungnahme denn auch für „richtig und unterstützenswert“. Den Verordnungsentwurf lehnt sie allerdings in seiner jetzigen Form ab. Er enthalte zu abstrakte Vorgaben und „gehe an der Realität in vielen Unternehmen vorbei“. Statt diesen Entwurf zu beschließen, rät die Kammer dem Senat, „Gespräche mit der Wirtschaft aufzunehmen“, um das Problem gemeinsam anzugehen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund dagegen unterstützt das Vorhaben. „Wir sind gezwungen, im Umgang mit der neuen Technik vernünftig zu werden“, sagt Gesundheitsreferentin Petra Heese.

Das glaubt auch Google-Chef Eric Schmidt. Er gibt uns Dauernutzern digitaler Geräte einen simplen Ratschlag: „Finde heraus, wo der Ausknopf sitzt.“

ANZEIGE

ANZEIGE

NORDLICHT

Rettungsplan für HSH Sandbank

Haben Sie mal erfolgreich versucht, überschwappenden Kaffee in die Tasse zurückzustarren? Haben Sie anschließend mit Kleingeld im Portemonnaie weitergemacht? Dann melden Sie sich umgehend bei der HSH Nordbank, in Fachkreisen längst HSH Sandbank genannt. Auf Sand gebaut, in den Sand gesetzt. Setzen Sie Ihre Fähigkeiten zum Wohle der Öffentlichkeit ein. Denn für die Nordbank gibt es erneut einen Notplan anstelle eines Noten-, genauer, Banknotenplans. Das ist bedauerlich, besonders für alle Betroffenen, also die Menschen in Norddeutschland.

Dem Notplan zufolge droht der Staat in Form der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, der Nordband Risikopapiere für mehr als hundert Millionen Euro abzukaufen. Was gar nicht gut wäre, denn diese Papiere sind gar nicht mehr soviel Geld wert, wie sie mal gekostet haben. Zudem haben die Regierenden beschlossen, die Garantiesumme für die Bank von schlappen sieben auf lockere zehn Milliarden Euro anzuheben. Kleckerkram. Sollten die mal fällig werden, wäre der Nordstaat tot, bevor es ihn überhaupt gibt.

Hier kommt nun unser Rettungsplan ins Spiel. Sie sitzen künftig direkt neben dem Schreibtisch des Vorstandschefs Constantin von Oesterreich und starren das Geld, das durch seine Unterschriften abzufließen droht, auf das Konto der Nordbank zurück. Sollte der Vorwurf aufkommen, die Bank wäre nicht flüssig, weisen Sie darauf hin, dass dieses Gerücht dünn sei. Das Geld schwappe künftig halt hin- und her, statt immer nur hin. Und sollte ein Vorstandsmitglied oder ein Gast beim Gespräch über Risikopapiere oder Garantiesummen mit zittriger Hand seine Kaffeetasse heben? Kein Problem. Sie sitzen ja daneben. Und wenn die Nadelstreifen im Norden gerettet sind, machen Sie auf Kosten der EU einen zünftigen Zypernurlaub. *Stefan Grund*

ROLAND MAGUNIA; PRIVAT

Nevo Lederman aus Tel Aviv zu Besuch auf der Dachterrasse der „Welt am Sonntag“. Im Hintergrund der Michel

Israeli darf nicht Deutscher werden

Die Großmutter von Nevo Lederman wurde von den Nazis ausgebürgert. Dennoch sehen die Behörden keine Möglichkeit, dem Juristen den deutschen Pass zu geben – weil das alte Reichsangehörigkeitsrecht in Teilen bis heute gilt

VON JENS MEYER-WELLMANN

Der Tag, an dem Abraham und Emma Bloch endgültig gerettet wurden, war ein Montag. An jenem 28. November des Jahres 1938 stempelte die Einwanderungsbehörde Palästinas dem jüdischen Ehepaar aus dem ostpreußischen Saalfeld eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis in ihren mit einem Hakenkreuz versehenen Reisepass. Erst sechs Tage zuvor hatten die Beamten in Nazideutschland dem früheren Kaufhausbesitzer und seiner Frau das Dokument ausgestellt – laut Aufdruck gegen eine Gebühr von drei Reichsmark.

Nevo Lederman weiß nicht mehr sehr viel über seine Urgroßeltern Abraham und Emma. Der 34 Jahre alte Jurist aus Tel Aviv kann nicht einmal sagen, von wo aus sie die rettende Reise nach Haifa angetreten haben. Von seiner Großmutter Margarete Bloch hat er erfahren, dass beide wohl mehr als 24 Stunden auf die Ausreisepapiere warten mussten, stehend in der Novemberkälte, und dass sein Urgroßvater irgendwann beim Warten zusammenbrach. Immerhin hat er noch all die alten Fotos: vom Kaufhaus der Familie Bloch in Saalfeld, von seinem Urgroßvater Abraham in deutscher Uniform aus dem Ersten Weltkrieg, vom Pessachfest 1934 und dazu ein paar Kindheitsporträts seiner Großmutter aus glücklichen Tagen in Ostpreußen. Anders als viele andere deutsche Juden, hatten Abraham und Emma Bloch offenbar geahnt, was kommen würde. Schon 1935 schickten sie ihre Tochter nach Palästina in einen Kibbuz. Als auch sie selbst nach jahrelangem Warten ihre Heimat gen Palästina verlassen hatten, bürgerte Nazideutschland die gesamte Familie aus.

Nevo Lederman mag Deutschland. Mit 15 Jahren kam der Urenkel von Abraham und Emma Bloch zum ersten Mal hierher. „Ich liebe die deutsche Kultur“, sagt er. Auch die deutsche Ordnung gefalle ihm, und dass dieses Land so wenig korrupt sei. Vor zwölf Jahren kam Lederman erstmals nach Hamburg, die schönste deutsche Stadt, wie er heute sagt. Er hat Freunde hier gefunden. Er hat begonnen, die Sprache zu lernen. Und irgendwann hat er sich entschieden: Hier wollte er leben, und Deutscher wollte er werden. „Ich dachte, das wäre möglich, denn meine Oma war ja Deutsche, bis die Nazis sie ausbürgerten“, sagt Lederman. Aber da hatte er die Rechnung ohne die deutschen Behörden gemacht. Die sehen keine Möglichkeit, dem jungen Israeli einen deutschen Pass zu geben. So hat es ihm jetzt sogar der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages beschieden. Ledermans Problem ist keines, das allein Nachkommen deutscher Juden betrifft – es betrifft viele andere Deutschstämmige, wenn ihre Mütter oder Großmütter Deutsche sind oder waren, ihre Väter dagegen nicht. Grund ist eine Regelung des Staatsangehörigkeitsrechtes, die aus heutiger Sicht einigermaßen grotesk erscheint. So galt bis 1974 die Regel, dass sich die deutsche Staatsangehörigkeit allein über den Vater vererbte. In jenem Jahr kassierte das Bundesverfassungsgericht diese Regelung, da sie gegen das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes verstoße. Das Gericht forderte den Gesetzgeber auf, das Staatsangehörigkeitsrecht rückwirkend zum 1. April 1953 neu zu regeln. Somit konnten nun alle nach diesem Datum geborenen Kinder die deutsche Staatsangehörigkeit auch über die Mutter erlangen. Ledermans Pech: Seine Mutter Henya, Enkelin von Abraham und Emma Bloch und Tochter von Margarete Bloch und einem Ukrainer, wurde bereits 1947 geboren. Somit konnte sie nicht über ihre Mutter Deutsche werden. Und somit kann auch ihr Sohn Nevo heute nicht Deutscher werden – so sehr er es sich auch wünscht.

Ledermans Großmutter Margarete (oben) verließ Deutschland 1935. Unten: Die Familie mit Abraham und Emma Bloch beim Pessachfest 1934

Ein Hamburger Freund von Nevo Lederman, der Grünen-Politiker Dirk Petersen, hat sich des Falls angenommen – und sich an den Petitionsausschuss des Bundestages gewandt. Petersens Ansicht nach werden Abkömmlinge von Frauen mit der gültigen Regelung noch immer benachteiligt. Der Ausschussdienst jedoch teilte ihm mit, „dass Ihre Petition nicht den gewünschten Erfolg haben wird“. Dabei stützte sich der Ausschuss auf eine „rechtlich und sachlich nicht zu beanstandende Ausführung des Bundesinnenministeriums“.

In dem Schreiben des Ministeriums wird zunächst die geschilderte Rechtslage beschrieben. Danach heißt es lakonisch: Bis zum 1. April 1953 gelte das frühere Reichs- und Staatsangehörigkeitsrecht weiterhin, „auch wenn es mit dem Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes nicht vereinbar war. Damit konnten vor dem 1. April 1953 ehelich geborene Kinder – wie dies wohl auch für die 1947 geborene Mutter von Herrn Lederman zutraf – die deutsche Staatsangehörigkeit nicht über ihre Mutter erwerben. Dies galt für alle ehelich geborenen Kinder, unabhängig davon, ob im Einzelfall ein NS-Verfolgungsschicksal vorlag oder nicht.“

Ledermans Bekannter Dirk Petersen, Lehrer in Hamburg und Grünen-Abgeordneter in der Bezirksversammlung Mitte, will sich mit dieser Aussage nicht abfinden. „Das geltende Recht diskriminiert die Abkömmlinge jüdischer Frauen, die während der NS-Zeit aus Deutschland ausreisen konnten, beziehungsweise mussten“, sagt Petersen. „Wenn Nevo Ledermans Mutter einen deutschen Vater gehabt hätte, hätten er und seine Mutter die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen können. Ich fordere den Bundestag auf, diese Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes aus der Welt zu schaffen.“

Auch die jüdische Gemeinde hat sich mittlerweile auf Nachfrage der „Welt am Sonntag“ geäußert. Zwar kenne man den konkreten Fall nicht, sagte ihr Sprecher Michel Rodzynek, und man wisse um die Komplexität der Rechtsfragen. „Gleichwohl möchte die jüdische Gemeinde auf die symbolische Bedeutung solcher Anträge hinweisen“, sagt Rodzynek. „Der Wunsch auf die deutsche Staatsbürgerschaft unterstreicht die nationale Identifikation und den weit fortgeschrittenen Versöhnungsprozess auch auf individueller Ebene.“

Anders gesagt: Müssen die deutschen Behörden sich in Fällen wie dem des Urenkels von Abraham und Emma Bloch wirklich so hartherzig zeigen?

ANZEIGE

REISE

TravelEssence - Australien und Neuseeland auf die persönliche Art
Sie bereisen Australien oder Neuseeland individuell, wohnen in landestypischen Unterkünften und kommen so in direkten Kontakt mit Land und Leuten.
26 Tage „Neuseelands Südinsel Deluxe“ inkl aller Flüge, Mietwagen, Unterkünfte und Aktivitäten schon ab EUR 5.490,-
TRAVELESSENCE
info@travelessence.de • Tel. 040 6887939

Fall Jeremie: Viele Fragen bleiben offen

Jeremie ist wieder da. Beinahe einen Monat nach seiner Flucht aus einem Zirkus in Mecklenburg-Vorpommern haben die Großeltern den Jungen am Mittwoch in die Obhut der Behörden übergeben. Auch wenn die Suche nach dem Elfjährigen aus Billstedt damit ein Ende hat, sein Fall ist noch lange nicht abschlossen. Drei Fragen bleiben: Wie geht es mit dem Jungen weiter? Welche Konsequenzen muss die Jugendhilfe aus dem Fall ziehen? Und: Was ergeben die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft?

Die Hamburger Ermittler haben den Fall von den Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern übernommen, weil der Verdacht besteht, dass das Kind nach seiner Flucht in Hamburg versteckt worden ist. Am Ende der Woche aber hatte die Staatsanwaltschaft noch keine neuen Erkenntnisse, ermittelte weiter wegen Kindesentzugs gegen unbekannt. Jeremie selbst konnte bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht vernommen werden. Bei einem Besuch des Jungen durch die Polizei hatten die Beamten nur festgestellt, dass es sich tatsächlich um den elfjährigen Ausreißer handelt. Die Ermittler gehen indes weiter davon aus, dass der Junge innerhalb seiner weit verzweigten Familie versteckt worden sein könnte. Zudem können die Ermittler nur schwer glauben, dass der Junge allein mit dem Transporter aus Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist.

Weiter offen war Ende der Woche auch die wohl wichtigste Frage: Wer wird den Jungen künftig betreuen? Am Mittwoch kam Jeremie zunächst in die kinder- und jugendpsychiatrische Abteilung eines Hamburger Krankenhauses. Dort sollte er einige Tage bleiben, bis die Ärzte seinen Zustand als stabil einschätzen. Für die Weihnachtstage gibt es eine Regelung. Allerdings hält das zuständige Jugendamt Informationen darüber zum Schutz des Kindes zurück. Wohin es für den Elfjährigen nach den Feiertagen gehen wird, ist aber noch unklar. Es seien mehrere Träger angefragt, heißt es offiziell. Eine Lösung gebe es aber noch nicht. Fest steht nur, dass Jeremie nicht wieder in den Wanderzirkus gehen soll. Der Neukirchener Erziehungsverein, der den Jungen in die Betreuung beim Zirkus Monaco vermittelt hatte, bot zwar an, ihn wieder aufzunehmen. Dem Angebot des Vereins erteilte das Jugendamt aber eine Absage. Ob aufgrund der öffentlichen Kritik zur Zirkusunterbringung oder ob wegen des Drucks der Großeltern – offiziell hieß es nur, man favorisiere eine Unterkunft in Hamburg.

Dass das nicht leicht wird, hat die politische Aufarbeitung des Falles gezeigt: Sechs Träger hatten den als aggressiv und unbeschulbar geltenden Jungen abgelehnt, bevor er mit neun Jahren in das Zirkusprojekt nach Lübtheen vermittelt werden konnte. Dennoch hofft das Jugendamt, in der Hansestadt eine Lösung für den Jungen zu finden.

Beinahe jedes zweite Kind in der Obhut der Jugendämter ist nicht in der Hansestadt untergebracht. Ein Zustand, den die zuständige Behörde seit Langem kritisiert. Man könne zu wenig Einfluss auf die Betreuung der Kinder nehmen, zudem gebe es keinen Spielraum für Verhandlungen über Kostensätze. Die Bemühungen, mehr Träger in Hamburg zu finden, die sich die Betreuung besonders belasteter Kinder zutrauen, geht aber nur langsam voran. Nachdem Sozialsenator Detlef Scheele (SPD) ein Gespräch mit den Vertretern der Wohlfahrtsverbände geführt hat, hat die Behörde nun konkret einzelne Träger angesprochen. Erfolge gibt es in diesem Prozess aber noch keine. Am Freitag haben sich die Parlamentarier in die Weihnachtsferien verabschiedet. Die Familienpolitiker allerdings nicht, ohne vorher anzukündigen, sich des Falls nach den Feiertagen wieder zu widmen. Es seien noch viele Fragen offen, erklärten beispielsweise Christiane Blömeke (Grüne) und Christoph de Vries (CDU). *Julia Witte*

ANZEIGE

Billard, Flipper oder vielleicht eine Partie Computerspiele? Bei Google kann jeder jederzeit mal zwischendurch entspannen

Angstfrei arbeiten macht kreativ

Wie Google seine Mitarbeiter motiviert und Stress vermindert. Und warum es hier kein Herrschaftswissen auf der „Teppichetage“ gibt

Personalchef Frank Kohl-Boas

Schön, was heißt hier schön? So einfach ist das nicht. Als ein Designer dem Google-Gründer Larry Page vor vielen Jahren das Muster eines kräftigen Blaus vorlegte, in dem einer der Buchstaben des Suchmaschinen-Logos erscheinen sollte, fragte ihn Page, warum es ausgerechnet dieses Blau sein sollte.

Weil es schön sei, das schönste Blau überhaupt, antwortete der Designer.

VON JENS MEYER-WELLMANN

„Beweise es mir!“, forderte Page. Also stellten die Googelianer 50 Blautöne online und ließen die vernetzte Welt über die Frage abstimmen, was schön ist. Danach wählten sie das Blau aus, das die meisten Klicks bekommen hatte.

Ist das eine neue Form der Demokratie? Schwarmintelligenz? Oder spiegelt diese Anekdote, die sie sich bei Google gerne selbst erzählen, die Abschaffung des Schönen zugunsten des Massengefälligen wider? Man könnte lange darüber streiten, aber bei Google streiten sie über so etwas nicht. Schon gar nicht lange. Googelianer, so sehen sie sich, sind Ingenieure der Zukunft. Für sie zählen nur Daten. Und eben: Klicks.

Mancher wundert sich, dass sie trotzdem einen Sinn für das Ausgefallene haben, wie es die Hamburger Deutschland-Zentrale an der Hamburger ABC-Straße zeigt. Rund 300 Anzeigenverkäufer, Finanzfachleute, Personaler und Online-Marketingstrategen arbeiten hier. Sie verteilen sich auf fünf Stockwerke, die jeweils ein Leitmotiv haben: Transport, Nightlife, Medien und Entertainment, Wasser, Sport. Sie treffen sich in bunten Konferenzräumen, die Schietwetter, Casino oder YouTube heißen und in deren Wänden riesige Videobildschirme eingelassen sind. Wenn die Mitarbeiter Ruhe brauchen, zum Telefonieren, Videokonferieren oder für einen kleinen Plausch unter Kollegen, dann buchen sie sich über das Firmennetz in kleine Solozellen ein, die allesamt liebevoll individuell gestaltet sind.

Sie treffen sich in Räumen, die aussehen wie die alte Hamburger U-Bahn, in der Kantine, in der alle Mitarbeiter gratis essen, oder in lustigen Gruppenseparees, die wie Flugzeugabteile gestaltet sind oder in denen massenhaft Matchboxautos an den Wänden kleben. Wer abspannen will, kann ins hauseigene Fitnessstudio gehen und sich von einem der fest angestellten Trainer in Form bringen lassen. Firma zahlt. Oder er holt sich Kaffee und Knabberzeug, das es bei Google in Minikiosken natürlich auch gratis gibt. Man kann auch eine Runde Fifa 2013 mit Kollegen an der Playstation oder eine Partie Billard am hauseigenen Tisch spielen oder sich den Stress mal schnell rausflippern. Wenn gar nichts mehr hilft, wirft man sich kreischend rittlings in den Pool, der mit türkisfarbenenen Schaumstoffwürfeln gefüllt ist. Danach ist alles gut.

Google hat sich vor zehn Jahren ziemlich genau zwischen dem Verlagsgebäude von Axel Springer an der Caffamacherreihe und dem Gänsemarkt angesiedelt, und nicht nur Journalisten und Verlagsstrategen rätseln bis heute, was das Geheimnis dieses so bunt daherkommenden Unternehmens ist. Wieso sind die so kreativ? Wie bringen sie ihre Mitarbeiter zu immer neuen Überraschungserfolgen und halten sie auch nach Flops bei so guter Laune? Als Besucher fragt man sich, ob man sich in dieser vor einem Jahr neu gestalteten schrillen Bürolandschaft eher an Disneyland oder an einen Indoor-Spielplatz für Berufsjugendliche erinnert fühlt, von denen viele Bärte tragen und niemand einen Anzug, die fast alle lächeln und sich alle duzen wie in der Ikea-Werbung. Wo ist der Haken? Laufen hier nur Schauspieler durch die kolorierten Korridore und die wahren Digitalsklaven sitzen derweil im Keller? Bunte Sessel und Café-Ecken in Neonlila allein können doch wohl nicht innovativ und kreativ machen, oder doch?

Vielfalt auch im Design: Der bunte Empfang in der Deutschland-Zentrale

Büros im U-Bahn-Stil

MARCELO HERNANDEZ

Das fantasievoll gestaltete Café

„Manche Besucher meinen, es sieht hier aus wie im Kindergarten“, sagt der Personalchef von Google-Nordeuropa Frank Kohl-Boas. „Aber die Einrichtung allein ist es ja nicht. Ein Großteil deines Lebens verbringst du mit Arbeit, hoffentlich mit Arbeit, die du gerne und damit auch erfolgreich machst“, sagt der gelernte Jurist, der lange in Australien gearbeitet hat und gern lustige englische Ausdrücke einstreut. „Also wollen wir dir die Zeit hier so angenehm wie möglich gestalten. Wir wollen, dass du den Kaffee hier trinken und dich mit Kollegen austauschen kannst, und nicht zum Gänsemarkt gehen musst.“ Und klar, „wenn du nach Feierabend noch ein Bier trinken willst, aber dein Kühlschrank leer ist, dann nimmst du dir eben hier eins und spielst noch eine Partie Billard beim Absacker.“ Kreativität entsteht im Zusammensein, das ist der Glaube, der hinter all dem steckt.

Dass die Leute bei Bedarf auch mal von zu Hause arbeiten, ist zwar okay. Systematisches Homeoffice wollen sie bei Google aber nicht. Es ist besser hier zu sein, bei den anderen. „Je mehr Ideen ausgetauscht werden, umso mehr Kreativität kann entstehen“, sagt Kohl-Boas. „Jede Idee braucht Resonanz.“

Coole Räume allein reichen allerdings nicht aus, damit Ideenkeime fruchtbar werden. Es gehört auch ein anderes Denken dazu, eine andere Unternehmenskultur. Informationen müssen zum Beispiel von allen mit allen geteilt werden. In traditionellen Unternehmen passiert das eher nicht. Da sichern die Führungsfiguren ihre Macht oft durch Herrschaftswissen ab. Der Chef besitzt die meisten und wertvollsten Informationen und bezieht einen Großteil seiner Macht aus seinem Wissensvorsprung. Deswegen teilt er sie auch nicht mit jedem. Das sei Gift für eine Kultur der Innovation, sagen sie bei Google. Das gilt auch für Projekte. Wenn ein leitender Angestellter versucht, Erfolge seiner Gruppe für sich allein einzustreichen, hat er schnell einen internen Shitstorm am Hals. Alle, die an neuen Ideen mitwirken, werden genannt. Wirklich alle.

Alle haben dieselben Rechte. Da kann auch schon mal ein einfacher Mitarbeiter den Personalchef aus dem Konferenzraum „YouTube“ werfen, wo der gerade der „Welt am Sonntag“ ein Interview geben will. Schließlich habe er sich zuerst eingebucht, so der junge Mann. Also machen wir Platz und suchen uns zusammen mit dem Nordeuropa-Personalchef ein anderes Eckchen.

Hier gibt es eben kein „Chip on shoulder“ sagt Kohl-Boas. Zu deutsch: Niemand macht den Dicken und provoziert damit die anderen. „Wir sind ein ingenieurgetriebenes Unternehmen. Und bei Ingenieuren zählt nur das Argument“, sagt der zweifache Vater, der früher für Unternehmen wie Coca-Cola, Shell und Unilever das Personal verwaltet hat. „Angstfreies Arbeiten ist eine wesentliche Voraussetzung für Kreativität. Ich erwarte von jedem Unternehmen, dass es respektvoll mit seinen Mitarbeitern umgeht und nicht mit der Haltung: Sklave sei mal dankbar, dass du hier arbeiten darfst.“ Führungskräfte müssten einen Rahmen schaffen, „in dem jeder sein kann, wie er ist, mit seiner Kleidung, seiner Meinung, seiner sexuellen und religiösen Ausrichtung“.

Bei all dem gibt sich Google auch im Alltag fürsorglich. Jetzt haben sie zum Beispiel gerade in der Hamburger Kantine die Größe der Teller reduziert. Nachnehmen kann man, so oft man will. Und es kostet nichts. Aber ein voller Teller macht schneller satt – auch wenn er kleiner ist. Und man soll ja in Form bleiben. Auf den Tischen stehen jetzt auch keine Salzstreuer mehr. Wer nachsalzen will, muss zurück zum Büfett. Salzarme Ernährung: gut für die Gesundheit, gut für die Zukunft, gut für Google.

Aber nicht nur gesundes Essen, bunte Büros und Informationsgleichheit gehören zur Google-Philosophie – sondern auch ein gleichberechtigter Zugang zur Technologie. Smartphones oder moderne Netbooks sind keine Statussymbole der „Teppichetage“, sagt der Personalchef – wie es bei traditionellen Unternehmen oft bis heute ist. Jeder darf sich aussuchen, ob er lieber einen Apple- oder einen Windows-Rechner haben will.

Und trotzdem: Auch Nerds haben Stress. Bei der jüngsten Mitarbeiterbefragung, wurde etwa über „Information Overload“ geklagt. Und darüber, dass es auch bei Google kein Rezept gegen das Absaufen der Mitarbeiter in der digitalen Nachrichtenflut gibt. Auch hier grübelt man noch, wie mit dieser neuen Gefahr für den menschlichen Geist und den betrieblichen Umsatz umzugehen ist.

„Sie können späte Mails verbieten, aber dann schreiben die Leute sie vor, und verschicken die alle am Montagmorgen“, sagt Kohl-Boas. „Wir wollen dagegen die Eigenverantwortung stärken.“ Niemand müsse am Wochenende Mails beantworten, behauptet er. Auch nicht, wenn sie vom Chef kämen.

Es gibt offenbar auch noch ein paar andere Tricks, um die Kommunikation, die für die Kreativität unerlässlich ist, im Übermaß aber an den Nerven und der Gesundheit zerrt, auf ein verträgliches Maß zu reduzieren: Nicht immer alle in CC setzen, etwa. Oder sich bei Anfragen vorab für die Antwort bedanken, dann muss man nicht noch drei Mails im höflichen Schlussdialog verschicken. Und auch die Einträge im Abwesenheitsassistenten formuliert der eine oder andere Googler anders: „Ich bin im Urlaub. Wenn Sie möchten, dass ich Ihre Mail lese, dann schreiben Sie mir bitte nach meiner Rückkehr noch einmal.“ Andernfalls warten auf den Rückkehrer 3000 zu lesende Mails und die Erholung ist sofort dahin. Eine weitere Möglichkeit: Kommunikationskanäle reduzieren. Wenn der Mensch neben persönlichen Anfragen und Mails und Chats und Nachrichten aus sozialen Netzen und Faxen und Briefen auch noch ständig Anrufe auf dem festen oder mobilen Telefon beantworten muss, dann läuft er womöglich irgendwann Amok durch die schöne bunte Bürolandschaft. Also verzichten sie intern immer stärker auf die Telefoniererei. Wenn es weniger klingelt, sinkt auch der Geräuschpegel.

Dauerentspannt sind sie aber auch hier nicht. „Hier fliegt nicht jeder mit dem Teppich herum und verbringt zwei Stunden beim Essen und sagt, die Welt ist rund und geht wieder“, sagt der Personalchef. „Auch bei uns gibt es mal Schweiß und Tränen und Verzweiflung.“

Aber die Leute wissen, dass sie Zukunft haben, dass sie die Zukunft *sind*. Hier strampelt niemand ums Überleben, wie viele Kollegen in den alten Branchen, die noch immer nicht genau wissen, ob sie sich in die neue digitale Welt werden retten können. Hier boomt und brummt es, hier sitzen die Gewinner. Wer hier arbeitet, weiß, dass er die Welt mit einer guten Idee verändern kann. Und jeder soll die Chance dazu haben. Deswegen hat Google die 20-Prozent-Regel eingeführt. Jeder Mitarbeiter hat ein Fünftel seiner Arbeitszeit zur freien Verfügung – um sich eigene Projekte zu überlegen und an neuen Ideen zu feilen. Auf diese Weise ist Google News entstanden. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat Google-Mitarbeiter Krishna Bharat beim Lesen all der furchtbaren Nachrichten im Netz plötzlich gedacht, wie gut es wäre, alles auf einen Blick zu sehen. Heute nutzt die ganz Welt die News-Seite von Google und ihr Erfinder Bharat leitete die Abteilung. Das mit den 20 Prozent ist allerdings mehr eine symbolische Ansage – denn bei Google wird die Arbeitszeit gar nicht erfasst. Die Leistung wird allein über den Output gemessen. Für jedes Quartal werden Ziele vereinbart.

Fragt man Gewerkschafter nach Google, zucken sie mit den Achseln. Die Arbeitnehmervertreter haben kaum eine Ahnung, was sich in dieser Branche tut. Der Organisationsgrad geht gegen null. „Bei uns gibt es keinen Betriebsrat“, sagt der Personalchef. „In Wahrheit sind alle Mitarbeiter Betriebsräte.“ Man arbeite lieber im direkten, offenen Gespräch. So gibt es jeden Freitag ein Treffen in der Kantine, das TGIF, Abkürzung für „Thank God it’s Friday“. Direktoren und Manager stellen sich Fragen der Mitarbeiter.

Angeblich geht es dort auch mal hart zur Sache. „Aber es herrscht eine starke Can-do-Mentalität“, sagt Personalchef Kohl-Boas. „Wir wollen, dass die Menschen hier selbstbewusst auftreten können. Weil das einfach ein guter Platz ist, um für sich freie Entscheidungen zu treffen. Um eine Meinung zu äußern. Wir wollen ein Arbeitsumfeld, in dem die Leute morgens um acht schon sagen: Hab’ ich Lust drauf. Und nicht: Wie viel Schmerzensgeld gibt es heute für den Tag?“

ANZEIGE

LANTZ WINTERGÄRTEN

Energiesparfenster Ug-Wert 0,5

88 mm Lantz-Qualitätsfenster

Direkt vom Hersteller

22946 Trittau
Hamburger Straße 80
Ruf (0 41 54) 84 30-0
Fax (0 41 54) 8 23 00
www.lantz.de
lantz@lantz.de

Sparen Sie jetzt Energie

bis 80% Energieersparnis zu Einfachverglasung

Anzeigenverkaufsteam Nord/Hamburg
Telefon 040/347-273 86, -273 87 · Fax 040/347-273 80

KINO · FILMTHEATER

Üppiges Epos...! TV Movie
Verzaubert mit magischem Realismus! FOCUS
Auf keinen Fall verpassen! EMOTION

ABATON Do. + Di./Mi. 20.45, Fr.–So. 20.15, Fr. a. 15.00, Mi. a. 10.30 Uhr; OmU: Mo. 20.30, Mi. 17.00 Uhr

In den Reden der Politiker und Wirtschaftsführer ist viel von verantwortlichem Handeln die Rede. Doch an ihr eigenes Tun legen sie oft nicht so hohe Maßstäbe

REUTERS/MONTAGE: WAMS

Vom Verschwinden der Verantwortung

Von Jens Meyer-Wellmann

Nur selten treten Politiker aufgrund von Fehlern zurück, die in ihrer Zuständigkeit passiert sind – wie gravierend die Folgen auch sein mögen. Der Umgang mit den Milliardenverlusten der HSH Nordbank ist dafür nur ein Beispiel

Vor ein paar Monaten hat er sich selbst als „Feuerwehrmann" bezeichnet, den man beim Löschen nicht „erschießen" dürfe. Natürlich hat dieses schiefe Bild den Hamburger Finanzsenator und CDU-Chef Michael Freytag nicht aus der Schusslinie gebracht. Und sie hat ihn auch nicht vor immer neuen Nachfragen zu dem Brand gerettet, den niemand gelegt haben und den er, Freytag, nun angeblich löschen will. Gemeint hat er das Debakel um die HSH Nordbank, dessen Ursachen seit vergangenem Mittwoch ein Untersuchungsausschuss der Bürgerschaft ausleuchten will.

Am selben Tag, als Freytag sich einen Feuerwehrmann nannte, hat er noch einen anderen Satz gesagt, der nicht minder schief und doch erhellender war als alles andere, was bislang zu dieser Krise gesagt wurde: Wolle man anfangen, die Aufsichtsräte aller staatlichen oder halbstaatlichen Banken für die (offenkundig ungenügend geführte) Aufsicht zur Rechenschaft zu ziehen, so Freytag, müsse man ein „Massaker" anrichten. Denn in den Kontrollgremien hätten Politiker aller Parteien gesessen. Und ein „Massaker" nütze niemandem.

Die Logik, die in dieser Aussage steckt, ist ausgesprochen praktisch für die politische Klasse: Weil viele versagt haben, ist niemand verantwortlich. Niemand wird belangt, niemand muss um sein Amt fürchten, alle können weitermachen wie bisher, bestenfalls müssen sie für eine Weile etwas betreten dreinschauen.

Tatsächlich hat gemäß dieser Leitlinie in Hamburg bisher kein Amtsträger die Verantwortung für das HSH-Nordbank-Debakel übernommen. Das ist vor allem deshalb erstaunlich, weil das Ausmaß des unter den Vorgaben der Politik angerichteten Schadens größer kaum sein könnte: 13 Milliarden Euro haben Schleswig-Holstein und Hamburg bisher für die marode Bank an Garantien und Kapital bereitstellen müssen. Das ist deutlich mehr als ein Hamburger Jahresetat, der bei gut zehn Milliarden Euro liegt.

Weit über 20 Milliarden würde Hamburg angeblich eine Pleite der Bank kosten. Das heißt: Die Geschäftspolitik dieser Bank, die sich unter den Augen und der Anfeuerung der Politik kaum noch in der regionalen Wirtschaft engagierte, dafür aber eine ganzen Batterie von Briefkastenfirmen in karibischen Steuerparadiesen gründete, droht einen reichen Stadtstaat wie Hamburg handlungsunfähig zu machen.

In Sachsen ist der Ministerpräsident wegen der ähnlich gelagerten Situation seiner Landesbank zurückgetreten. In Bayern hat der Finanzminister seinen Hut genommen – und der Ministerpräsident hat sich bei den Steuerzahlern entschuldigt. In Hamburg dagegen gab es nicht einmal die Andeutung eines echten Bedauerns.

Finanzsenator Freytag verweist auf seinen späten Eintritt in den Aufsichtsrat, dem er erst seit 2007 angehört. Bürgermeister Ole von Beust kommentiert lächelnd, er habe ja nicht im Aufsichtsrat gesessen. Und Ex-Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU), der Spiritus Rector der Hamburger Privatisierungspolitik, Gründervater der HSH Nordbank und Noch-Aufsichtsratschef, betont, dass die Entwicklung ja niemand vorausgesehen habe.

„In der Menge diffundiert die Verantwortung", sagt der Verwaltungswissenschaftler und Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim. „Wenn viele dieselben Fehler machen, übernimmt am Ende keiner die Verantwortung." Überhaupt sei es bei Politikern aus der Mode gekommen, „politische Verantwortung zu übernehmen" und für Fehler der Regierung geradezustehen. Das habe mit einem Wertewandel zu tun, „in dessen Folge mehr an das eigene Wohl als an das Gemeinwohl gedacht wird", so von Arnim. Außerdem gebe es immer mehr Berufspolitiker, die ökonomisch von der Politik abhängig seien. Von Arnim plädiert dafür, an Politiker denselben Maßstab anzulegen wie an Beamte: „Beamte haften und können bei schuldhaftem Verhalten auch persönlich in Regress genommen werden. Das sollte künftig auch bei Ministern möglich sein."

In Sachsen versucht der Landesrechnungshof derzeit, die Aufsichtsräte der früheren Landesbank in Regress zu nehmen. Auch wenn die dann zu belangenden Minister aus ihrem Privatvermögen kaum den angerichteten Schaden ersetzen könnten: Sollte der Rechnungshof sich in diesem Bestreben durchsetzen, dürfte das doch gravierende Konsequenzen haben. Künftig dürfte kein Aufsichtsrat mehr Vorstandsentscheidungen abnicken, die er nicht wenigstens halbwegs verstanden hat.

In Hamburg allerdings funktioniert auch dies nicht. Der Rechnungshof der Hansestadt hat aufgrund von Konstruktion und Satzung der HSH Nordbank bisher nicht einmal Einblick in deren Unterlagen nehmen können.

Aber nicht nur am Thema Nordbank zeigt sich, wie schwer es ist, Politiker für ihre Fehler zur Verantwortung zu ziehen.

Beispiel Hamburgische Electricitätswerke (HEW): An deren Verkauf an den schwedischen Vattenfall-Konzern waren SPD, GAL, Schill-Partei, CDU und FDP beteiligt. Die Rechnung für den strukturpolitischen Unsinn, ein staatliches durch ein nicht mehr aus Hamburg steuerbares Fremdmonopol zu ersetzen, haben nicht nur die Hamburger Privathaushalte mit höheren Stromtarifen bezahlt. Auch die energieintensive Industrie ächzt bis heute unter der Entscheidung.

„Der Verkauf war ein Fehler", konstatieren jetzt alle Beteiligten, von den Bürgermeistern bis zu den Parlamentariern, die ihre Stimme für den Verkauf abgaben. Nach diesem Eingeständnis zucken sie sogleich mit den Achseln – und werkeln munter weiter.

Beispiel Jessica: Das siebenjährige Mädchen, das 2005 mitten in Hamburg in einem von den eigenen Eltern errichteten Verließ verhungerte, war nie in der Schule erschienen. Die Behörden verhängten ein Bußgeld, das nie bezahlt wurde – und hakten nie wieder nach. Hätten sie sorgfältig gearbeitet, hätte das Mädchen womöglich gefunden und gerettet werden können. Die Verantwortung für diesen tödlichen Fehler übernahm – niemand.

Beispiel Elbphilharmonie: Die Kosten sind von 114 auf 323 Millionen Euro gestiegen. Es zahlt: der Bürger. Wer hat die Verantwortung übernommen? Ein Senator, ein Staatsrat? Keinesfalls. Der Bürgermeister, der die Elbphilharmonie zu Hamburgs Wahrzeichen machen will, feuerte den Geschäftsführer einer städtischen Gesellschaft und bürdet die 209 Millionen Euro Mehrkosten freundlich lächelnd den Hamburger Steuerzahlern auf.

Beispiel Immobilienverkauf: Der damalige Finanzsenator Peiner verkaufte zahlreiche Hamburger Edelimmobilien, darunter das Gebäude der Finanzbehörde am Gänsemarkt, an einen französischen Fonds, und ließ sie zurückmieten. Das sei ein gutes Geschäft, behauptete er. Mittlerweile haben die neuen Inhaber die Mieten drastisch angezogen, und der Stadt entstehen unerwartet hohe Kosten. Reaktion aus dem Beust-Senat: Achselzucken.

Beispiel Baby Lara: Senat und Bezirk schieben die Verantwortung für den Tod des staatlich betreuten Kindes hin und her – am liebsten würden sie sie den Sozialarbeitern aufbürden. Dabei hat die Politik denen durch immer neue Anforderungen die Arbeit erschwert.

„Politiker stehen nicht mehr zu ihrer Verantwortung", konstatiert die Hamburger Politikwissenschaftlerin Christine Landfried. Es sei Zeit, über diesen Wandel der politischen Sitten endlich „eine Debatte anzuzetteln". Auch die Medien müssten das Bewusstsein für die Verantwortung der Politik, aber auch jedes Einzelnen in seinem Bereich schärfen.

Landfrieds Hamburger Kollege Michael Th. Greven sieht vor allem ein strukturelles Problem. „Verantwortung ist weitgehend in institutionelle Prozesse verlagert worden", so Greven. So seien Politiker zumeist von den Folgen ihres Handelns entlastet – ganz gleich wie groß der angerichtete Schaden sei. Oft seien sie auch längst nicht mehr im Amt, wenn die Folgen ihrer Entscheidungen auftäten. Als ein Beispiel nennt Greven die Verschuldungspolitik, deren Folgen immer erst die kommenden Generationen ausbaden müssten.

Anders als es Finanzsenator Freytag dargestellt hat: Verantwortung hat sicher nichts mit dem „Erschießen von Feuerwehrleuten" zu tun. Auch verlangt hier und heute kein Wähler einen Harakiri von Menschen, die Fehler gemacht haben, ganz zu schweigen von „Massakern". Allein, es wäre schön, wenn Politiker sich an den einfachen Grundsatz hielten, den die meisten von uns auch ihren Kindern beibringen: Stehe ein für das, was du getan hast.

Anzeige

Hamburg

Ausstellung
Niki de Saint Phalle auf Schloss Gottorf
Seite HH 14

Wofür steht Ole von Beust wirklich?

Am Dienstag jährt sich die Wahl, nach der Bürgermeister von Beust das erste Bündnis mit den Grünen schmieden konnte. 15 Jahre hatte der CDU-Politiker auf diese Machtoption hingearbeitet. Sein Erfolg beruht auch darauf, dass er seinen politischen Standort stets mühelos anpasst

Von Jens Meyer-Wellmann

Sie haben ihn einen „Di-Mi-Do-Bürgermeister“ geschimpft, einen, der sich nur von Dienstag bis Donnerstag für Hamburg ins Zeug legt und es sich zwischen Freitag und Montag lieber auf Sylt gut gehen lässt. Oder einen Teflon-Politiker, an dem nichts kleben bleibt, nicht die ganze Kette von Schill- und Kusch-Skandalen und auch nicht das wiederholte Ignorieren von Volksentscheiden. Schließlich haben sie ihm vorgeworfen, er regiere gar nicht, er präsidiere bloß und kümmere sich nicht um wichtige politische Entscheidungen.

Und doch blicken diejenigen, die solche Vorwürfe seit Jahren erheben, vor allem Hamburger Sozialdemokraten, mindestens ebenso fasziniert, vielleicht sogar neidisch auf das Phänomen Ole von Beust wie mittlerweile die gesamte politische Klasse des Landes.

Am Dienstag jährt sich die Bürgerschaftswahl 2008, seit der von Beust, zum dritten Mal von den Hamburgern ins Amt befördert, nun mit den Grünen regiert. Nicht einmal zwei Jahre fehlen ihm noch, um Hamburger Rekordbürgermeister zu sein. Niemand wird dann nach 1945 die Hansestadt länger am Stück regiert haben als von Beust.

Dass er 2001 nur mit Hilfe des windigen Rechtspopulisten Ronald Schill ins Amt kam, wirft ihm kaum noch jemand vor, heute, wo er mit Schills einstmals schärfsten Kritikern von der Grün Alternativen Liste (GAL) regiert. Schon allein deswegen wird der Freiherr, der sich mit 18 Jahren seinen Spitznamen Ole standesamtlich eintragen ließ, als bedeutender CDU-Politiker in die Geschichte eingehen. Nicht wegen der Elbphilharmonie (wenn sie denn endlich steht) oder der Wachsenden Stadt. Allein, weil er es geschafft hat, binnen weniger Jahre erst mit einem Schill und dann mit der GAL zu regieren. Damit, dass er als erster CDU-Landesfürst ein Bündnis mit den Grünen zustande brachte, hat er seiner Partei die größtmögliche Handlungsfreiheit in Zeiten eines Fünfparteiensystems verschafft.

Wohl kein anderer deutscher Politiker wäre zu einer solchen Volte in der Lage gewesen. Denn der Erfolg des Modells von Beust ruht auf zwei Säulen: Auf einem durch und durch unprätentiösen und sympathischen persönlichen Auftreten, auf einer Erhebung des gepflegten Smalltalks zu einer Kunstform, wie nur er sie in dieser Perfektion beherrscht. Und auf der weitgehenden Entpolitisierung von Politik.

Fragt man Abgeordnete, Politologen oder den gemeinen Wähler, so kann kaum jemand eine Antwort auf die Frage geben, für welche konkreten politischen Inhalte dieser Spross einer CDU-Familie (sein Vater war Mitbegründer der Jungen Union) eigentlich steht. Zu flexibel hat er sich seit seiner Regierungsübernahme im Herbst 2001 gezeigt.

Beispiel Ökologie: Kaum an der Macht, schaffte er die Umweltbehörde ab und hob das Tempolimit auf Hamburger Straßen an. Anfang 2007 ließ er sich dann plötzlich von der Bundes-CDU zu deren Umweltbeauftragten und oberstem Klimaschützer küren. Der Al-Gore-Film zur Klimakatastrophe habe ihn bekehrt, behauptet er.

> „Nicht einmal zwei Jahre fehlen ihm noch, um Hamburgs dienstältester Bürgermeister seit 1945 zu werden“

Beispiel Energiepolitik: 2007 ließ er das Kohlekraftwerk Moorburg genehmigen und stellte es als alternativlos dar. Heute versucht der Senat, den Bau mit juristischen Winkelzügen zu verhindern.

Beispiel direkte Demokratie: Mehrfach hebelte er selbst Volksentscheide aus. Jetzt will er sie verbindlich machen.

Beispiel Wirtschaft: Kaum ein Bürgermeister privatisierte so schnell wie von Beust, dessen Senat binnen weniger Jahre die Kliniken des Landesbetriebs Krankenhäuser (LBK) verkaufte (an Asklepios), die Reste der Hamburgischen Electricitäts-Werke (an Vattenfall), ja sogar die Gebäude, in denen die Hamburger Behörden selbst arbeiten (an französische Fonds). Heute konstatiert er, der Kapitalismus sei gescheitert, und seine Senatoren singen Loblieder auf den Staat.

Beispiel Bildungspolitik: Im Wahlkampf 2008 gerierte sich seine CDU als Retterin der Gymnasien gegen linke und grüne Pläne einer Schule für alle und gegen eine bildungspolitisch vollkommen unentschiedene SPD. Heute führt der Beust-Senat in beispielloser Eile eine sechsjährige Primarschule ein, ein System, das niemand gewollt hat, weder die Grünen (die eine neunjährige Gemeinschaftsschule wollten) oder die Linken, nicht die SPD und schon gar nicht die CDU, denn schließlich nimmt man mit der Reform den Gymnasien zwei Schuljahre weg. Er habe eben dazugelernt, entgegnet er Kritikern, die ihm bildungspolitische Beliebigkeit vorwerfen und in der Primarschule nichts als einen faulen schwarz-grünen Kompromiss sehen. Diesmal fand sein Erweckungserlebnis, anders als beim Klima, nicht im Kino statt. Diesmal bemerkte er plötzlich, dass eine sechsjährige Grundschule weltweiter Standard sei.

All das zeigt: Wenn man von bestimmten Grundwerten wie der Abneigung gegen jede Form der Diskriminierung absieht, sind tief sitzende und also langlebige Grundüberzeugungen beim Hamburger Bürgermeister kaum aufzuspüren. Im Gegenteil: Ole von Beust ist der erste Politiker, der sich fast vollständig von den Fesseln politischer Inhalte befreit hat.

Gerade das hat ihn so erfolgreich gemacht. Und erst das hat ein Bündnis mit den Grünen ermöglicht. Während Leute wie der hessische Ministerpräsident Roland Koch mit hartem inhaltlichen Profil in die politische Mittelmäßigkeit abrutschten, erfreut sich die Hamburger CDU nach wie vor guter Umfragen, und ihr Bürgermeister kann sich auf extrem hohe Beliebtheitswerte stützen. Man nimmt es dem netten Ole nicht übel, dass er für nicht viel mehr steht als für sich selbst.

Möglich ist eine solche Entkernung von Politik dabei letztlich nur durch das systematische Verwischen von Gegensätzen – eine Kunst, die von Beust wie kein anderer beherrscht. Er verwischt die Grenzen zwischen links und rechts genauso wie die zwischen U- und E-Kultur. Der jüngste Beleg dafür ist ein Interview, das er vergangene Woche gab. Dafür ließ er sich mit einem Karl-Marx-Porträt fotografieren, erklärte den Kapitalismus für gescheitert, den Sozialismus aber ebenso. Als seine Lieblingslektüre nannte er den Philosophen Karl Popper und Donald Duck. Er legte ein gutes Wort für die früheren Schill-Parteigänger ein und nannte die Abgeordneten der Linkspartei „menschlich angenehm und intelligent“. Der Mann hat für jeden etwas im Portfolio.

Geholfen hat ihm aber stets auch etwas anderes: Von Beust, der zu Hause am Computer gern die weltweite Wetterentwicklung per Internet verfolgt, erspürt Veränderungen des politischen Großklimas früher als viele andere – und kann deswegen ebenso rechtzeitig wie flexibel darauf reagieren.

Bei all dem kann man ihm nicht unterstellen, er führe die Wähler hinters Licht. Er hat sich, was die großen Linien angeht, stets offen zu seinen Absichten geäußert. 2001 machte er neun Monate vor der Wahl klar, dass er notfalls mit Schill koalieren würde, um die SPD nach 44 Jahren Regierungszeit abzulösen. Und im Wahlkampf 2008 ließ er offen durchblicken, dass die Zeit reif sei für Schwarz-Grün.

In Wahrheit hat von Beust seit 15 Jahren auf dieses Bündnis hingearbeitet, in dem viele die Wiedervereinigung des über eine Generation lang zersplitterten Bürgertums sehen. Schon in den 90er-Jahren beschäftigte er sich mit der „Politik nach dem Ende der Ideologien“ – und liebäugelte öffentlich mit Schwarz-Grün. Spätestens seit Gewinn der absoluten Mehrheit 2004 bereitete er seine Partei intensiv auf ein künftiges Bündnis mit den Grünen vor. Er half, schwarz-grüne Koalitionen in den Bezirken Altona und Harburg zu installieren – als Versuchslabore für die Landesebene. Und er sorgte dafür, dass Senatoren und Abgeordneten die GAL kaum noch attackierten und sie stets als bessere Opposition im Vergleich mit den angeblich verbohrten Sozialdemokraten darstellten. Mit der Wahl vor einem Jahr ist von Beust nach einer langen Reise ans Ziel gekommen. Schwarz-Grün ist gewissermaßen sein Lebenswerk.

Aber diesen Ausdruck würde er wohl als zu prätentiös ablehnen. Es würde ihm vermutlich reichen, wenn man ihm mal neidlos ein langes Wochenende auf Sylt gönnte.

Bürgermeister Ole von Beust an einem Fenster des Rathauses. Seit 2001 regiert er – erst mit Schill, jetzt mit der GAL

DPA

Hamburger Momente / Zwischenruf

Erst Bach, dann Krach

Jede Kindheit hat ihre eigenen Gesetze, in meiner begann der Ärger immer mit Bach. Erst die Brandenburgischen Konzerte zum Käsenutellabrötchen und dann: „Kinder, wir machen einen Sonntagsspaziergang."
„Och nee, wir haben doch gerade erst einen gemacht."
„Das war vor sechs Wochen." „Ich bleibe hier."
„Du kommst mit. Wir haben so wenig gemeinsame Familienzeit."
„Nö, ich bleibe hier. Ihr könnt nicht über mich bestimmen. Dies ist ein freies Land."
„Aber nicht da, wo ich bin. Du brauchst frische Luft, zieh dir die Jacke an."
Neindochneindochnein.
Und dann bleibe ich zu Hause und habe es mir mit meinen Eltern auf Wochen verscherzt. Oder ich gehe widerwillig mit und versaue nach Kräften die Sonntagsstimmung. Bis sich jeder auf den Montag freut.
Heute ist es immer noch so. Nur dass ich jetzt derjenige bin, der von Familienzeit und frischer Luft und gesunder Bewegung redet. Immerhin variiere ich die Musik und lege meinetwegen die Goldbergvariationen oder das fünfte Klavierkonzert auf, aber in Wahrheit fühle ich mich wie in einer Wiederholungsschleife.
„Ich komme nicht mit."
„Doch, gutes Wetter, Niendorfer Gehege, Rehe füttern, Kollauwanderweg, von mir aus auch Elbe." „Nein, du kannst mich nicht zwingen."
„Ich gebe auch ein Eis aus, Max." „Dann bring es mir mit."
„Eine Woche Nintendoverbot." „Erpresser."
Undsoweiter, undsoweiter, immer dasselbe, erst Bach, dann Krach, und ich frage mich, warum ich nicht jeden Tag in die Redaktion gehen darf.
Mit dem Sechsjährigen ist es nicht anders - auch alltags und ganz ohne Johann Sebastian. „So, jetzt ins Bett." „Nein, ich bin nicht müde."
„Ins Bett." „Du kannst nicht bestimmen, wann ich ins Bett gehe."
„Doch, kann ich."
„Du kannst mich nicht zum Schlafen zwingen. Ich schlafe, wenn ich müde bin. Ich bin aber nicht müde."
Eisversprechen, Fernsehverbot, sinnloses Brüllen, am Ende Um-Mitleid-Winseln:
„Paul, bitte, ich musste viel arbeiten und bin müde."
„Dann geh du doch ins Bett."
Vielleicht ist es instant karma. Die eigenen Eltern rächen sich mittels ihrer Enkel für jedes einzelne Sonntagsspaziergangsgezeter, das man ihnen angetan hat. Das ist zwar viele Jahrzehnte her, aber es gibt keine Verjährung. Hin und wieder rechne ich nach, wann ich frühestens meine ersten Enkel bekommen könnte. Ich will, dass sie mich rächen.
Morgen ist Sonntag. Zum Frühstück werde ich zur Abwechslung mal nicht Bach spielen, sondern Led Zeppelin, AC/DC oder Rage Against the Machine. Vielleicht ändert das etwas. Danach gehe ich joggen. Allein.

Erschienen in DIE WELT am 5. März 2011 und noch einmal am 9. März 2013 im „Hamburger Abendblatt".

Die gesammelten Glossen von Jens Meyer-Wellmann gibt es unter dem Titel „Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind" als günstiges Kindle-eBook bei Amazon oder im epub-Format, auch bei itunes.

Hamburger Momente / Zwischenruf

Abfetzmäßig porno, Digger

Bei uns zu Hause ist seit einer Weile alles „unnötig“. Voll unnötig. Nicht im Sinne von überflüssig. Eher im Sinne von „Geht gar nicht“ oder „total bescheuert“. Es können nicht nur Handlungen oder Dinge unnötig sein, wie ich mittlerweile gelernt habe, sondern auch Menschen.

Zum Beispiel Lehrerinnen. Wenn die einen Schüler, etwa meinen Elfjährigen, mehrfach mit voll unnötigen Ermahnungen oder Forderungen triezen, werden sie schnell zur unnötigen Person erklärt. Magistra non grata. Auf jugendlich.

Mit dem Wechsel in die Fünfte endet die Kindheit, zumindest verbal bricht nun die Adoleszenz an. Wenn du das als Vater nicht kapierst, biste voll gedisst. Im Sinne von Dissen, was nicht der lockere Plural für zusammenkopierte Promotionsschriften ist, sondern der eingedeutschte Hip-Hop-Begriff für „disrespect“.

Sagen wir es vornehm: Wer seine Kinder nicht mehr versteht, ist in ihren Augen schnell *dis*-kreditiert. Schön ist das nicht, denn wer will schon, dass seine Brut ihn für eine Leertaste hält, ein Brotgehirn oder einen Intelligenzallergiker, vulgo: Evolutionsbremse. Das wäre voll opfer, kann niemand wollen. Andererseits: Nichts ist peinlicher als die willenlose Ranschmeiße der Mittelalten an die Jugend. Stellen Sie sich vor, ein Mittvierziger sagt beim Familienabendbrot: „War abfetzmäßig porno im Büro heute, Digger.“

Womöglich konstatiert der Stammhalter wohlwollend: „Ja, Papa. Sehr schön.“ Oder er schaut seinen Erzeuger mitleidig an und sagt: „Ich glaube, ich habe Augen-Tinnitus. Ich sehe überall Pfeifen.“

Erschienen als „Zwischenruf“ im „Hamburger Abendblatt“ am 27. März 2013 und zuvor bereits in der Rubrik „Hamburger Momente“ in DIE WELT vom 25. August 2012.

Die gesammelten Glossen von Jens Meyer-Wellmann gibt es unter dem Titel „Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind“ als günstiges Kindle-eBook bei Amazon oder im epub-Format, auch bei itunes.

Hamburger Momente / Zwischenruf

Meine Problemnummer

Es gibt immer wieder ein erstes Mal im Leben. In der kommenden Woche zum Beispiel werde ich zum ersten Mal eine Hausnummer anbringen. Ich habe diese Herausforderung bisher stets unterschätzt. Kürzlich bekam ich einen Brief vom Bezirksamt Eimsbüttel, Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt. Darin wurde mir "nach Paragraf 20 HWG" meine Hausnummer zugeteilt, und ich nahm mir vor, diese voller Stolz in meiner Adresse zu tragen und am Wochenende ein schönes Hausnummernschild anzubringen. Aber so einfach ist das nicht.

Denn wie ich in "Anlage 1 zum Bescheid" erfuhr, sind dabei zahlreiche "baurechtliche Anforderungen" zu beachten. "Insbesondere sind zu beachten: die Vorschriften der Hamburgischen Bauordnung (HBauO), die Vorschriften der nach den HBauO erlassenen Rechtsvorschriften und die allgemein anerkannten Regeln der Technik (§ 3 Abs. 3 HBauO)."

Ich bin von jeher ein großer Freund allgemein anerkannter Regeln, leider aber verfüge ich nicht über die zehnbändige Ausgabe der in den vergangenen Jahrzehnten erlassenen Rechtsvorschriften. Dankenswerterweise fasste der Brief diese leichthändig zusammen, und ich erfuhr, dass Hausnummernleuchten in Richtung Straße am Haus zu befestigen sind, was mir unmittelbar einleuchtete. Zugleich aber dürften die Nummern keinesfalls "die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs beeinträchtigen". Ganz wichtig sei es überdies, dass meine Hausnummer die "Lichtsignale von Rettungsdiensten nicht nachteilig beeinflussen" dürfe, was ich nicht verstand, denn schließlich fahre ich mit meinem Haus normalerweise nicht durch die Stadt.

Weiter unten wurde ich belehrt, dass ich die Nummer, "nicht niedriger als 1,80 m" am Haus zu befestigen hätte, und zwar "im Falle des Satzes 1 des vorangegangenen Absatzes gemessen an der Eingangshöhe, im Falle des Satzes 2 gemessen an der Geländeoberfläche am Anbringungsort". Während ich langsam zurücklas, fragte ich mich, ob ich nicht besser ins Ausland gezogen wäre. Und warum ich aus meiner Wohnung ausziehen musste. Die hatte einen Hausmeister, der Hausnummern jederzeit an Regelwerke anzupassen in der Lage war. Damit gehörte er, ganz nebenbei, zu den größten Kennern der Hamburger Entbürokratisierungspolitik.

Erschienen im „Hamburger Abendblatt“ am 22. Januar 2013 und zuvor bereits in DIE WELT am 2. Oktober 2010.

Die gesammelten Glossen von Jens Meyer-Wellmann gibt es unter dem Titel „Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind“ als günstiges Kindle-eBook bei Amazon oder im epub-Format, auch bei itunes.

Hamburger Momente / Zwischenruf

„Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind“

Der Schulweg ist bei uns neuerdings eine Übungsstrecke, auf der meine Söhne sich sprachlich und intellektuell erproben. Derzeit arbeiten sie an der Kunst der Beleidigung.
„Du bist zu blöd, um alleine aus dem Bus zu winken“, sagt Max zu seinem kleinen Bruder, als wir uns zu Fuß auf den frühnebligen Kilometer zur Lehranstalt machen.
„Vielen Dank, auch im Namen meiner Eltern“, antwortet Paul.
„Zähl doch mal bis zehn, ich brauch 'ne Stunde Ruhe.“
Stille. Der Kleine holt zum Gegenschlag aus.
„Du triffst nicht mal das Wasser, wenn du ausm Boot fällst.“
Wir gehen über die Hauptstraße, leichtes Unterfangen, weil wie üblich alle im Stau stehen.
„Stau ist scheiße“, sagt Paul, Verkehrsexperte der Familie. „Außer man steht vorne.“
„Moment“, sage ich. „Keine solchen Wörter, bitte!“
„Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind!“
Irgendwann wird mir klar, woher die Brise haucht. Sie haben mir das Sprücheklopper-Buch „Niveau ist keine Hautcreme“ geklaut.
„Du bist so hohl wie ein Geländewagen-in-der-Stadt-Fahrer!“
Ich verdrehe die Augen mit lautem Seufzen gen Hochnebel, aber keiner beachtet mich.
Endlich. Schulhof in Sichtweite.
„Wir würden gerne gehen, aber wir müssen leider los. Bis später, Peter. Hau rein, Kapelle.“
Sie gicksen und gacksen, und ich müsste womöglich mit klaren Worten meine Autorität wiederherstellen. Stattdessen drücke ich ihnen Küsse auf das nebelnasse Haar.
„Jau“, sage ich, aber da sind sie schon längst von den grauen Flachbauten eingeatmet worden.
„Aus Kindern werden Klugscheißer.“ Und mache mich auf den Weg: „So long Hongkong.“
Über die Straße, in die Bahn und zur Maloche.
„Mein Name ist Blume: Ich verdufte.“

Erschienen als „Zwischenruf“ im „Hamburger Abendblatt“ am 28. März 2013 und zuvor bereits in der Rubrik „Hamburger Momente“ in DIE WELT am 22. Oktober 2011.

Die gesammelten Glossen von Jens Meyer-Wellmann gibt es unter dem Titel „Schrei mich nicht an, ich bin ein Wunschkind“ als günstiges Kindle-eBook bei Amazon oder im epub-Format, auch bei itunes.

Hamburger **MOMENTE**

Sinn-Index

Jens Meyer-Wellmann

Mitunter gehören Überraschungen zu den langweiligsten Dingen im Leben. Früher einmal hat mich meine Freundin am Vorabend meines Geburtstags mit fadenscheinigen Begründungen aus der Wohnung geschickt. Als ich nach Mitternacht zurückkehrte, war die Bude voll mit grölenden und meine Bierreserven vernichtenden Menschen, die mich zum Älterwerden beglückwünschen wollten. Beim ersten Mal habe ich mich gefreut. Im zweiten Jahr auch noch ein wenig (diesmal hatte ich zusätzliches Bier besorgt). Irgendwann nach dem fünften Mal ging die Beziehung in die Brüche.

So ähnlich ist es mit dem Ifo-Geschäftsklimaindex. Das ist eine Zahl, die jeden Monat von einem Professor in die Welt gesetzt wird, der einen komischen Bart trägt und Sinn heißt. Sie ergibt sich durch umständliche Berechnungen aus der Befragung von Unternehmern und sagt uns die Zukunft voraus. Das Interessanteste am Sinn-Index ist, dass er uns, obwohl er jeden Monat pünktlich publiziert wird, jedes Mal überrascht. Nicht ein einziges Mal, seit ich die Nachrichten verfolge, hat sich der Ifo-Index so entwickelt, wie es die Fachwelt erwartete. Entweder war er "überraschend gestiegen", "überraschend stark gestiegen" oder, wenn sich die Zukunft wieder einmal verdüsterte, "überraschend gefallen". In dieser Woche überraschte uns der in München arbeitende Sinn durch unerwartetes Umformulieren. Diesmal hieß es schlicht, sein Index sei "deutlicher als von Experten erwartet" gestiegen. Überraschung!

Ein Experte, das hat Winston Churchill behauptet, sei "ein Mann, der hinterher genau sagen kann, warum seine Prognose nicht gestimmt hat". Auch in Hamburg haben wir viele Experten, eine ganze Horde von Sinn-Konkurrenten, von Ökonomen, die ihre Arbeit für Wissenschaft halten. Der bekannteste heißt Straubhaar und hat im Februar eine dramatische Geldentwertung vorausgesagt. Seitdem ist die Inflationsrate auf null gesunken. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Mich hat das nicht überrascht.

Erschienen in DIE WELT und WELT ONLINE am 27. Juni 2009

Jahrelange Entwicklungsarbeit fördert bei Dritte-Welt-Ländern die Nehmer-Mentalität. Oft macht die Hilfe mehr kaputt, als sie aufbaut. Wem nützt das Engagement der Industrieländer? Eine Analyse.

Der an Börse und Bauch gewichtige Präsident Nicaraguas, Arnoldo Alemán (Mitte) mit den Präsidenten El Salvadors (l.) und Guatemalas. Diese Länder bekommen Millionen Dollar Entwicklungshilfe. Doch manche Hilfsprojekte sind für die Bevölkerung kontraproduktiv. Fotos: AP/Montage: MICHAELIS

Was bei den Armen ankommt

Von JENS MEYER-WELLMANN und MANFREDO STUTH

Dass Nicaraguas Präsident Arnoldo Alemán ein Freund des guten Lebens ist, zeigt nicht nur sein beeindruckender Bauchumfang. Auch seine landesweit berühmte Karawane von Luxuslimousinen und die pompöse Party, mit der er kürzlich in Miami die Vermählung mit einer 25 Jahre jüngeren Frau feierte, sprechen für seinen exquisiten Geschmack. Nun hat sich Arnoldo Alemán (übersetzt: Arnold, der Deutsche) endlich für ein paar Millionen Dollar auch einen zu ihm passenden Präsidentenpalast errichten lassen. Auch deswegen hat er den Präsidialetat im Haushalt des mittelamerikanischen Landes um 20 Millionen Dollar erhöhen lassen. Dafür wurde im Gegenzug der Sozialetat um zehn Millionen Dollar gekürzt, und die Mittel für die anstehenden Kommunalwahlen wurden halbiert. Dahinter steckt ein simpler Gedanke: Die internationale Gemeinschaft werde schon dafür sorgen, dass niemand in Nicaragua verhungert und dass jeder ordentlich wählen darf. Wozu schließlich gibt es Entwicklungshilfe?

Kaum ein Land der Welt hat in den letzten 20 Jahren so viel Aufmerksamkeit und Hilfe von den reichen Industrieländern bekommen wie Nicaragua. 20 Milliarden Dollar an Krediten und nicht rückzahlbaren Hilfen sind zwischen 1980 und 1999 in den mittelamerikanischen Staat geflossen. Zehntausende von professionellen und privaten Helfern haben sich seit der sandinistischen Revolution von 1979 in Nicaragua engagiert – und brachten den Menschen auf dem Lande Lesen und Schreiben bei, haben Straßen und Schulen gebaut, Wasseranschlüsse gelegt, Kaffee gepflanzt und Industrieanlagen geplant. In fast jedem westeuropäischen Land gibt es Nicaragua-Vereine, beinahe jedes Dorf in Nicaragua hat eine Partnerstadt im reichen Teil dieser Welt. Und was hat all das Engagement genützt?

Heute, 21 Jahre nach der Revolution und zehn Jahre nach der Abwahl der Sandinisten 1990, ist Nicaragua nach Haiti das zweitärmste Land Amerikas und gehört zu den am höchsten verschuldeten Staaten der Welt. 75 Prozent der fast fünf Millionen Nicaraguaner leben in Armut, 43 Prozent sogar in extremer Armut, sprich: Sie haben nicht genug zu essen, kein sauberes Wasser zum Trinken und kein Dach über dem Kopf. Die Arbeitslosenquote liegt zwischen 50 und 70 Prozent. Selbst Lehrer, Ärzte und Polizisten verdienen kaum mehr als 50 Dollar im Monat. Eine vernichtende Bilanz von zwei Jahrzehnten Entwicklungshilfe.

Gut geht es in Nicaragua vor allem den Freunden von Präsident Alemán – und den professionellen Entwicklungshelfern. Entsandte Lehrer und Ingenieure, Ärzte und Projektentwickler bekommen in der Regel das Gehalt, das sie auch in Europa oder Nordamerika beziehen würden. Allerdings ist der größte Teil steuerfrei, und die meisten erhalten zusätzlich eine Auslandszulage für beispielsweise doppelte Haushaltsführung.

Viele der Helfer kommen auf monatliche Bezüge von mehr als 10 000 Mark netto – in einem Land, in dem das Durchschnittseinkommen laut Weltbank bei 80 Mark im Monat liegt. Wer in seiner Heimat ein Mittelschichtler war, wird als Entwicklungshelfer schnell zum kleinen König. In der Hauptstadt Managua bevölkern die Helfer die teuren Restaurants, und am Wochenende treffen sie sich mit neuesten amerikanischen Surfboards an den wunderschönen Pazifikstränden Nicaraguas. Die speziellen gelben Autokennzeichen geben ihren Jeeps auch auf den Straßen sichtbaren Sonderstatus.

„Die Zeiten des Barfußdoktors sind vorbei“, sagt Utta Stübler von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ). Und die deutsche Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul erklärt: „Die Professionalität von Fachkräften hat auf dem Weltmarkt ihren Preis.“ Tatsächlich würde wohl kaum ein guter Ingenieur für einen Hungerlohn die Unannehmlichkeiten der Dritten Welt auf sich nehmen. Andererseits herrscht auf dem Markt der Entwicklungshilfe mittlerweile ein Überangebot: Hunderte von privaten, staatlichen und überstaatlichen Organisationen buhlen darum, in der Dritten Welt helfen zu dürfen. Das Heer von Helfern steht unter chronischem Aktionsdruck. „Die Regierungen können sich längst aussuchen, von wem sie sich helfen lassen wollen“, sagt GTZ-Expertin Stübler.

Nur durch das von Experten als „Over-Aiding“ (Übermaß an Hilfe) bezeichnete Phänomen erklärt sich auch der rüde Ton, den Präsident Alemán mittlerweile gegenüber den Helfern anschlägt. Auf Kritik an seiner korrupten Amtsführung und an der innenpolitischen Entwicklung sagte Alemán kürzlich: Wer seine Politik kritisieren wolle, der solle „bitte schön verschwinden und seiner eigenen Regierung Ratschläge geben“.

Dabei ist die Entwicklungshilfe seit Jahren offiziell an das Prinzip der „Good Governance“, der „guten Regierungsführung“ gebunden. Allzu korrupte Regierungen sollen kein Geld mehr bekommen. So genau nimmt man es mit dieser Regelung freilich nicht – denn sonst würden die Entwicklungshilfe-Organisationen ihr Geld überhaupt nicht mehr los.

Das Motto „Viel Hilfe hilft viel“ erweist sich nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch als unsinnig. Denn einerseits werden viele der Hilfen gar nicht in Projekte umgesetzt: In Nicaragua etwa liegen rund 20 Prozent der Hilfsgelder brach. Andererseits hat die ständige Präsenz ausländischer Helfer die Eigeninitiative der nicaraguanischen Bevölkerung weitgehend erstickt.

„Wenn etwas fehlt, stellen die Leute als Erstes die Frage: Wer hilft mir? Woher bekomme ich Geld?“, sagt Utta Stübler. Auch der Leiter des GTZ-Büros Managua, Peter Pfaumann, warnt: „Wenn sich diese Einstellung nicht ändert, wird das Land niemals die Misere hinter sich lassen.“ Was der Mann nicht sagt: Die jahrezehntelange Entwicklungshilfe hat diese Nehmer-Mentalität erst erzeugt.

Die Vermutung, dass die Entwicklungshilfe in erster Linie den Helfern aus den reichen und den korrupten Regierungen in den armen Ländern hilft, der Normalbevölkerung langfristig aber eher schadet, ist nicht neu. Tatsächlich sprechen viele Indizien dafür – auch bei weltweiter Betrachtung.

Trotz jahrzehntelanger Entwicklungshilfe ist die Einkommenskluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung auf 74 zu 1 gewachsen – 1960 war das Verhältnis noch 30 zu 1. Mehr als 80 Staaten haben laut UNO-Entwicklungsbericht heute ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen als vor zehn Jahren. Seit 1984 fließen mehr Kreditrückzahlungen von den Entwicklungsländern in die Industrieländer zurück als neue Mittel in umgekehrter Richtung.

Mehrere Untersuchungen ergaben, dass massenhafte Nahrungslieferungen in Hungergebiete die Nahrungsmittelknappheit noch verschärften – weil die Gratislieferungen die Nahrungsmittelpreise kaputtmachten und die einheimischen Bauern in den Ruin trieben. So produzieren die Helfer die Katastrophen selbst, die sie nachher dann wieder bekämpfen dürfen.

In Wahrheit, so ein durchaus plausibler Vorwurf, hat sowieso niemand Interesse am Aufschwung in den armen Ländern: Die Entwicklungshelfer würden ihre guten Jobs verlieren. Industriefirmen und Agrarproduzenten des Nordens bekämen unliebsame Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der härtere Wettbewerb würde auch bei uns immer stärker auf die Löhne drücken. Und ökologisch wäre ein Aufholen der Dritten Welt auch nicht zu verkraften. „Wenn jeder Chinese ein Auto fährt, erstickt die Welt“, warnen Umweltschützer. Da drängt sich der Verdacht auf, dass Entwicklungshilfe nur zur Beruhigung dient – vor allem für das eigene Gewissen.

Vollends absurd wird Entwicklungshilfe, wenn europäische Technokraten in Entwicklungsländern erklären, wie man mit seinen Produkten auf den Weltmarkt geht – und die EU den Ländern ihre Produkte dann nicht abkauft, weil sie Europas Bauern Konkurrenz machen.

Während unzählige Hilfsorganisationen mit Millionen und Abermillionen von Mark, Dollar und Yen vor sich hin wursteln, weiß im Grunde bis heute niemand, wo die entwicklungspolitische Reise hingehen soll. Jeder Staat, jede Organisation, jeder Nicaragua-Verein – alle machen ihre eigenen Projekte, die einen größer, die anderen kleiner. Ein roter Faden ist bei dem Hilfewirrwarr kaum auszumachen.

„Nicht einmal die EU ist in der Lage, ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten zu koordinieren“, moniert Sabine Kurtenbach vom Hamburger Institut für Iberoamerikakunde. „Man muss sich grundlegend Gedanken darüber machen, was man mit Entwicklungszusammenarbeit überhaupt erreichen will.“

Ein wenig mehr Koordinierung wäre sicher kein Nachteil. Dann würden groteske Situationen wie am Rio Coco in Nicaragua vielleicht nicht entstehen: Dort versuchen deutsche Entwicklungshelfer von der GTZ den Einheimischen die Öko-Holzwirtschaft schmackhaft zu machen, während am anderen Ufer nordamerikanische und japanische Goldschürfunternehmen den Regenwald mit Quecksilber vergiften.

Auch der Hamburger Politologie-Professor und Entwicklungsexperte Rainer Tetzlaff fordert ein grundlegendes Umdenken in der Entwicklungspolitik. Nicht nur die Koordinierung, auch die Kontrolle der Aktivitäten müsse besser werden, so Tetzlaff: „Weltbank und GTZ kontrollieren sich doch heute faktisch selber. Die Institute, die für Projekt-Evaluierung verantwortlich sind, stehen in vollkommener Abhängigkeit von ihren Auftraggebern.“

Das blindwütige Gewerkel der Entwicklungsinstitutionen hat auch in Nicaragua manch bunte Blüte getrieben: Für 2,6 Millionen Dollar baute der österreichische Entwicklungsdienst eine Biodiesel-Plantage bei León auf, nur um dann festzustellen, dass in Nicaragua gar kein Bedarf an Biodiesel besteht. Holland schenkte den Bauern in der Gegend um die Stadt Granada einige Hundert Mopeds, damit sie schneller zu ihren Feldern kämen. Da niemand wusste, wie man die Zweiräder wartet, waren sie in kürzester Zeit schrottreif.

Ein Projekt Taiwans zeigte, dass die Hilfe oft vor allem den Reichen und Mächtigen nützt: Mit 25 Millionen Dollar wollten die Inselchinesen die Viehwirtschaft in Nicaragua fördern. Wer schon etwas Land und ein paar Kühe sein Eigen nannte, sollte 25 weitere Kühe und einen Zuchtbullen dazu bekommen. Kaum war das Programm aufgelegt, entstand über Nacht eine ganz neue Klasse von Viehzüchtern: 20 hohe Offiziere der Armee, sechs führende Polizeibeamte, der stellvertretende Tourismusminister sowie der persönliche Leibwächter des Präsidenten Alemán entpuppten sich als geborene Landwirte – und sicherten sich als Erste den Zugang zu den entwicklungspolitischen Melkkühen.

Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul

Foto: GLASER

Kampf gegen die Armut

ABENDBLATT: Die Entwicklungszusammenarbeit steht in der Kritik. Was muss sich ändern?

WIECZOREK-ZEUL: Es geht vor allem darum, einen Schwerpunkt auf die Armutsbekämpfung zu legen. Um die globalen Aufgaben wie zum Beispiel den Klimaschutz zu erfüllen, setzen wir auf eine auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtete Partnerschaft mit der Wirtschaft.

ABENDBLATT: Wird Entwicklungshilfe nicht zur Farce, wenn die protektionistische EU den Entwicklungsländern ihre Produkte gar nicht abkauft, dafür aber mit subventionierten Agrarexporten sogar Märkte für die Entwicklungsländer vernichtet?

WIECZOREK-ZEUL: Ich setze mich massiv dafür ein, Agrarexport-Subventionen abzubauen, damit die Entwicklungsländer bessere Exportchancen bekommen. Zweifellos steht die Entwicklungspolitik in dieser Hinsicht in einem Spannungsverhältnis insbesondere zur EU-Agrarpolitik.

ABENDBLATT: Was halten Sie von der Forderung, Entwicklungshilfe insgesamt einzustellen, weil sie nur den Helfern nütze, den Empfängern vielleicht sogar schade?

WIECZOREK-ZEUL: Entwicklungszusammenarbeit bleibt angesichts der Globalisierung eine notwendige Aufgabe. Frieden und Sicherheit in der Welt sind nur möglich, wenn sich die Kluft zwischen Arm und Reich nicht weiter vergrößert. Heute gilt mehr denn je, was Willy Brandt vor 20 Jahren gesagt hat: Auch wir können nicht auf Dauer in Frieden leben, wenn es Regionen gibt, die in tiefer Armut versunken sind. Interview: jmw

Warum wir helfen

Auch das Abendblatt hat immer wieder zu Spenden für Projekte in Hamburgs Partnerstadt León (Nicaragua) aufgerufen. Die Verwendung des dabei zusammengekommenen Geldes wurde vor Ort vor allem von dem Hamburger Kinderarzt Jürgen Steinleger koordiniert und auch kontrolliert. Mit diesen Spenden wurden Siedlungen für die Opfer des Hurrikans Mitch gebaut – die im vergangenen Oktober von Senator Willfried Maier eingeweiht wurden. Die Umweltbehörde fördert vor allem die Sanierung der Leóner Müllkippe. Trotz aller Probleme gelten die Hamburger Projekte in León, anders als manch andere Entwicklungsprojekte, als vorbildlich.

PUTZKRÄFTE GEWERKSCHAFT ALARMIERT

2,46 Euro pro Stunde – „Dumpinglöhne“ in Hamburger Hotels

Beauftragte Reinigungsfirma verteidigt sich: Andere Unternehmen zahlten noch weniger.

Spende für Listenplatz verfassungswidrig?

HAMBURG JUGENDLICHE BERICHTEN IM ABENDBLATT

Schüler für Gewaltszenen bezahlt? ZDF räumt Fehler ein

Chefredakteur bedauert Honorar an Jugendliche. Vorfall kommt vor Fernsehrat.

ENDO-KLINIK UNTERNEHMEN WILL 100 MITARBEITER DURCH BILLIGERES PERSONAL ERSETZEN

Sie sollen gehen – für Billigkräfte

Die Menschen vom Müllberg

ERMITTLUNGEN OSMANI-KREDITE IM VISIER VON STAATSANWÄLTEN

Hamburg

Bank-Skandal: Auch Osmani-Kredite betroffen

Aktenklau bei Bankskandal?

Hilfe für die „Kinder vom Müllberg“

Lafontaine: „Kein Unterschied zwischen von Beust und Naumann“

EMPÖRUNG POLITIKER KRITISIEREN KONTAKTE DES EX-BAUSENATORS ZU INHAFTIERTEM INVESTOR

Osmani, Mettbach und der Senat

Mettbach zeigt Abgeordneten und Abendblatt-Redakteur an

Genosse Kahrs und das Elend der SPD

Ärger um unbezahlte Rechnungen: Die Bauarbeiter spitzt sich zu

70 Stadionbauer: Notruf an Runde

Brennpunkt Tostedt: Die Gewalt eskaliert – und die Jugendarbeit steht im Mittelpunkt der Kritik

„Die Neonazis ziehen hier ihren Nachwuchs ran"

Deutsche Orel aus dem geplanten Arena-Bau zurückziehen

Wankum stellt Insolvenzantrag

Diakoniegelder für Handel mit NS-Motiven missbraucht

Reeder Krämer hilft Schulen in Afrika.

Doktor Bianchi, wie geht es Thomas Drach?

SPD rätselt: Was plant Voscherau?

Vergessen zwischen zwei Welten

Ein soziales Problem wächst heran. Die Altersversorgung alleinstehender Gastarbeiter, die seit vielen Jahren in Deutschland leben und keine Familie haben, ist ...

Tod in Würde – eine Budgetfrage

Amok in Hamburg

Gespaltene Stadt

Colonia Dignidad: Ein Hamburger jagt Sektengründer Schäfer

Wolfgang Kneese traf in Hamburg den chilenischen Anwalt der gefolterten Kinder

Unter Filzverdacht: Ronald Schill

Anschläge: Verfassungsschutz sieht „neue Intensität“

Bekennerschreiben droht weitere Aktionen an

Leon: Endlich ein sicheres Zuhaus

Mit Hamburgs Spenden entstanden 120 Häuschen für die Hurrikan-Opfer

MUSIK HAMBURGER DELEGATION BESUCHT DIE ARABISCHEN EMIRATE

Beust zum Tee beim Scheich

Wer bezahlte Rundes Abschiedsparty?

Deutschstunde bei Siegfried Lenz

Brötchen für Pumm: DGB-Chef nutzte Verein als Partyservice

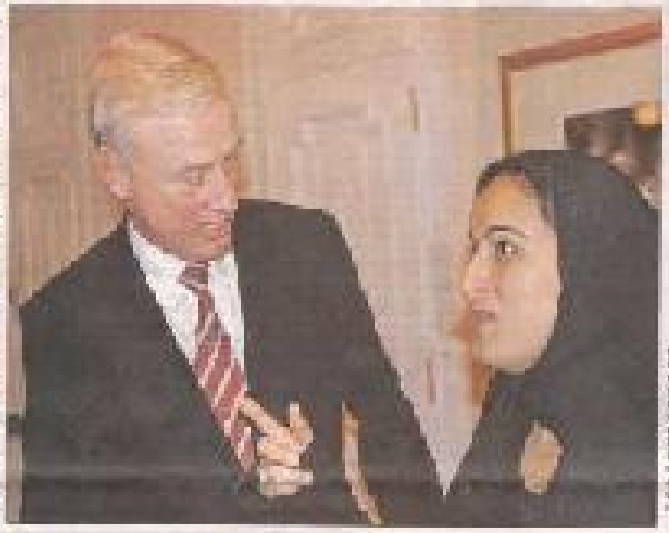
Bürger ziehen weg – Scheitert die Wachsende Stadt?

METROPOLE Ab vorbeugende Familienhilfe, weniger Kitas und Schulschließungen – der Finanzsenator nimmt Stellung.

Hofer wieder zu Hause: „Ich vermisse meinen Sohn"

Alltag, der der Katastrophe folgt

Charmante Begegnung im Wüstenstaat



Wilhelmsburg: Am Reiherstieg zeigt sich, wie die neue Armut eine Nachbarsche

Im Viertel der Arbeitslosen

Chaos ist, wenn einer bremst

Spanische Terroropfer zu Besuch in Hamburg

Erst haben wir das Verkehrs-Ch
mit Hilfe der Chaos-Theorie. Au
raffinierte Ampelschaltungen so
sich auflösen. Unterecheinander t

Lieschen Müller goes Börse

Irgendwo muß das Geld ja hin. Gedanken über das Dax-Fieber und die Angst vor dem Crash.

Eine Erfahrung fürs Leben

Meine Begegnung mit dem Judentum

Spurensuche in Hamburgs City – Das Abendblatt hat zwei Obdachlose 24 Stunden begleitet

Ein Tag im Leben von Jannek und Helge

Rund 3000 Obdachlose leben in Hamburg. Viele kommen aus gutbürgerlichen Verhältnissen wie Jannek und Helge. Am Anfang des Abstiegs steht bei fast allen eine kaputte Liebesbeziehung – und der Alkohol. Zwei

Krista Sager: Schill half aus der Klemme

Die Wochen der Entscheidung . . .

G + J-Chef Schulte-Hillen über Risiko, Macht und guten Rotwein

Eine Polit-Ehe und ihr bitteres Ende

„Wir müssen unsere Taschen öffnen“

Putin-Streit: 30 Professoren gegen Ehrung

Hansestadt Hamburg

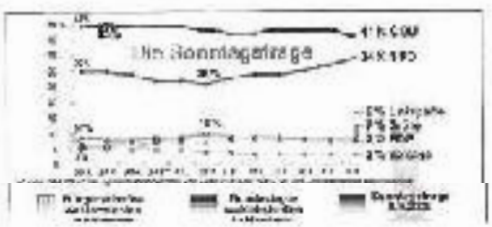
Kanzler fordert Neuwahl

Billbrook – ein vergessener Stadtteil

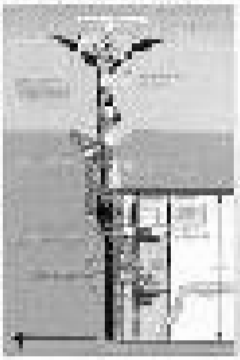
Mathias Petersen will Bürgermeister werden

BUNDESTAGSWAHL NEUE UMFRAGE: SPD JETZT BEI 34 PROZENT

Große Koalition immer wahrscheinlicher

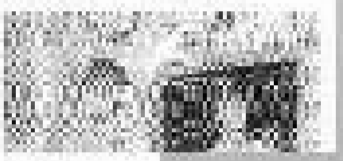


Plötzlich Bruch der Elbe ...



Veddel – der Traum von Multikulti stirbt

Wassereinbruch – Dramatische Minuten unter der Elbe



Veddel – eine Insel, 32 Sprachen

Muffins mit Giuliani – Runde in New York

Schmiergeldskandal: Razzia bei Siemens

Hamburger Abendblatt
Nr. 27 (ha) vom 26.11.1998, Seite 21

Wie eine Spendenübergabe zur Nervenprobe wurde

Abendblatt-Reporter in den Mühlen der nicaraguanischen Bürokratie

Von JENS MEYER-WELLMANN

Arbeitsplätze am Flughafen Managua sind derzeit wohl die sichersten in ganz Nicaragua. Noch immer landen hier mehr als zehn Flugzeuge am Tag, um Hilfspakete für die Opfer des Hurrikans „Mitch“ abzuliefern. Viel Hilfe macht viel Arbeit: Die Spenden müssen ausgeladen werden, aufgestapelt, aufgelistet, autorisiert, auf Lkw verladen und abtransportiert. Unzählige Soldaten aus Nicaragua und aus den USA laufen in der Hitze des Rollfelds durcheinander, schieben Paletten hin und her, schultern Medikamentenkisten oder Säcke mit Reis und Mais, werfen sie auf alte Laster und schreien sich gegenseitig Befehle zu. Im Hintergrund dröhnen die Turbinen der Transportflugzeuge oder die Rotoren der Hubschrauber. Nicht weniger laut geht es in der Abteilung Bürokratie zu.

Die Spendenflut hat einen beachtlichen Verwaltungsapparat erzeugt. Der hat sich direkt am Rollfeld festgesetzt – damit den Beamten kein einziges Reiskorn made in USA und keine deutsche Schmerztablette entgehe, die nach Nicaragua eingeführt wird.

An einem meterlangen Tisch sitzen unter einem Wellblechdach ungefähr 15 laut durcheinander redende Männer und Frauen, jeder ausgestattet mit drei Stempeln und sieben unterschiedlichen Formularen. Jede Spendenliste wird dreimal gestempelt und von drei Beamten gegengezeichnet. Über den Köpfen der Verwalter flackert auch mittags eine Neonleuchte.

Schwierig wird es, wenn ein Reporter des Hamburger Abendblattes kommt, der einen Koffer ins Land einführen möchte. Der Koffer enthält Medikamente für ein Krankenhaus in Leon, außerdem aber ein privates Buch. „Ist das die Spende“? fragt ein dicker Mann mit dünnem Bart und

tippt auf den Koffer. „Nein“, sagt der Reporter, der vor dem langen Tisch am Rollfeld steht. „Nur die Medikamente, die drin sind.“ „Und der Koffer?“ fragt der Mann. „Nein“, sagt der Reporter, „den Koffer würde ich gern behalten, wenn das möglich wäre.“ „Maria“, sagt der Dicke zu einer verschwitzten Frau mit Käppi. „Der will den Koffer behalten. Dann ist das doch keine Vollspende, oder?“ „Wir können die Medikamente in eine Kiste packen“, sagt die Frau. „Dann spendet er die Medikamentenkiste, und es ist eine Vollspende.“ Sie schickt einen Mann mit Philosophengesicht los, um eine Kiste zu besorgen.

Es vergeht eine Viertelstunde. Der Reporter schwitzt, die Soldaten schreien, die Flugzeuge dröhnen. Dann kommt der Philosoph mit einer Plastiktüte zurück. „Geht auch 'ne Tüte?“ fragt er die Frau. „Ach was“, antwortet die und fächert sich mit der flachen Hand Luft zu. „Ist doch egal. Füll jetzt dies aus und laß ihn den Koffer mitnehmen.“ Sie reicht dem Dicken von vorhin ein Formular. Er füllt es aus. Akribisch. Er zelebriert das Schreiben, er zeichnet die Buchstaben, jedes Feld dauert eine Minute. Wohnort, Zielort, Aufenthaltsdauer, Transportmittel im Inland. Der Reporter schwitzt und beginnt mit dem Fuß zu wippen. Das Formular, das der Dicke ausfüllt, hat fünf Durchschläge. Trotzdem schreibt er es noch zweimal ab. Das dauert ungefähr 45 Minuten.

„Viel Papierkram, nicht wahr“, sagt der Reporter. „Alles muß seine Ordnung haben“, sagt der Dicke. Die Frau mit Käppi kontrolliert die Arbeit des Dicken, dann geht er mit dem Stapel weiter zu einem alten Mann, der die meisten Stempel von allen am Tisch besitzt. „Was für ein Auto fahren Sie?“ fragt der Alte und linst über seine Halbbrille. „Wir brauchen Marke und Kennzeichen.“ Der Reporter sagt alles, was der Alte wissen will. „Und haben Sie denn einen Führerschein?“ fragt der Alte. Der Reporter hat einen. Er zeigt ihn sogar vor. „Gut“, sagt der Alte, unterzeichnet, stempelt hier und da und gibt dem Dicken den Papierstapel zurück.

Inzwischen sind fast zwei Stunden vergangen. „Kommen Sie mit“, sagt der Dicke, und der Reporter schleppt den Koffer zwischen Reissäcken, Lastern und Soldaten in eine Halle, durch die Halle hindurch, in eine Nebenhalle und schließlich in ein Büro, in dem eine Klimaanlage rattert. „Sie sind der mit den Medikamenten“, sagt eine Frau mit spitzer Nase und blauem Kostüm. „Bin ich“, sagt der Reporter. Die Frau sieht die Papiere durch. „Haben Sie einen Pass?“ fragt die Frau. Der Reporter hat einen. „Wir machen eine Kopie davon“, sagt die Frau. Der Reporter nickt. Die Frau reicht den Pass einem Uniformierten. Der legt ihn auf einen Kopierer und drückt auf die Starttaste. Nichts passiert. „Der Ko-

pierer geht nicht“, sagt der Uniformierte. „Komisch“, sagt die Spitznasige. „Gestern ging er noch.“ Der Reporter wippt mit dem Fuß.

„Das verstehe ich nicht“, sagt die Frau. „Ist der Koffer hier nun eine Spende, oder nicht?“ „Der Koffer nicht, das Buch auch nicht, nur die Medikamente“, sagt der Reporter. „Dann ist das hier alles falsch ausgefüllt“, sagt die Frau zu dem Dicken. „Bringen Sie das an den Tisch zurück.“

„Wissen Sie was“, sagt der Reporter zu der Frau. „Ich schenke Ihnen die Medikamente. Sie können Sie verteilen, an wen Sie wollen. Sie können Sie auch selber einnehmen. Ich will nur meinen Koffer behalten. Und mein Buch. Und ich würde gerne gehen.“ Der Reporter öffnet den Koffer und will ihn auf dem Tisch der Spitznase ausleeren.

„Halt“, kreischt die Frau. „Das geht doch nicht! Das ist eine Spende, die Sie dem Krankenhaus Leon persönlich übergeben müssen. Das steht doch hier.“

Sie tippt auf einen gelben Durchschlag. Der Reporter schließt den Koffer wieder und setzt sich auf einen Stuhl. „Ich möchte meine Spende zurückziehen“, sagt der Reporter. „Gibt es dafür ein Formular?“

Gegen Abend kommt ein Riese im Khakihemd in das klimatisierte Büro. Er bittet den dösenden Reporter, seinen Koffer zu öffnen, wühlt in den Medikamenten, schließt den Koffer wieder und sagt: „Sie müssen eine Erklärung abgeben!“ Der Reporter reagiert nicht. „Eine Erklärung, dass die Medikamente nicht abgelaufen sind.“ Der Reporter gibt die Erklärung ab. „Schreiben Sie hier Ihren Namen, und hier Ihre Unterschrift“, sagt der Khaki-Riese. Der Reporter unterschreibt alles. Der Mann setzt einen Stempel daneben und einen darunter. Auf der Rückseite unterzeichnet er mit einem zehn Zentimeter langen Hieroglyphen. „Hier, für Sie“, sagt die Spitznase und gibt dem Reporter seinen Pass und einen grünen Durchschlag mit vier Stempeln und drei Unterschriften. „Ihre Bescheinigung. Ohne die kommen Sie nicht aus dem Zollgelände.“

Als die Sonne untergeht, schleppt der Reporter den Koffer in seinen Wagen. Der Soldat an der Ausfahrt öffnet das Zolltor und winkt zum Abschied. Eine Bescheinigung will er nicht sehen. Er hat, anders als der Reporter, keine Ahnung von den nicaraguanischen Spenden-Bestimmungen.

Hamburger Abendblatt
Nr. 257 (HA) vom 03.11.1999, Seite 14

Colonia Dignidad: Ein Hamburger jagt Sektengründer Schäfer

Wolfgang Kneese traf in Hamburg den chilenischen Anwalt der gefolterten Kinder

Von JENS MEYER-WELLMANN

Das Leben von Wolfgang Kneese kreist seit fast 40 Jahren um denselben Mittelpunkt. Es dreht sich um das, was der 54-Jährige „das Böse schlechthin“ nennt. Dieses Böse trägt ein menschliches Gesicht und einen urdeutschen Namen: Paul Schäfer. Neun Jahre wurde Kneese als Kind von dem Sektenführer geschlagen, gefoltert und sexuell missbraucht – vier davon in der „Colonia Dignidad“ in den Bergen Südchiles. Dorthin hatte ihn Schäfer mit anderen deutschen Jugendlichen 1961 entführt. Als Schäfer in Deutschland wegen Missbrauchs gesucht wurde, baute er mit 200 Deutschen in Chile eine Kolonie auf – und verfeinerte seine Perversionen.

Seit Wolfgang Kneese 1966 aus der Kolonie fliehen konnte, macht er Jagd auf seinen Peiniger. Weltweit hat wohl niemand so viel Material über die Horrorkolonie und den „leibhaftigen Teufel Schäfer“ gesammelt wie Kneese. 1997 gründete der Dokumentar in Hamburg den Verein „Flügelschlag. Gegen Kindesmissbrauch durch Sekten“. Der Verein verfolgt vor allem ein Ziel: Paul Schäfer zur Strecke zu bringen. Denn der Mann, da ist Kneese sich sicher, sitzt noch in der „Colonia Dignidad“, entzieht sich dem Zugriff der Polizei – und vergewaltigt trotz eines internationalen Haftbefehls und seiner 78 Jahre nach Zeugenaussagen noch immer Kinder. Dass Schäfer sich bei Razzien in einem Gängesystem versteckt, glaubt auch der chilenische Anwalt Hernan Fernandez. Er vertritt vor chilenischen Gerichten zwölf Kinder, die von Schäfer in den letzten Jahren missbraucht worden sein sollen. Derzeit ist Fernandez in Hamburg, um das von Kneese gesammelte Material zu sichten. Beide werden mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Bundestagesausschusses für Menschenrechte sprechen. Dabei werden sie ein energischeres Auftreten der deutschen Behörden in Chile anmahnen.

„So etwas wie die Colonia Dignidad ist der unvorstellbare Horror, die Hölle selbst“, sagt Fernandez. „Normalerweise agieren Kinderschänder im Verborgenen. Hier aber hat sich jemand auf 17 000 Hektar einen eigenen Staat nur dazu aufgebaut, täglich Kinder zu missbrauchen – mittags, abends und nachts. Und obwohl die Welt seit 30 Jahren davon weiß, macht Schäfer munter weiter.“

Nach außen verkaufen Schäfer und seine Leute sich als fleißige deutsche Einwanderer, die das Land urbar gemacht und die Region mit Schulen und einem Krankenhaus beglückt haben. Besonders beliebt war das deutschtümelnde Päderastenparadies lange Zeit in der CSU. „Auch Franz-Josef Strauß hat in der Kolonie übernachtet“, so Kneese. Unter der Pinochet-Diktatur diente die „Kolonie Würde“ dem chilenischen Geheimdienst als Folterquartier. Noch heute wirbt sie mit Prospekten für ihre Arbeit und die gute Ausbildung, die Kinder dort erhielten. So holt sich Schäfer offenbar noch immer Nachschub bei den armen Bauern der Umgebung. „Man verspricht den Müttern die beste Ausbildung für ihre Kinder“, so Anwalt Fernandez, „und nimmt die Jungen mit in die Kolonie.“

Rund 10.000 Kindes-Vergewaltigungen habe Schäfer insgesamt begangen, hat Wolfgang Kneese überschlagen. Dass der Sektenchef bis heute nicht gefasst wurde, liege daran, dass er gewichtige Freunde habe. Auch bei der Razzia vor zwei Wochen habe man ihn nicht gestellt. „Die Landpolizei hat einen Anfahrtsweg von 40 Kilometern“, sagt Fernandez. „Und die ganze Strecke wird von der Kolonie überwacht: mit Lichtschranken, Kameras und Computertechnik.“ Allein die Kriminalpolizei könnte Schäfer festnehmen – weil sie Helikopter besitzt. „Aber die wollen ihn gar nicht fassen.“ Für Wolfgang Kneese ist die Jagd auf Paul Schäfer ein Stück Therapie, die ihm über Depressionen und Selbstmordgedanken hinweghilft. „Aber es geht nicht mehr um mein eigenes Leiden“, sagt Kneese. „Hier geht es um den Kampf gegen das Böse an sich.“

HA 08. 06. 98

Von einem, der auszog, einen Schatz zu finden

Am Montag wird Jamil Mahuad Witt als Präsident von Ecuador vereidigt. Er ist Nachfahre einer Hamburger Kaufmannsfamilie. Sein Urgroßvater Ernst Witt kam aus St. Pauli.

Ernst Witt ging 1872 nach Ecuador – auf Goldsuche.

Von JENS MEYER-WELLMANN

Als der Inka Atahualpa in der Falle saß, sah er nur noch einen Weg, sein Leben zu retten: Er versprach dem spanischen Eroberer Francisco Pizarro und seinen Männern Gold. Unmengen von Gold – denn das war alles, was das Herz der Spanier begehrte. Sein ganzes Gefängnis in der Stadt Cajamarca würde er mit Gold auffüllen bis zur Höhe seiner ausgestreckten Hand, so Atahualpas Angebot an die Konquistadoren. In den folgenden Wochen, so die Legende, trugen Tausende seiner Untertanen Becher, Teller und Kultgegenstände aus allen Teilen des Reiches herbei – alle aus purem Gold.

Über die Kunde von den sagenhaften Schätzen freuten sich die Spanier wohl – nicht aber die große Zahl der indianischen Träger. Schließlich waren die Eroberer nur ein paar Hundert, die beträchtlichen Organisationsaufwand aber selbst für tausend Mann bedeutet hätte. Als die Goldmenge Atahualpas gefüllt war, erdrosselten die Spanier ihre Geisel – auf daß dessen Untertanen nicht auf dumme Gedanken kämen. Das war im Jahr 1533. Der Tod ihres Herrschers verbreitete sich schnell unter den Inkas. Das noch nicht ausgeliefertes Gold mochten sie den Mördern nun nicht mehr schenken. Statt dessen versteckten sie einen Teil vom Schatz des Atahualpa in den Anden, im Tal Pisco bamba im heutigen Ecuador. So jedenfalls berichtet es eine jesuitische Quelle.

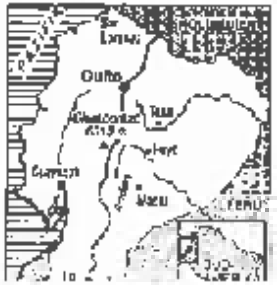
Der Krieg 1870 hat ihn schwer zugesetzt

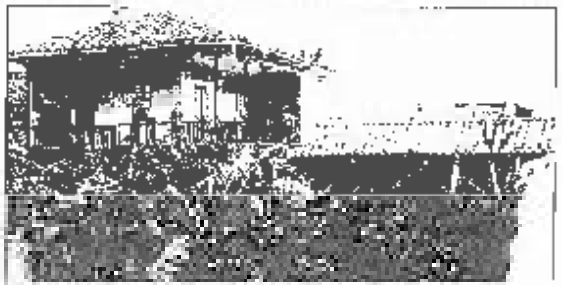
Atahualpas Schatz ist nie gefunden worden. Aber die Geschichte vom Goldsuchen in den Anden hat Generationen von Abenteurern in Bann gezogen. Auch Ernst Witt, Urgroßvater des neuen ecuadorianischen Präsidenten Jamil Mahuad Witt, war einer von ihnen.

Witt wurde 1842 in Hamburg geboren. Sein Vater war Kaufmann, die Familie gehörte zum Hamburger Großbürgertum. Ernst Witt besuchte das Johanneum, eine der angesehensten Schulen der Stadt, und absolvierte eine Lehre im Handelshaus Siemssen & Co. Mit 20 Jahren ging er nach Valparaiso in Chile, wo er für die Firma Siemssen arbeitete. Dann wechselte er zu Siemssens Konkurrenten Hafenstein & Lahmeyer. Mit dem Handelshaus der Familie errichtete das Haus Hoerni nach Callao in Peru und von dort weiter bis Guayaquil. „Willy Gutt, wollen wir Kinder sagen, da war Witt zehn Jahre alt. Du fortgeblieben", schreibt Witt an seine Tante Emilie kurz nach seiner Ankunft im Sommer 1872. Aber Gutt wollte anders als Brüder.

Nur fünf Jahre arbeitete Witt in der Handelsniederlassung. Das ungesunde Klima von Guayaquil konnte er nicht ertragen, schreibt Witt nach Hamburg. Schon bald verläßt er die von Malaria bedrohte Hafenstadt. Aber es ist mehr wahrscheinlich das Klima, das Witt vor der Küste ins Andenhochland zieht. Es ist der Goldrausch. Witt lag von dem sagenumwobenen Inka-Schatz gehört, der in einem Bergwerk bei Loja in Ecuador liegen soll.

Monatelang reist der vollbärtige Abenteurer durch die Anden. Schließlich läßt er sich in der Provinz Loja in einem fruchtbaren Tal im Süden Ecuadors nieder. Dort hat er sich in die hübsche Lojanerin Ricarda verliebt. 1879 wird die erste gemeinsame Kind geboren. Vater Witt regelmäßig mit ein paar Mulis in die etwa 70 Kilometer südlich gelegene Grenzstadt Loja, um Waren aus dem Inka Bullen. Mit unverwandten Geschwindigkeiten will er das genaue Vorkommen ausfindig machen. Dabei spielt die Beschreibung eines in Stein gemeißelten Inkagesichtes eine Rolle, außerdem die Beschreibung einer Mühle, die an einem vorgegebenen Ort auf einer unterirdischen Flöte [illegible]





Politiker, Verwalter und ein Intellektueller

Die Briefe über Jamil Mahuad Witt, den neuen Präsidenten Ecuadors, sind voll des Lobes. Als „pflichtbewußt" bezeichnen ihn die Kommentatoren während des Wahlkampfes, als „[illegible] Intellektuellen" oder als „unkonventionellen Technokraten". Trotz aller Polemik in den meisten politischen Lagern [illegible] gilt der 49 Jahre alte Jurist als [illegible] Bernard Diplomat, „der [illegible] sei", wie sein populistischer Gegenkandidat Alvaro Noboa Bonder Stichwahl am 12. Juli unterlegene Mahuad knapp.

Mahuad Witt ist [illegible] deutschstämmig aufgewachsen. Als Sohn einer deutschstämmigen Mutter (deren Großvater Ernst Witt war) und eines Ecuadorianischen Vaters. Anfang der siebziger Jahre trat er [illegible] dem [illegible] Partei „Demokratische Linke", [illegible] der Abtrennung [illegible] Partei [illegible] Präsidentenamt – ohne Erfolg.

1988 – [illegible] die Bewohner der Hauptstadt Quito Mahuad zum Bürgermeister. Während seiner Amtszeit erwarb er sich den Ruf eines kompetenten und nicht korrupten Verwaltungsfachmanns. [illegible] seit Wasserleitungen [illegible] Fernsehsendungen und [illegible] Bürgerinitiativen [illegible] Bahnhofsstraßen. Später [illegible] Volksabstimmung entscheiden [illegible] überstand Mahuad einen [illegible] Schlaganfall. Im selben Jahr wurde [illegible] Bürgermeister wiedergewählt.

Während Witt [illegible] sich selbst [illegible] als „sozialpolitisch Linke und wirtschaftlich [illegible]". Er stellt [illegible] heraus [illegible] Exportförderung [illegible] Privatisierung [illegible] eine Umverteilung [illegible] Reichen [illegible] Armen [illegible] Mahuad [illegible] Regierungsbeteiligung [illegible].

Als „Technokrat" [illegible] die [illegible] Popularität [illegible] Mahuad [illegible] Kritiker vom Hamburger Institut für Lateinamerika-Kunde die Wahl Mahuads. Ihm sei es am

Sein [illegible] Gefängnis in der Stadt Cajamarca wurde er mit Gold aufwiegen bis zur Höhe seiner ausgestreckten Hand, so Atahualpas Angebot an die Konquistadoren. In den folgenden Wochen, so die Legende, trugen Tausende seiner Untertanen Becher, Teller und Kultgegenstände aus allen Teilen des Reiches herbei – alles aus purem Gold.

Über die Kunde von den herannahenden Schätzen freuten sich die Spanier wohl – nicht aber über die große Zahl der indianischen Träger. Schließlich waren die Eroberer nur ein paar, die heranziehenden Untertanen aber ein paar tausend. Als die Gefängniszelle Atahualpas gefüllt war, ermordeten die Spanier ihre Geisel – auf daß dessen Untertanen nicht auf dumme Gedanken kämen. Das war im Jahr 1533. Der Tod ihres Herrschers verbreitete sich schnell unter den Inkas. Das noch nicht ausgelieferte Gold machten sie den Mördern nun nicht mehr schmackhaft. Statt dessen vergruben sie einen Teil vom Schatz des Atahualpa in den Anden, im Tal [illegible] im heutigen Ecuador. So jedenfalls berichtet es eine [illegible] Quelle.

Der Krieg 1870 hat ihm schwer zugesetzt

337 Jahre später, im Jahre 1870, beginnt ein ganz anderer Waffengang. Mit der Veröffentlichung der gekürzten Emser Depesche provoziert der preußische Premier Otto von Bismarck eine französische Kriegserklärung. Überall in deutschen Landen werden die jungen Männer eingezogen. Einer von ihnen ist Ernst Witt. Zwar lebt der 46 Jahre alte Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns und Reeders mit seiner Familie aus St. Pauli den Krieg als [illegible] liegt ihm niemand. Als Mitglied des 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments 76 findet sich Witt schon bald an der Front und als Belagerer vor Paris wieder. Bei den Kämpfen stirbt sein bester Freund nur eine Handbreit neben ihm. Bald darauf gerät Witt unter die französischen Linien. Wenig später kehrt er nach Hamburg zurück.

Das Verhältnis Witts zu seinem Vater Hans [illegible] verschlechtert sich in dieser Zeit rapide. Bis zu seinem Lebensende soll der alte Witt kaum noch ein Wort mit seinem Sohn gewechselt haben. Der Grund wurde nie ganz klar, vermutlich aber war Ernst vorzeitig – und ohne Befehl – aus dem Krieg nach Hamburg zurückgekehrt. In den Augen des Vaters eine Schande.

Bald nach dem Krieg entschließt sich Ernst Witt, Deutschland zu verlassen. Er tritt in das eben gegründete Hamburger Handelshaus Beppe in die ecuadori[illegible]

sche im Sommer 1872. Aber Gott wollte anders als Ernst.

Nur für kurze Zeit arbeitet Witt in der Handelsniederlassung. Das ungesunde Klima von Guayaquil könne er nicht ertragen, schreibt Witt nach Hamburg. Schon bald verläßt er die von Malaria bedrohte Hafenstadt. Aber es ist nicht wirklich das Klima, das Witt von der Küste ins Andenhochland zieht. Es ist der Goldrausch. Witt hat von dem sagenumwobenen Inka-Schatz gehört, der in einem Eselsland [illegible] sein soll: Zehn Schatz des Atahualpa.

Monatelang reist der vollbärtige Abenteurer durch die Anden. Schließlich läßt er sich in der kleinen Stadt Loja in einem fruchtbaren Tal im Süden Ecuadors nieder. Dort hat er sich in die hübsche Lojanerin Ricarda verliebt. 1879 wird ihr erstes gemeinsames Kind geboren. Von Loja aus reist Witt regelmäßig mit ein paar Helfern in das etwa 70 Kilometer südlich gelegene Quinara. Dort vermutet er den Inka-Schatz. Mit aufwendigen Berechnungen will er das genaue Versteck ausfindig machen. Dabei spielt die Bezeichnung eines in Stein geprägten Indianerzeichens eine Rolle, außerdem die Zeitweile einer Mühle, die an einem vorgegebenen Ort aus einem indianischen Flöte gespielt werden muß.

Finanzieren kann Witt die kostspielige Schatzsuche nur durch die Unterstützung, die er jeden Monat aus Hamburg erhält: rund 2000 Mark aus Mieteinnahmen. Seiner Familie gehören in der Hansestadt mehrere Häuser, u. a. in der Hafenstraße, der Erzler, Bernhardstraße und der Karlstraße. Dort verfolgen man den Lebenswandel von Ernst Witt anhand seiner Briefe – und drängt den verlorenen Sohn inständig zur Rückkehr. Aber Witt sperrt sich.

„Ich habe bis die Hoffnung, mein Ziel zu erreichen", schreibt er an seinen Vater. „Ich kann meinen Charakter einmal nicht ändern." **Neben dem ersehnten Fund des Schatzes hofft Witt auch auf andere Einkommensquellen. Bei den Goldminen von Zaruma habe er eine „lohnende Goldwäsche" gefunden, schreibt er weiter, außerdem sei er auf „Coca" gestoßen, „deren Blätter augenblicklich einen bedeutenden Wert haben".**

Die Sehnsucht treibt Witt zurück in die Anden

Doch als sein Vater schwer erkrankt, kehrt Witt 1884 mit dem Dreimaster „Bianca" der Wittschen Reederei nach Hamburg zurück. Wenig später verlobt er sich mit seiner Cousine [illegible] – obwohl Ricarda in Loja bereits ein zweites Kind von ihm bekommen hat. Aber die Heimat hält es es

doch nicht lange aus in Hamburg. Ob es Atahualpas Gold ist, die Sehnsucht nach den Anden oder die nach Ricarda und den Kindern, die ihn zurück nach Südamerika treibt: Nur für kurze Zeit müsse er noch einmal nach Ecuador, um seine Geschäfte abzuschließen, erklärt Witt schon bald seiner Verlobten Emma. Er verspricht baldige Rückkehr, reist ab – und kehrt nie wieder nach Europa zurück.

Ein paar Jahre hofft Emma noch, der ihr Versprochene möge „Süd-Amerika den Rücken wenden und nicht länger, so ganz allein, in der Wildnis leben". Zuerst erhält Witt einen Verweis nach dem anderen, dann antwortet er nicht mehr auf Emmas Briefe. „Trostlos sieht es aus, wenn der Verlobte [illegible]", schreibt die Verlassene noch im Juni 1887. Das dauert nicht, wenn man seit über acht Monaten nichts von ihm gehört. Kurz darauf scheint sie ihm mit einem letzten Brief und „tausend" Küssen" [illegible] die Trauung: „Schreib mir doch ein wenig bald."

In einem Brief aus Loja an seinen Vater [illegible] Ernst Witt seine

Entscheidung: „Ich kann es einmal nicht aushalten, daß man mich in Hamburg mit einer gewissen Nichtachtung behandelt", schreibt er.

Jetzt richtet sich der Auswanderer fest in den Anden ein. Er baut ein kleines Haus in Loja und holt es Schritt für Schritt zum „schönsten Haus der Stadt" aus, wie der alte Peppe aus Guayaquil [illegible] befindet. 1890 heiratet er Ricarda. Zehn Kinder gehen aus der Ehe hervor. [illegible] 1899 wird Witts achtes Kind Augusto geboren – der Großvater des heutigen Präsidenten von Ecuador. Den Traum vom Goldschatz gibt Witt auch jetzt nicht auf. Regelmäßig reitet er mit seinem kleinen Kordillerentrupp nach Quinara.

Neben [illegible] aus Hamburg lebt die ständig wachsende Familie vom [illegible] Witts Hamburger Jugendfreund August Walter schickt ihm auf Bestellung Nähmaschinen, Ersatzteile, Gartengeräte und vieles andere für den Handel. Selbst Klaviere läßt Witt von Walter verschiffen und von Peon und indianischen Trägern über die Kordilleren ins Tal von Loja schleppen. Durch die Verkäufe sichert er sich ein passables Einkommen. Immer wieder nimmt Witt auch europäische Forschungsreisende in seinem Haus auf. Um die Jahrhundertwende wird in Loja das erste ecuadorianische Stromkraftwerk gebaut. Witt ordert einige Bauteile in Europa und versorgt seine Wahlheimat mit deutschen Glühbirnen. Loja wird zur ersten Stadt des Landes mit elektrischem Licht.

Ist es nicht ein Glück, für eine Kinderschar zu leben?

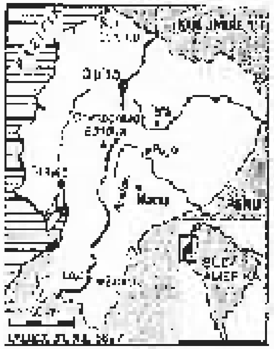
Bis zu seinem Tode korrespondiert Witt regelmäßig mit seinem Freund August Walter. Der Briefwechsel reißt niemals ab, obwohl beide sich nach 1884 nicht mehr begegnen. Walter besucht Witt nicht ein einziges Mal – zu scheut er die gefährliche Seereise durch die Magellan-Straße. Aus der Ferne versucht Walter seinen Freund von dem fast manischen Goldrausch zu befreien. Er möge doch endlich mit der sinnlosen Schatzsuche aufhören, schreibt er immer wieder nach Loja. Die würde Witt ausgeben nicht nur viel Geld, sondern auch seine Gesundheit kosten. Und Witts Schwester Mathilde fleht ihn an: „Gebt doch endlich die Idee des Inka-Schatzes auf. Reise dem [illegible]! Du hast ja wirklich Ersatz an deiner Kinderschar. Ist es nicht ein Glück, für diese zu leben?"

Familienglück, Ehe, Gesundheit – die Goldsuche mochte Witt für nichts und niemanden aufgeben. Noch 1917, zwei Jahre vor seinem Tod in Loja, trägt er in sein Tagebuch mehrere Reisen nach Quinara ein – obwohl der Schatzsucher mittlerweile an einer schweren Speiseröhren-Ausschwellung leidet und fast nur noch Flüssiges zu sich nehmen kann.

Gefunden hat Ernst Witt bis an sein Lebensende nicht ein Körnchen vom Gold des Atahualpa. Vermutlich hat es den Schatz von Quinara nie gegeben.

„Es gibt keine Beweise für einen Goldschatz vor Quito oder Cajamarca", erklärt ein ecuadorianischer Historiker. „Nichts von dem Gold, das die Spanier 1533 erpreßten, stammte aus Ecuador. Alles kam aus Peru."

[illegible] Ernst Witt [illegible]



In der kleinen Stadt Loja, in einem fruchtbaren Tal im Süden Ecuadors, ließ sich Witt schließlich nieder.

[illegible]

[illegible] Foto: DREWS

älterer [illegible] Ernst Witt und eines ebenfalls [illegible] stämmigen Vaters. Anfang der achtziger Jahre trat er der christdemokratisch orientierten „Demokratia Popular" bei, 1988 war der Arbeitsminister, wenig später Parteivorsitzender. Bereits 1988 kandidierte er für das Präsidentenamt – ohne Erfolg.

1988 wählten die Bewohner der Hauptstadt Quito Mahuad zum Bürgermeister. Während seiner Amtszeit erwarb er sich den Ruf eines kompetenten und nicht korrupten Verwaltungsfachmannes. Er ließ Wasserleitungen in die Elendsviertel verlegen und eine Schienenbusstrecke bauen, um die Luftverschmutzung einzudämmen. 1993 überstand Mahuad einen leichten Schlaganfall. Im selben Jahr wurde er als Bürgermeister wiedergewählt.

Mahuad Witt ordnet sich selbst ein als „sozial orientierter Linker und wirtschaftspolitisch [illegible]". Er steht dennoch für eine neoliberale Export- und Privatisierungspolitik. Gleichzeitig befürwortet er eine Umverteilung zugunsten der Unterschichten. Rund zwei Drittel der zwölf Millionen Ecuadorianer leben in bitterer Armut.

Als „Lichtblick" bezeichnet die Ecuador-Expertin Mechthild Minkner vom Hamburger Institut für Iberoamerika-Kunde die Wahl Mahuads. Ihm stehen schwierigsten Aufgaben, die anstehenden Herkules-Aufgaben in dem hoch verschuldeten Land anzugehen, dessen Inflationsrate bei rund 30 Prozent liegt. Derzeit verwendet Ecuador etwa 40 Prozent seines Haushaltes für Zinsen und Tilgung der Auslandsschulden.

„Die erste Aufgabe des neuen Präsidenten ist die Umschuldung", so Minkner. „Dann müssen die Subventionen für Gas, Strom und Transport abgebaut und die Mehrwertsteuer erhöht werden. Und es muß eine neue Exportstrategie her." Der Preisverfall beim Hauptexportgut Erdöl hatte ein immenses Loch in den ecuadorianischen Haushalt gerissen. Zu allem Übel verursachten die durch „El Niño" ausgelösten Überschwemmungen an der Pazifikküste Schäden von rund einer Milliarde Mark. Eine weitere Aufgabe Mahuads wird die Einigung mit Peru über den Grenzverlauf sein.

Trotz des Vertrauens, das ihm die Bevölkerung entgegenbringen, wird es Mahuad schwer haben. Im Parlament hält seine Partei nur 33 der 121 Sitze, ein Koalitionspartner ist nicht gefunden. „In Ecuador müssen Politiker, Militärs und Bevölkerung endlich gemeinsam die Probleme angehen, um die seit Jahren währende Krise zu bewältigen", sagt Mechthild Minkner. „Das könnte unter Mahuad, der Politiker, Verwalter und Intellektueller in einer Person ist, am ehesten gelingen."

jm [illegible]

Weitere Arbeitsproben von
Dr. Jens Meyer-Wellmann
finden Sie unter
www.meyer-wellmann.de

Ausgewählte Texte unter
www.meyer-wellmann.de/ausgewaehltes.html

Lebenslauf und Fotos unter
www.meyer-wellmann.de/vita.html

Kontaktdaten unter
www.meyer-wellmann.de/kontakt.html